diskus

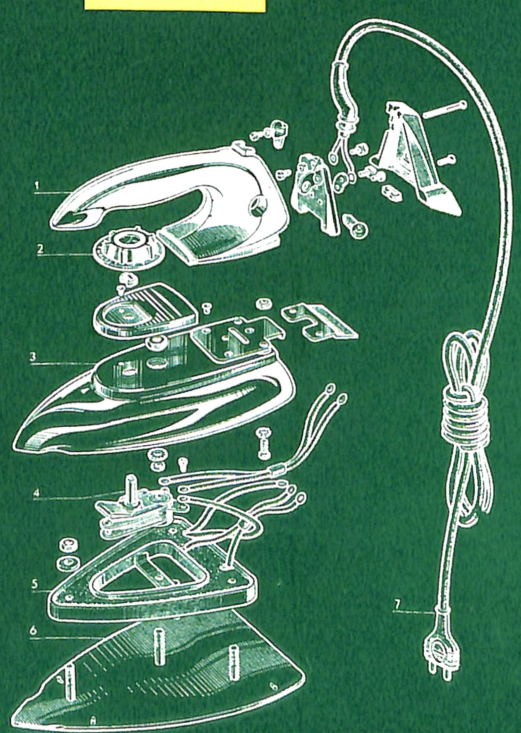
Nr. 1.00 · IV 2000 · 49. Jhg.

Frankfurter StudentInnen Zeitschrift · Bis OF gratis, auswärts 5 Mark

plus
- manga ' gender
- europaviertel
- garip dünya

Infoladen
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
Tel. 0341/3 02 65 04
Fax 0341/3 02 65 03

rbeit:
saugt!!



editorial 3

Reproduktionskonten fälschen! 4
Heterosexualität, Arbeit & Zuhause

Prostitution – Kriminalisierung – Razzien 11
Illegalisierte Sexarbeiterinnen in Frankfurter Bordellen

»wenn Sie mit Ihrer Stimme lächeln können ...« 16
Beschäftigungsverhältnisse in Callcentern

Gorz 2000° 22
Elend der Gegenwart – Reichtum des Möglichen

›There is no Fifth Option‹ 27
Über ›welfare to workfare‹ und den Zwang zur Arbeit
Interview zur New Labour Politik mit Jamie Peck

Cyborg-Pop 33
Ein Ausflug in die Geschlechterwelt des Manga- und Anime-Science-Fiction

Der Traum vom reinen Raum 37
Zur Produktion urbaner Erlebniswelten

garip dünya 42

impressum 51

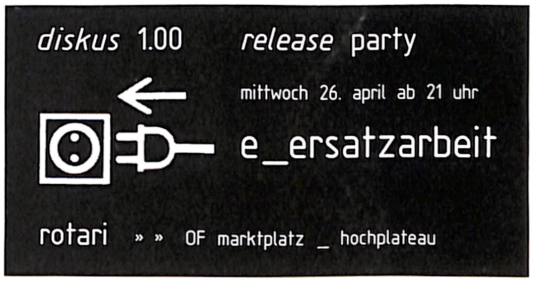
editorial

Arbeit ist immer und überall. Zu tun gibt's genug, um das alltägliche Leben geregelt zu bekommen. Essen organisieren, Zimmer klarmachen, Infos einholen, sich um seine Leute kümmern ... und notgedrungen auch noch lohnarbeiten gehen. Während die Grundbedingungen, unter denen all das zu geschehen hat, ernüchternd anhalten, werden die Ein- und Ausschlussmodi der Arbeitswelt gehörig durchgemischt. Aktuell wird ausgehandelt, welche Qualitäten die neuen Beschäftigungsverhältnisse haben, welche Eigenschaften als arbeitsrelevant gelten sowie was überhaupt als gesellschaftlich notwendige Arbeit anerkannt wird.

Das Leitbild langer, nach Position im Arbeitsleben ausgerichteter Phasen – sei es Ausbildung, Hausarbeit oder gesicherte Lohnarbeit – bröckelt. Statt standardisierten Lebensweisen gilt als zeitgemäss, sich permanent umzuschauen nach temporären Anstellungen, sich neue Qualifikationen draufzuschaffen oder gar den eigenen Job selbst zu erfinden. Die neue Hymne »Betreibe flexibles Management deines Selbst!« löst jedoch Disziplinierungen nicht auf, sondern etabliert neue formierende Zwänge. Um etwa in Jobsegmenten wie Medientechnologie und Sozialmanagement produktiv zu harmonieren, ist absolute Kontrolle der »ganzen Subjektivität« gefordert. Auch althergebrachte sexuelle Anforderungen – wie und wo auf welche Weise Frausein, Mannsein, hetera/o etc. sein müssen – werden keineswegs obsolet, sondern rearti-kulieren sich im modifizierten Setting.

Bei all dem fliessen auch Elemente linker, feministischer Kritiken an old school-mässigen Arbeitsverhältnissen spezifisch umgeformt in die neuen Arrangements ein. So propagiert die moderne Unternehmensführung etwa die Produktivität flacher Hierarchien und eines aufmerksam-menschlichen Umgangs. Die lancierte Stimmung von Familiarität im Betrieb und oftmals eher lose Anstellungsgarantien erschweren es, gemeinsame Interessen gegenüber den BesitzerInnen der Produktionsmittel zu formulieren oder gar durchzusetzen. Unter diesen Umständen nimmt Taktieren und Checken zu: Wie weit kann man sich anpassen oder auflehnen; wer von den KollegInnen geht nicht darin auf, zum prima Funktionieren des Ladens beizutragen; etc.?

Diskussionen um Arbeit kaprizieren sich allzuoft auf neue »Qualitäten« von (Lohn-)Arbeit. Irritierend ist dies, wenn dabei jene gravierenden Veränderungen ausgeblendet werden, die die Sicherung der Existenz immer »herausfordernder«, »chancenreicher«, also zum waschechten Problem machen. Veränderte Arbeitsverhältnisse bedeutet insbesondere Prekarisierung. Bezogen auf konkrete Anstellungsverhältnisse bildet diese schlicht das Pendant zur Flexibilität – freiere Arbeitszeitgestaltung etwa korrespondiert mit eingeschränkten Absicherungen. Neben diesen Anstellungsbedingungen wird aber auch die gesamte Lebensperspektive brüchiger. So grassieren auch unter Leuten, die mittlere bis höhere Bildungstitel in der Tasche haben, für vieles hinreichend qualifiziert, bzw. qualifizierbar sind, ernste Sorgen um die eigene Existenzsicherung. Da nur die wenigsten entsprechende Finanzressourcen im Rücken oder das nötige »standing« aufweisen und angesichts ausgedünnter staatlicher Sicherungssysteme und wenig tragfähiger selbstorgansierter Unterstützungsnetze herrscht Hektik um beständige Qualifikation, Stress (noch nie gingen so viele Bekannte mit Knirschschienen ins Bett) und oftmals Ratlosigkeit, was in einigen Jahren sein soll.



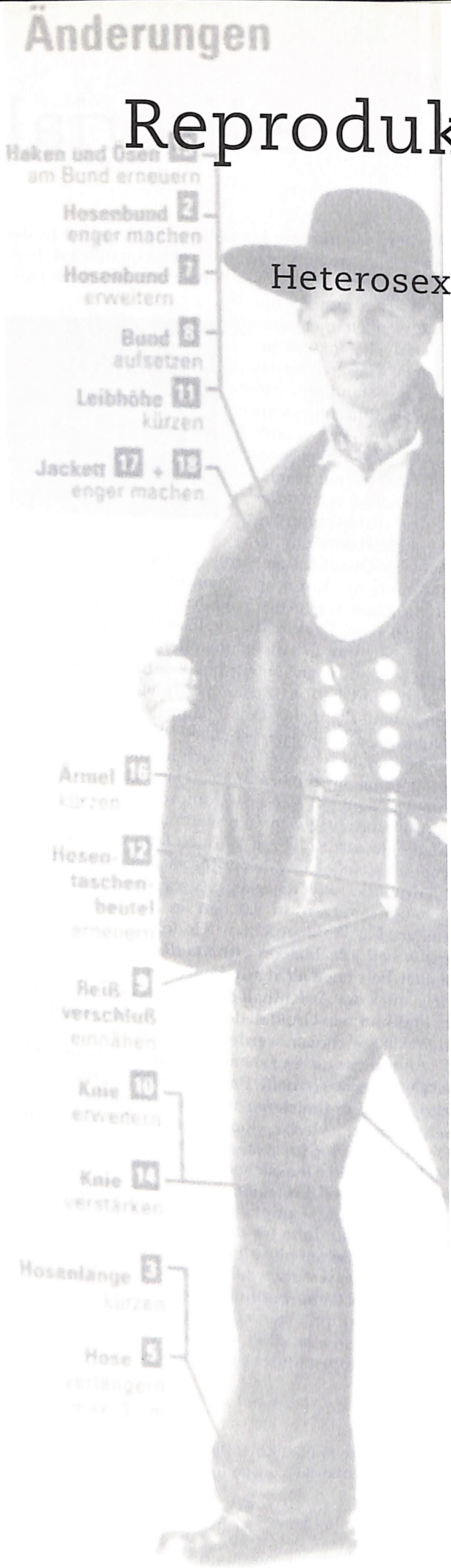
Gleichwohl reicht die Prekarität solcher sozialer Schichten nur in Ausnahmefällen an die Existenzgrenze heran, nach »unten« bleibt es in der Regel abgefedert. Dort hat das Zusammenspiel staatlicher und privatwirtschaftlicher Politik längst einen extra fiesen Niedrig-Lohn-Bereich etabliert. In diesem Bereich »Freigesetzte« werden verschärft in idiotische Arbeitsprogramme hineingezwungen: Hauptsache, die Leute tun was, statt nur staatliche Almosen zu kassieren.

Die Hochausgebeuteten werden entsprechend der Ideologie der Sauberen-Hände-Ökonomie nur gelegentlich sichtbar, etwa wenn sie an stickigen Verkehrskreuzen die *FR* verchecken. Ansonsten: Nachts Bürogebäude reinigen, in Küchen an der Spülmaschine stehen, bei Wohlbetuchten Kinder betreuen. Solche really bad jobs bleiben oftmals Illegalisierten vorbehalten, bei denen nicht nur die Existenzsicherung, sondern auch der Aufenthalt bedroht sind. So soll aktuell in Frankfurt ein Großteil der illegalisierten Sexarbeiterinnen abgeschoben werden.

Angesichts dieses Szenarios ist die Stimmung dementsprechend. Aktuelle Projekte, linke Arbeitsvernetzungen zu organisieren und die Lohnarbeitsgesellschaft zu attackieren, sind leider rar. Die allgemeine Depression wäre im Zusammenhang mit der eigenen Malaise der Existenzsicherung zu diskutieren. Nötig ist es, sich über Strategien von Arbeitsverweigerung, -subversion und -kampf der letzten Jahrzehnte zu vergewissern und diese für die veränderten Verhältnisse upzudaten. Selten nur gibt's wenigstens lokale Siege zu vermelden wie etwa der zweier englischer Arbeitsloser, denen Weiterbildungsprogramme auferlegten, Krokusse zu pflanzen. Ihre gemeinnützige Arbeit führten sie so aus, dass im Frühjahr der Schriftzug »Piss off« hauptstädtische Grünanlagen zierte.

Redaktion diskus

Wir laden ein zu Heftkritik und Diskussion am Mittwoch, 10. 5., ab 20 Uhr im *diskus*-Büro (Raum 106 Stud.haus, KOZ-Pforte).



Reproduktionskonten fälschen!

Heterosexualität, Arbeit & Zuhause

Daß Arbeit geschlechtsspezifisch zugeteilt und verrichtet wird, ist ein mittlerweile klassisch gewordener Gegenstand feministischer Kritik. Angesichts sich verändernder Arbeits- und Geschlechterverhältnisse und entsprechend neuer theoretischer Zugänge formulieren Pauline Boudry, Brigitta Kuster und Renate Lorenz, umtriebig in und zwischen Film, Kunst, Text und Politik, eine etwas andere Perspektive auf dieses Thema. Das von ihnen herausgegebene und Ende letzten Jahres bei b_books erschienene Buch »Reproduktionskonten fälschen! Heterosexualität, Arbeit & Zuhause« versammelt Texte aus unterschiedlichen Kontexten: Ergebnisse industriesoziologischer Studien und ökonomietheoretische Überlegungen der 90er, Dokumentarisches zur Kampagne »Lohn für Hausarbeit« aus den 70ern, ein Auszug aus einem feministischen Roman vom Anfang des Jahrhunderts, Erzählungen der Chefsekretärin eines modernen Unternehmens und weitere Texte diskutieren die Zusammenhänge zwischen Liebe, Arbeit, Weiblich- und Männlichkeit, Heterosexualität und Zuhause und mischen sie teilweise neu auf.

Auf Diskussionsveranstaltungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz stellten die Berlinerinnen Anfang des Jahres ihr Buch und einen eigenen Videofilm zum Thema vor. Der folgende Text entstand aus Auszügen der (wesentlich umfangreicheren) Einleitung des Buches, die mit Teilen des Vortrags zu den Veranstaltungen kombiniert wurden. (Red.)

Wir möchten auf das Thema Arbeit eine leicht ›verschobene‹ Perspektive einnehmen: uns interessiert der Arbeitsplatz als Lebensverhältnis. Es ist ein Ort, an dem Personen einen nicht geringen Teil ihres Lebens verbringen, der ihr Selbstgefühl etwa durch Ängste, Überdruß, Erniedrigung oder Bestätigung ganz entscheidend mitbestimmt. Die Beschäftigten können nicht umhin, dort Verhältnisse zu anderen wie Chefs, KollegInnen und KundInnen herzustellen. Sie sind ständig mit Anforderungen konfrontiert, denen sie mehr oder weniger gut gerecht werden, gegen die sie möglicherweise auch Verweigerungsstrategien entwickeln müssen. Veränderungen in der Produktionsweise, neue Maschinen oder schlechtere Arbeitsverträge spielen aus dieser Perspektive durchaus eine Rolle; aber immer unter dem Gesichtspunkt, wie sich die daraus entstehenden Arbeitsabläufe, Bewertungen und Hierarchien im Verständnis und den Wünschen der Arbeitenden niederschlagen.

Wir verstehen dieses Projekt auch als eine Intervention in die momentane Debatte um Arbeit, als eine Aufforderung, grundlegende Fragen zum Arbeitsbegriff und zu konkreten Arbeitsverhältnissen entgegen

vermeintlicher ›Sachzwänge‹ zu diskutieren, sie nicht durch eine bloße Zahl-der-Arbeitsplätze-Debatte zu ersetzen: wie wird Arbeit verteilt, was bedeutet es für eine Person, Arbeit zu haben oder keine und wie wirkt sich die eine oder andere Arbeit auf den Status der Person aus, die sie verrichtet.

Der Titel ›Reproduktionskonten fälschen!‹ ist dabei auch als eine Kritik an Begriffen zu verstehen, wie sie sowohl in der klassischen Ökonomietheorie als auch ihren modernisierten Versionen (etwa der Regulationstheorie) benutzt werden. Dort wird die Reproduktion (also die Wiederherstellung der Arbeitskraft, Hausarbeit) gewöhnlich der Produktion untergeordnet, die Institution des Zuhause oder etwa Emotionalität werden wenig diskutiert. Die hier gewählte Perspektive widerspricht einer üblichen Gegenüberstellung von Arbeit und Freizeit, die Erwerbsarbeit als den öffentlichen, monetären, fremdbestimmten Bereich der Zwänge, das Zuhause dagegen als den freundlichen Ort der Emotionen, des Persönlichen, der Wünsche und der selbstbestimmten Lebenszeit betrachtet. In Entsprechung zur Erwerbsarbeit möchten wir das Zuhause als einen Ort beschreiben, an dem es – meist unausgesprochene – Verträge zwischen den Beteiligten gibt. Sie regeln, wer welche Tätigkeiten übernimmt und rechtfertigen diese Regelung (›ich arbeite so hart, dann bin ich zu Hause müde‹) oft im Verhältnis zur Erwerbsarbeit. In beiden Bereichen verrichten die Personen ihre Arbeit ›als Mann‹ oder ›als Frau‹, mit all den unbeabsichtigten Folgen, die das hinsichtlich des (häuslichen) Arbeitsumfangs, der geforderten Verhaltensweisen, der möglichen Wahl des Arbeitsplatzes und des Umgangs mit anderen Menschen haben mag.

Sexuelle Arbeit

Der Begriff der ›sexuellen Arbeit‹, den wir hier vorschlagen, soll die vielfältigen Beziehungen zwischen Arbeitsplatz und Zuhause ansprechen. Er führt dabei zwei Ebenen zusammen: Zum einen kennzeichnet er die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, nach der Frausein immer noch bedeutet, daß ihr der größte Anteil der manuellen, kognitiven und emotionalen Tätigkeiten zufällt, die als Hausarbeit bekannt sind – aber ebenso die schlechtbezahltesten Erwerbsarbeitsplätze. Gleichzeitig spielt dieser Begriff aber auch darauf an, daß Arbeitsverhältnisse Fähigkeiten und Emotionen in den Arbeitsprozeß integrieren, die dem Bereich des Persönlichen, der Subjektivität zugeordnet sind. Es handelt sich um Weisen der Selbstdarstellung in Kleidung und Verhalten, darum ›wie‹ eine Person bestimmte Aufgaben erledigt, ›wie‹ sie Gespräche führt. Daß jemand verschiedenste Abläufe managt, bei Streß und Ärger ruhig bleibt oder aggressiv auftritt, sich neue Wissensgebiete leicht aneignet, offen für neue Ideen oder neue Bekanntschaften ist – das sind individuelle Eigenschaften, aber zugleich überindividuelle Arbeitsanforderungen, wie sie sich in vielen Stellenangeboten finden. Eine Bestätigung oder Ablehnung dieser individuellen Fähigkeiten durch FreundInnen, Familienmitglieder, KollegInnen und ArbeitgeberInnen entspricht daher weitgehend einer Bestätigung oder Ablehnung der gesamten ›Person‹. Die Anforderungen an solche Fähigkeiten/Eigenschaften sind in hohem Maße geschlechtsspezifisch. Den gesellschaftlichen Normen von Zweigeschlechtlichkeit und Zwangsheterosexualität entsprechend, wird mit ihnen eine eindeutige Darstellung von Geschlecht ebenso wie von Heterosexualität verbunden. Das heißt, sexuelle Arbeit ist dann besonders produktiv, wenn sie eine sichtbare Kohärenz von Geschlechtsidentität und sexueller Praxis herzustellen vermag. Heterosexualität als gesellschaftliche Norm bleibt gewöhnlich unmarkiert, so daß auch die sozialen Praktiken, die mit ihr verknüpft werden, nicht bezeichnet werden können. Um auch die Zusammenhänge von Heterosexualität und Arbeitsbedingungen adressieren zu können, schlagen wir vor, nicht von ›geschlechtsspezifischer‹ sondern von ›sexueller Arbeitsteilung‹ zu sprechen.

Kultur langer Arbeitstage

Wir selbst und viele die wir kennen leben mit einer Arbeitslast, die nicht in erster Linie repressiv, sondern selbst auferlegt und gewollt ist und häufig dennoch als Zwang empfunden wird. Eine solche Beobachtung führte die Geographin Doreen Massey dazu, Arbeitsverhältnisse mit relativ hohem Status zu untersuchen, anstatt – wie in früheren Forschungsprojekten – eher repressive, schlechtbezahlte. Sie geht davon aus, daß die Attraktivität bestimmter Formen von Arbeit für den gesellschaftlich wirksamen Arbeitsbegriff, für die jeweils angestrebten Arbeitsbiographien und eine daraus resultierende Arbeitsteilung prägend ist.

Für eine empirische Untersuchung wählte Doreen Massey die Branche ›Hochtechnologie‹ auch deswegen aus, weil sie als ›Wachstumsindustrie‹ gilt und damit eine Vorbildfunktion für andere Branchen einnimmt.

Sie findet bei den befragten Beschäftigten – sie ist dort fast ausschließlich auf Männer gestoßen – eine Kultur enorm langer Arbeitstage vor. Hierbei seien es weniger die Bedingungen dieser Industrie, wie etwa Konkurrenz zwischen neoliberalen Unternehmen bzw. auf dem Arbeitsmarkt oder irgendwelche Anreize modernen Unternehmensmanagments, die die Beschäftigen zu immer höheren Arbeitseinsätzen anspornen, sondern – ganz einfach – deren »Liebe« zur Arbeit. Die Beschäftigten machten Aussagen wie: »Wir müssen nicht länger arbeiten – ich denke die Leute wollen das, weil sie ihre Arbeit gerne machen.« Oder: »Ich habe so viele Ferien, daß ich gar nicht weiß, was ich damit anfangen soll.« Die starke Involviertheit gerade in diese Art von High-tech-Arbeit habe – so Massey – mit bestimmten Charakteristika einer abstrakten Männlichkeit zu tun wie sie im westlichen Denken verankert seien: wissenschaftliche Arbeit werde mit Rationalität, Vernunft und Logik verbunden und daraus erhielte sie ihren Status. Die damit verbundenen Eigenschaften und Fähigkeiten, die sich die Beschäftigten zugeschrieben haben, führen dazu – so Masseys Schlußfolgerung –, daß sie von den Unternehmen der Hochtechnologie konsequenter ausgebeutet werden können. Es entsteht eine Konvergenz von Begehren/Interesse zwischen einer bestimmten Art von Männlichkeit und einer bestimmten Form des Kapitalismus. Die Charakteristika der damit einhergehenden Subjek-

tivitäten sind aber – als gesellschaftlich hochbewertete – nicht nur für empirische Männer sondern auch für Frauen durchaus begehrenswert.

Massey stellt fest, daß es bei dieser Liebe zur Arbeit nicht nur darum geht, bestimmte Arbeiten besonders gerne machen zu wollen, sondern mit ebensoviel Emotionalität andere Arbeiten abzulehnen. Hausarbeit, so Massey, ist eine Art von Arbeit, bei der es sozial akzeptiert ist, wenn eine Person nicht gut darin ist: »Kochen? ich werfe irgendwas in die Mikrowelle, nichts besonderes. Wenn es schnell geht, ist das gut genug für mich.«, meinte einer der Interviewten.

Es ensteht eine Arbeitsteilung, wobei häusliche Tätigkeiten und emotionale Arbeit meist entweder von LebenspartnerInnen, FreundInnen oder von bezahlten DienstleisterInnen übernommen werden.

Alleinerziehender Vater gesucht

Im zweiten Stock des Hamburger Museums der Arbeit wird der ›Arbeitsplatz Kind‹ erfunden. In einer Vitrine sind Gegenstände zusammengestellt, die – bei näherer Betrachtung – alle auf unterschiedliche Tätigkeiten verweisen, die bei der Betreuung eines Kindes anfallen: So findet sich ein Stillbüstenhalter, es werden aber auch die Betreuung der Hausaufgaben oder die Beurteilung von Zensuren angesprochen. Neben einem Muttertagsgedicht ist eine Broschüre der Freien Hansestadt Hamburg plaziert, die über Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub informiert. Ein Neurodermitisanzug für ein Kleinkind verweist auf die häusliche Behandlung einer langwierigen Erkrankung. Ein Plakat mit dem Titel ›Wir leisten Widerstand‹ stammt aus aktiveren Anti-AKW-Zeiten, in denen sich u.a. Mütter gegen eine radioaktive Belastung von Kindern organisiert hatten.

Diese feministische Strategie stellt heraus, daß die Betreuung eines Kindes ›Arbeit‹ ist und daß sie ein vielfältiges und spezialisiertes Wissen erfordert. Sie greift damit die übliche Bewertung und Hierarchisierung von Wissen an, nach der Hausarbeit und Kinderbetreuung nur eine Art ›Alltagswissen‹ benötigen, das besonders Frauen ›sowieso‹ und ›natürlicherweise‹ besitzen.

Diese sexistische Zuschreibung versucht das Hamburger Museum für Arbeit auch auf einer anderen Ebene anzugehen. So hören die BesucherInnen aus einem Lautsprecher die Stimme eines ›alleinerziehenden Vaters mit Teilzeitstelle‹, der dort den Ablauf seines ›Arbeits‹alltags schildert. Dennoch ist dieser Vater gesamtgesellschaftlich gesehen ein Einzelfall. Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die an sie geknüpften Erwartungen scheinen weitgehend intakt zu bleiben, während sich gesellschaftliche Vorstellungen und Bilder von reinen Männer- oder Frauendomänen zu verändern beginnen.

Eine bessere Frau sein

Bei der Betrachtung der Gegenstände im Museum fiel uns auf, daß als notwendige Tätigkeiten der Kinderbetreuung eher solche herausgegriffen wurden, die dem Bereich hochbewerteter Arbeit zugerechnet werden können, weil sie den Einsatz individuell erlernter, intellektueller und sozialer Fähigkeiten in besonderem Maße erfordern. Da diese Arbeit als eine ›qualifizierte‹

vorgestellt werden soll, finden sich allerdings weniger Hinweise auf die repititiven und langweiligen Tätigkeiten, die bei der Kinderbetreuung auch anfallen, wie z. B. schmutzige Windeln, Wäscheberge, Einkäufe.

Welche Bedeutung hat aber die Aufwertung häuslicher Tätigkeiten für eine Person (wir gehen entsprechend der Statistiken weiterhin von einer Frau aus), die dieser Arbeit verrichtet? Sie kann diese Arbeiten besser machen, wenn sie sich mehr Wissen aneignet, wenn sie ihre sozialen Fähigkeiten ausbaut und mehr Zeit für emotionale Zuwendung einsetzt. Sie kann also eine ›besser Mutter‹ sein. Dazu werden allerdings besondere Fähigkeiten/Eigenschaften verlangt: nämlich solche, die sozial mit ›Weiblichkeit‹ verbunden sind. Während bei Frauen damit gerechnet wird, daß sie diese Eigenschaften besitzen, wird ihr Auftreten bei Männern meist besonders herausgestellt (›er ist so nett mit Kindern‹ – ›er hat so lecker gekocht‹).

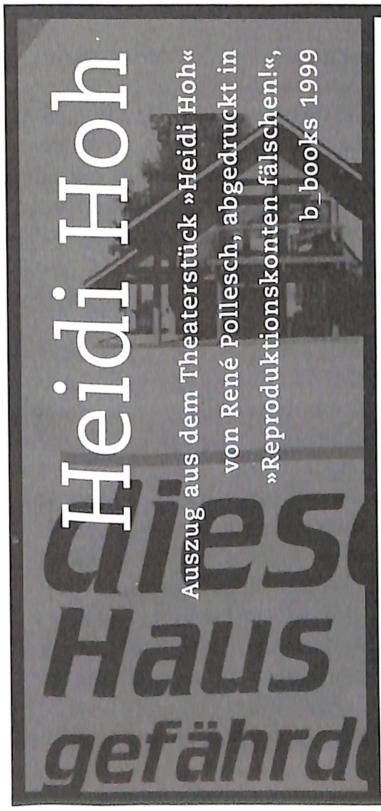
Frausein abspalten

Der relativ hohen Bewertung bestimmter Tätigkeiten zu Hause kann eine Abspaltung unattraktiver Tätigkeiten gegenüberstehen, die dann von einer anderen Person, meist ebenfalls einer Frau, erledigt werden müssen. Darüber stellt sich eine Hierarchie zwischen verschiedenen Formen von Weiblichkeit her, die unter anderem nach rassistischen Kriterien verläuft.

Brigitt Anderson, eine Vertreterin der britischen Hausangestelltengewerkschaft Kalayaan, formulierte dies in einem Interview für den Beruf der Hausangestellten. Diese arbeiten häufig ohne Aufenthaltsstatus und damit ohne juristische Absicherung zu extrem deregulierten Bedingungen. Sie werden oft dazu gezwungen, im Haushalt zu wohnen und ihren ArbeitgeberInnen gegen sehr geringe Löhne bis zu 24 Stunden täglich zur Verfügung zu stehen, »Hausarbeit«, so Anderson, »ist dreckige, minderwertige Arbeit. Und es ist Frauenarbeit. Wenn eine Migrantin die schmutzige Hausarbeit macht, hat die Arbeitgeberin, die Staatsbürgerin, die Möglichkeit, sich davon fernzuhalten. Sie kann aber weiterhin eine Frau sein, weiterhin die Feminine sein, die ihren Ehemann emotional, gebildet und weiblich unterstützt. Dadurch wird eine Trennung vollzogen zwischen der sauberen Frauenarbeit der Staatsbürgerinnen und der dreckigen Frauenarbeit der Migrantinnen.«

Subjektivitäten am Arbeitsplatz

In ihrem Buch »Das gekaufte Herz« hat Arlie Russell Hochschild beschrieben, wie die Tätigkeiten, die zu Hause das Bild von ›Weiblichkeit‹ kennzeichnen, immer mehr auch in Dienstleistungsberufen informell erwartet werden oder sogar Teil der formalen Arbeitsbedingungen sind. Sie zeigt anhand einer empirischen Untersuchung unter Flugbegleiterinnen, wie diese über die offensichtliche körperliche und geistige Arbeit hinaus noch eine andere Art von Arbeit verrichten. Dazu greift sie den Begriff der ›emotionalen Arbeit‹ auf, der in den Debatten der Frauenbewegung der 70er Jahre eine große Rolle spielte und dort vor allem auf die Analyse des Zuhause angewandt wurde. Es handelt sich im Fall der FlugbegleiterInnen um eine Arbeit, die nicht nur das Ausführen von Stereotypen (Lächeln) erfordert; vielmehr soll zu den KundInnen

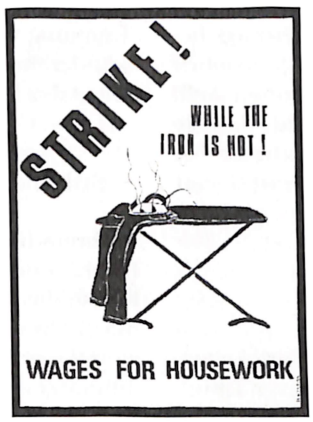


C: Heidi Hoh!
N: Ja, genau, das ist mein Name. Nutz ihn nicht ab!
T: Heidihoh, Heidi Hoh!
C: Ist das dein Zuhause?
N: Ja.
C: Bist du sicher?
N: Ich denke doch, sieh's dir an, ja.
T: Das ist ein nettes Zimmer.
C: Ich dachte immer ... also ich habe immer angenommen, daß das dein Zuhause ist. Aber jetzt, wo ich hier bin ... Ich dachte, wir wollten zu dir nach Hause gehen.
N: Ja, gut. Aber das sind wir. Ich arbeite hier. Das ist mein Zuhause.
C: Es sieht aus wie eine Filiale von DaimlerChrysler.
N: Ja, gut.
C: Es sieht aus wie ein Terminal bei Daimler oder Chrysler.
T: Überall liegen diese Labels aus Speed herum.
N: Ich arbeite zu Hause.
C: Was genau?
N: An Dingen. Ich seh sie nicht. Aber es geht irgendwie. Ich bin Kundenberaterin. Die Kunden sind on line. Aber Offline bin ich zu Hause.

Heidi beugt sich über ein Label am Boden.

T: Sie ist on line.
C: NIMM DEINE NASE AUS DIESEM LABEL UND HÖR MIR ZU!
N: Die Modernisierung des Arbeitsplatzes ist an geschlechtsspezifische Eigenschaften gebunden, wie Kundennähe, Teamfähigkeit, Homeservice. Und der Fall liegt hier vor.
C: Das klingt nach stereotyp weiblichem Arbeitsplatz.
N: Von mir aus.
T: Wie schaffst du das nur?
N: Einsatz neuer Technologie. Es

ein individuelles Verhältnis hergestellt werden, das eng mit den besonderen Eigenschaften der jeweiligen Flugbegleiterin verbunden ist. Die Verwertung einer Arbeitskraft, so Russell Hochschild, geht hier besonders weit, weil sie auf einen Bereich des Selbst zugreift, den Personen im Kapitalismus als einen tief in der Persönlichkeit verankerten Bestandteil ihrer Individualität hoch bewerten. Die individualisierte Arbeitskraft ist zugleich das Produkt, das angeboten wird. Wenn dieses Gefühls-/Wissens-Produkt auch gegen Lohn verkauft wird und Tauschwertcharakter besitzt, so läßt sich dieser Tausch doch schwer formalisieren. Der persönliche Einsatz wird von den Dienstleisterinnen zwar erwartet, aber nicht unbedingt mit Geld ausgeglichen.



Daß ihre Subjektivität adressiert wird, fördert, so könnte man hinzufügen, eine Identifikation der Beschäftigten mit einer eher privaten als mit einer klassenspezifischen Logik – sich schlecht fühlen am Arbeitsplatz kann dann auf die eigene unzulängliche Persönlichkeit anstatt auf die untragbaren Anforderungen zurückgeführt werden. Widerstand gegen diese Arbeitsbedingungen, Streiks oder Forderungen sind unter diesen Umständen nicht leicht zu organisieren. Während ich mich entscheiden kann, am Band etwas langsamer zu arbeiten, oder im Büro die Kaffeepause auszudehnen, sind solche kleinen Formen von Arbeitsverweigerung äußerst anstrengend, sobald ich ›als Person‹ von einem Arbeitsverhältnis oder eineR ArbeitgeberIn adressiert werde. Die Behauptung, etwas nicht zu können, fällt schwer, wenn damit zugleich die eigene Persönlichkeit abgewertet wird.

Heterosexualität ist produktiv

Eine Frau, die der am Arbeitsplatz geforderten Form von Weiblichkeit – ob als Flugbegleiterin oder bei der Kinderbetreuung – nicht nachkommen kann oder will, muß mit Sanktionen rechnen. Die normativen Vorschriften, die Weiblichkeit (oder entsprechend Männlichkeit) in einem Arbeitsverhältnis regulieren, lassen sich auch als breit angelegte gesellschaftliche Übung verstehen, sich ›als Frau‹ oder ›als Mann‹ zu verhalten.

Die Geographin Linda McDowell führt die These von Arlie Russell Hochschild über emotionale Arbeit insofern weiter, als sie auch die Heteronormativität von Arbeitsplätzen analysiert. In ihrer Untersuchung an drei Handelsbanken in London kommt McDowell zum Ergebnis, daß diese Arbeitsverhältnisse eine eindeutige Darstellung von Heterosexualität erfordern. Weibliche Beschäftigte werden als Personen gesehen, die potentiell ein sexuelles Verhältnis mit einem männlichen Kollegen oder Kunden eingehen könnten und die diese Möglichkeit in Sprache, Verhalten und Aussehen zum Ausdruck bringen. Sie bezeichnet diese Arbeit als ›Sexarbeit‹.

gibt dieses Terminal.

T: Welches?

N: Na gut. Ich geb es zu, man sieht es jetzt nicht richtig. Aber es gibt eins.

T: Sie ist Online.

C: Hör auf damit! Geh Offline. Geh von dieser Linie weg.

N: Wenn ich groß bin, will ich einen Müllwagen fahrn.

T: Ist das das Lied?

N: Ja, genau.

T: Ist das das Lied, das du auflegen wolltest.

N: Ja, genau. Es ist von den Readymades.

Musikeinspielung: When I grow up... von den Readymades. C benutzt die Trockenhaube zum Curling oder fängt damit eine Perücke, die ihr T zuwirft. Heidi duckt sich.

N: Natürlich will ich nicht wirklich einen Müllwagen fahrn. Es ist einfach nur so.

T: Du wolltest es einfach nur auflegen.

C: Du bist online, ja gut, aber du bist nicht zuhause.

N: Doch das bin ich.

C: DU BIST NICHT ZUHAUSE!

N: Von mir aus. Dann bin ich's eben nicht. Aber ich bin Offline zuhause. Ich bin motivierter, seit ich mehr Zeit zu Hause und weniger Zeit im Büro verbringen muß.

C: Warum?

N: Ich weiß nicht warum, aber es motiviert mich. Das ganze ist wie eine Revolution.

C: Eine soziale Revolution zugunsten des investierenden Kapitals.

T: Es sieht aus, als wäre hier DaimlerChrysler zuhause.

N: Das sind sie auch. Irgendwie. Sie sind online zuhause.

C: Es sieht aus, als wärst du an deinen traditionellen Arbeitsplatz zurückgekehrt.

N: An welchen?

C: Es sieht aus, als wärst du an deinen Herd zurückgekehrt oder irgendwie sowas.

N: Ja, gut, aber das bin ich nicht. Es gibt hier keinen Herd.

T: Wo sind wir hier?

N: Homeservice. Ich arbeite zu Hause.

C: Dann ist es kein Homeservice. Dann ist es irgendwie Heimarbeit oder sowas. Aber kein Homeservice.

T: Du bist eine Hausfrau und du arbeitest hier für die Mercedes Benz AG.

C: Hausfrauenoutsourcing.

N: Aber ich bin keine Hausfrau.

T: Ja, gut. Aber dann bist du jetzt eine. Diese Hausfrau arbeitet für DaimlerChrysler.

C: Ökonomische Bedingungen be-

Die Untersuchung von (Hetero-)Sexualität am Arbeitsplatz richtet sich demnach nicht allein auf offenen ›Sexismus‹ (den es selbstredend auch gibt). Sexualität wird hier nicht als Sphäre der ›Freiheit‹ verstanden, die durch sexistische Übergriffe ›geraubt‹ wird, sondern als eine Vermittlungsmaschine heterosexueller Normen, die sich gesellschaftlich als Arbeitsteilung und als Hierarchie innerhalb von Arbeitsverhältnissen auswirken. Diese Verhaltensnormen sind besonders wirksam, weil sie nicht nur gefordert, sondern häufig auch als Teil einer Selbstregulierung von den betreffenden Beschäftigten vertreten und umgesetzt werden. Die Arbeitskraft, die heterosexuelle Arbeit als Dienstleistung verkauft, ist unmittelbar produktiv, in einem doppelten Sinne: zum einen wird aus ihrer Heterosexualität, z. B. durch einen Flirt mit einem Kunden, direkt Profit geschlagen; zum andern verkauft sie ein ideologisches Produkt. Denn sie wird den Normen von Weiblichkeit und Heterosexualität nicht nur selbst gerecht (oder muß es werden), sondern kommuniziert diese Normen auch an ihre KollegInnen und KundInnen.

Wenn man die Vervielfältigung möglicher Formen von Heterosexualität und Weiblichkeit betrachtet (ohne diesen Vorgang simpel positiv zu werten), stellt sich die Frage, ob auch ein Verlassen der daran geknüpften Zuschreibungen für Frauen möglich ist. Die SoziologInnen Witz, Halford und Savage sammelten zumindest bei Beschäftigten in hochbewerteten Bankjobs Aussagen, in denen die männlichen Manager darauf bestanden, keinerlei Differenz zu den Kolleginnen ausmachen zu können. In Kleidung und Verhalten entsprachen diese Frauen auch weitgehend den erwarteten Normen von Männlichkeit. Bei einem Geschäftsessen stellte sich die Situation aus der Perspektive einer Managerin allerdings anders dar: »Es gab fünf lange Tische, und an jedem saß nur eine Frau. Da fällt man schon auf. Aber ich habe versucht, daraus einen Vorteil zu ziehen. Weil ich wußte, daß die Männer, die ich kannte, alle schwarz oder grau angezogen sein würden, trug ich ein rotes Kleid. So fiel ich tatsächlich ziemlich stark auf und am Ende kam der Vortragende zu mir rüber und sprach mit mir ... das gehört dazu, wenn man sich auf das Spiel einläßt.« (Witz, Halford, Savage, 186) Wenn man hier auch zu der Einschätzung neigen könnte, daß ihre heterosexuelle Weiblichkeit diese Beschäftigte eben doch wiedereinholt, ließe sich der Geschichte auch eine andere Perspektive geben: Diese schlaue Darstellerin von Männlichkeit konnte sich als Drag Queen die Normen von (heterosexueller?) Weiblichkeit in einer für sie vorteilhaften Situation wiederaneignen.

Sex

Wir denken, daß diese ›sexuelle Arbeit‹ schon immer geleistet wurde, daß ihr aber dann noch mehr Bedeutung zukommt, wenn die Zahl der Berufe zunimmt, in denen Fähigkeiten und Emotionen verlangt werden, die dem Bereich der Subjektivität, des Persönlichen zugeordnet sind: also Dienstleistungsberufe, sog. kreative Berufe, Arbeitsplätze, die viel mit Kommunikation zu tun haben.

Die Beschreibung als ›sexuelle Arbeit‹ setzt dabei einen anderen Fokus gegenüber einem anderen Begriff für die Untersuchung heterosexueller Verhältnisse, und zwar dem des Patriarchats. In der Patriarchatskritik wurde Heterosexualität vor allem als repressiv und

stimmen das Verhältnis von Privatem und Öffentlichem.

N: Na und? ICH BIN KEINE HAUSFRAU.

C: Diese Firma ist umgezogen. Und zwar zu dir nach Hause.

T: Out'ge'source'te Hausfrau.

N: Das bin ich nicht! ICH BIN KEINE HAUSFRAU! IHR VERDAMMTEN FICKSÄUE!

C: Calm down, Baby! Du bist Hausfrau.

T: Wo ist die Küche?

N: Ja, gut, es gibt eine. Ich fand nur, daß die Küche zu groß war. Ich wußte überhaupt nichts damit anzufangen. Ich will nicht mein Leben hinter einem Herd verbringen. Auch nicht hinter einem großen.

C: Du hast es dir hier recht nett gemacht.

N: Ja, ich weiß. JA ICH WEISS!!

T: Es sieht aus wie ›Schöner wohnen‹ *(Geste: Anführungszeichen)* in einer Filiale von DaimlerChrysler.

N: VON MIR AUS!

C: Das hier nennt man: Lebensträume, die von Wohnraumplanern vergewaltigt wurden. Dieser Wohnblock mit Aussicht auf einen Kinderspielplatz.

T: Da wird man schon schwanger vom Hinsehn!

N: Ja, ich weiß. Hier bin ich zuhause. Aber manchmal bin ich mir nicht sicher, und bekomme Selbstzweifel und Depressionen und dann wünsche ich mir, ich käme ohne diese Substanzen aus.

N: Es ging alles so schnell, ich hab keine Ahnung. Eben war ich noch in einem Büro. Und dann mußte ich umziehen.

C: Wohin denn?

N: Von meinem Büro nach Hause oder umgekehrt.

C: Aber es ist ein und derselbe Ort.

N: Ja, gut. Es ging alles sehr schnell. Deshalb nennt man es wohl Turbokapitalismus.

C: Diese Substanzen gaukeln dir vor zu Hause zu sein.

N: Diese Substanzen gaukeln mir vor überhaupt irgendwo zu sein.

T: Im sogenannten Turbokapitalismus gehen Dinge sehr schnell.

C: Und so bist du in einer Nanosekunde zu Hause und wieder an deinem Arbeitsplatz, zu Hause und wieder an deinem Arbeitsplatz. Wie kommst du von einem Ort zum andern?

N: Durch Hyperlinks im Internet.

T: Wo ist die Küche?

N: Ja, gut, es gab eine, aber ich hab sie zugemauert. Es war ein erschreckender Anblick.

als Zwang beschrieben, während mit dem Begriff der ›sexuellen Arbeit‹ heterosexuelle Verhältnisse auch unter der Perspektive von Wünschen untersucht werden sollen: heterosexuelle Verhältnisse sind ja unter Umständen auch gewollt und Personen leisten ›sexuelle Arbeit‹, ohne dazu gezwungen zu werden. Zum zweiten ging es bei der Beschreibung des Patriarchats zunächst um die Konfrontation mit einem einzelnen Mann (z.B. als Ehemann oder als Chef). Dagegen zielt eine Beschäftigung mit der ›Institution Heterosexualität‹ darauf ab, die sexuelle soziale Ordnung zu beschreiben, mit der Frauen selbst dann konfrontiert sind, wenn sie gar nicht auf einen Mann treffen und auch gar nicht heterosexuell sind.

So müssen sich Lesben und Schwule am Arbeitsplatz immer wieder ›outen‹, weil jede neue Person grundsätzlich davon ausgeht, daß sie heterosexuell sind – eine Mühe, die man ebenfalls als ›sexuelle Arbeit‹ bezeichnen könnte. In einer Untersuchung zeigt der Soziologe Woods, dass diejenigen, die sich nicht outen wollen oder können und daher am Arbeitsplatz gezwungen sind, Heterosexualität in besonders vollkommener Weise darzustellen, eine Mischung aus Ausweichmanövern, Kontrolliertheit und Distanziertheit betreiben müssen, die dazu führe, daß manche häufig langweilig, unsympathisch oder asexuell erscheine.

Gegenstrategien – die Methode des Verträgefälschens

Wie soll das Verhältnis von Arbeit und Sexualität, oder allgemeiner des ›Öffentlichen‹ zum ›Privaten‹ thematisiert werden, solange in dem einen Bereich von ›Geschäft‹, in dem anderen aber von ›Liebe‹ die Rede ist?

Man könnte vielleicht sagen, daß die Ausstellungssituation im Hamburger Museum einen ›Verfremdungseffekt‹ erzeugt: Fähigkeiten und Emotionen vergegenständlicht in einer Vitrine anzugucken, wirkt, als würden BesucherInnen eines ethnographischen Museums ihre eigenen Rituale aus großem räumlichen und zeitlichen Abstand betrachten. Diese Darstellungsweise verobjektiviert probehalber einen Bereich des Lebens und macht ihn zu einem formalen Arbeitsverhältnis im Rahmen der kapitalistischen Ökonomie. ›Ökonomisierung‹ bedeutet hier weniger, weitere Lebensbereiche gegen Geld aufzurechnen, als überhaupt all das in eine Kapitalismuskritik einzubringen, was üblicherweise außerhalb des monetären Bereiches und damit außerhalb des Ökonomischen liegt. Die andere Seite des Vertrages, das Monetäre, die Repräsentanz der ›öffentlichen Welt‹, wird allerdings intakt gelassen.

Die Methode des Verträgefälschens könnte an dieser Stelle noch einmal ansetzen. Das hieße die andere Seite des Verhältnisses, das Monetäre, das formale Arbeitsverhältnis zu verunsichern, indem aufgezeigt wird, wie auch dort Subjektivität, Emotionen und Sexualität eine wesentliche Rolle spielen. Am Arbeitsplatz und zu Hause (wobei es sich um den gleichen Ort handeln kann) verbringen Subjekte einen großen Teil ihrer Lebenszeit, und es ist daher notwendig, Verhältnisse herzustellen, die ein Agieren darin nicht nur mit der Wahnvorstellung möglich machen, es gebe irgendeinen anderen Bereich des Lebens (Sexualität, Freizeit ...), der irgendwie ›freier‹, persönlicher oder selbstbestimmter ablaufe.

Reproduktionskonten fälschen!

ist ein Aufruf, das Konto ›Wiederherstellung der Produktivität‹ zu fälschen. Dieser Wert ist falsch darzustellen, die Ein- und Ausgänge sind zu verunklären!

Pauline Boudry, Brigitta Kuster, Renate Lorenz

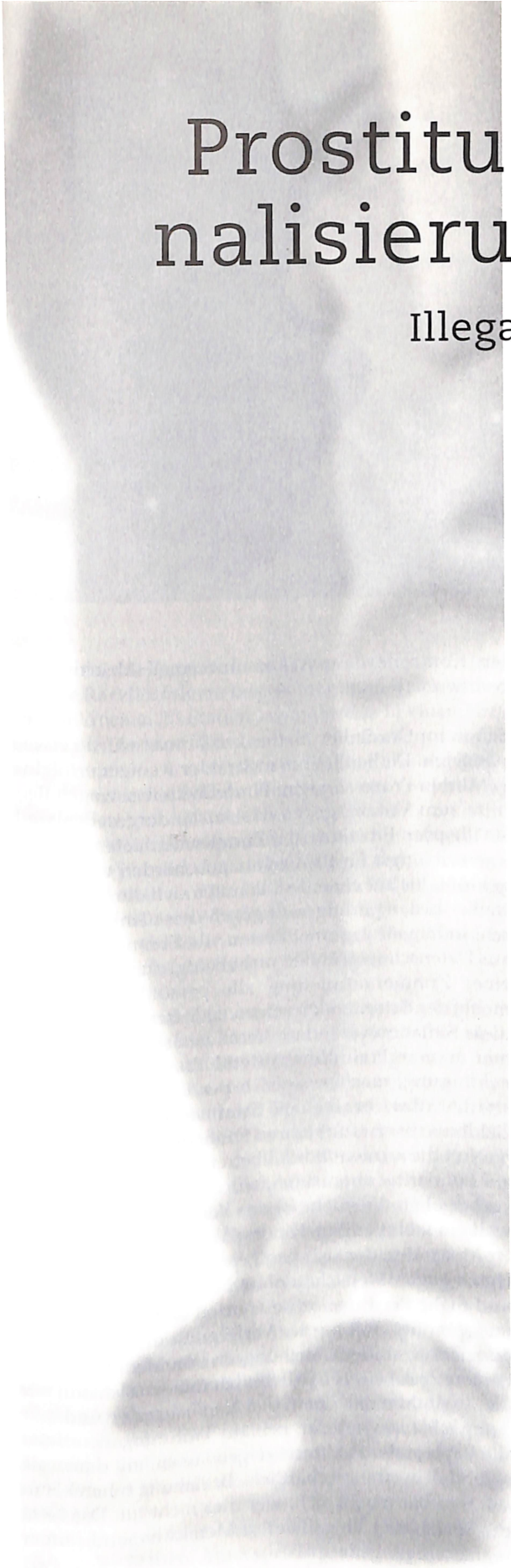
Das Buch »Reproduktionskonten fälschen!« ist zu beziehen bei: b_books, Lübbenerstraße 14, 10997 Berlin, e-mail: b_books@txt.de

Hessen
soll
wärmer
und
weiblicher
werden!

GRÖSSENWAHN
FRANKFURT

Taglich bis eins oder zwei

txt:
➥ Anderson, Brigitt 1999. In: FrauenLesbenFilmCollectif, Unsichtbare Hausarbeiterinnen, Dokumentarfilm.
➥ Hochschild, Arlie Russell 1990: Das gekaufte Herz. Zur Kommerzialisierung der Gefühle. Frankfurt/New York.
➥ Massey, Doreen 1996: Masculinity, Dualisms and High Technology. In Nancy Duncan (ed.): BodySpace – Destabilizing Geographies of Gender and Sexuality. London.
➥ McDowell, Linda 1995: Body Work. Heterosexual Gender Performances in City Workplaces. In: David Bell & Gill Valentine (eds.): Mapping Desire – Geographies of Sexualities. London.
➥ Witz, Anne, Halford, Susan and Savage, Mike 1996: Organized Bodies. Gender, Sexuality and Embodiment in Contemporary Organizations. In: Lisa Adkins, Vicki Merchant (eds.): Sexualizing the Social. Power and the Organization of Sexuality. New York.
➥ Woods, James 1997: The Different Dilemmas of Lesbian and Gay Professionals. In: Martin Duberman (ed.): A Queer World. New York/London.



Prostitution – Kriminalisierung – Razzien

Illegalisierte Sexarbeiterinnen in Frankfurter Bordellen

Sexarbeit – eine Arbeit wie jede andere? An dieser Frage können sich die Gemüter erhitzen. Die einen sehen sie als Spitze des Patriarchats, die anderen als ganz normale Arbeit, deren Anerkennung als solche schon längst überfällig ist. Welche Frau macht so etwas schon freiwillig, heißt es aus dem Antilager; dagegen stellt sich die Frage: Wer geht schon freiwillig den ganzen Tag putzen! Und dennoch: ist da nicht doch ein Unterschied?? Und wer soll die Antwort darauf geben? Die Prostituierten, die sich freiwillig dafür entschieden haben, zufrieden und selbstbewusst Männern ihre sexuellen Dienstleistungen zu verkaufen? LobbyistInnen und VertreterInnen der Hurenbewegung, die seit Jahren für die Anerkennung als Beruf eintreten? AbolutionistInnen, die Prostituierte für Sklavinnen halten, oder die, die sich mangels Alternative keinen anderen Job aussuchen konnten und mehr als unglücklich in dieser Tätigkeit sind, oder gar diejenigen, die dazu gezwungen sind? Und was würden die Männer antworten, die als Freier gern unerkannt bleiben, oder die Politiker, die sich Sperrgebietsverordnungen überlegen, eine Vertreibungspolitik in Gang setzen, als brave Ehemänner und Familienväter bloß kein Bordell neben dem Kindergarten haben wollen, aber klammheimlich auf den einen oder anderen Service auf Geschäftsreise oder sonst wo nicht verzichten wollen ...

Bedauerlicherweise ist die Fraktion der DoppelmoralistInnen weiterhin so stark, dass sich seitens des Gesetzgebers und in der öffentlichen Meinungsbildung noch nichts zum Positiven für Prostituierte geändert hat. Wer die Prostitution fördert, macht sich strafbar, wer sie außerhalb der Toleranzzonen ausübt erst recht, wer sich öffentlich als Hure bekennt, ist gesellschaftlicher Ächtung ausgesetzt; der Freier bleibt anonym. Ausgeschlossen ist es, den ›Lohn‹ einzuklagen, denn der Vertrag zwischen Hure und Freier gilt als sittenwidrig. An soziale Absicherung ist nicht zu denken, obgleich das Finanzamt seine Steuern bezahlt haben will. Wäre Prostitution als Beruf anerkannt und entspräche einem Dienstleistungsverhältnis, so wäre es möglich, die darin Tätigen vor unmittelbaren Gewaltverhältnissen besser zu schützen und auf dem allgemeinen anderen Menschen auch zugestandenen Niveau sozial abzusichern.

Ohne migrationspolitische Veränderungen brächte die Anerkennung der Prostitution als Beruf allerdings einer Gruppe von Frauen zunächst einmal nichts. Gemeint sind die Migrantinnen, die hier ohne Aufent-

halts- und Arbeitsgenehmigung anschaffen. Besonders hart trifft es in Frankfurt aktuell wieder einmal die ausländischen Sexarbeiterinnen, die als sogenannte Illegale in den Bordellen ihre Dienste anbieten. Ihre Situation vor dem Hintergrund erneuter Razzien in der Frankfurter Bordellprostitution soll im folgenden ausführlicher behandelt werden.

Was sich zum Jahresende 1999 schon anbahnte, setzt nun die Polizei in Kooperation mit der Ausländerbehörde in harter Form um. Im Herbst 1999 baute die Schutzpolizei im Bahnhofsviertel und im Stadtzentrum eine neue Einheit auf zur Verfolgung und konsequenten Abschiebung von illegalisierten Menschen. Das Ziel, so hieß es, sei vor allem auch die Bekämpfung der Begleitkriminalität im Rotlichtmilieu und ein restriktives Vorgehen gegen Illegalität und illegale Arbeitsaufnahme. Die Polizei weitete ihre Kontrollen auf der Straße und in den umliegenden Läden und Geschäften noch mehr aus; ein illegaler Aufenthalt führte nun viel schneller zu einer Abschiebung, mindestens zu einer Ausweisungsverfügung. An die 100 Personen, davon die Hälfte Sexarbeiterinnen, wurden schon im letzten Drittel des Jahres 1999 abgeschoben. Ein Sachbearbeiter der Ausländerbehörde trat seinen Dienst direkt in der Polizeistation an, um die ausländerrechtlichen Angelegenheiten schneller und direkter abzuwickeln. Bei Kontrollen in den Bordellen wurden Frauen nun öfter abgeschoben als vorher. Bislang bekamen Frauen, die illegal im Bordell anschafften, eine Ausreisefrist von sieben Tagen, den Pass behielt die Polizei ein und leitete ihn an die Ausländerbehörde weiter. Dort konnte er zusammen mit einer Grenzübertrittsbescheinigung unter Vorlage eines Rückflugtickets abgeholt werden. Die Ausweisungsverfügung und damit das Wiedereinreiseverbot in die Bundesrepublik Deutschland waren aufgrund des Verstoßes gegen das Ausländergesetz nicht mehr zu verhindern. Die meisten Frauen traten die Rückreise nicht an – in der Hoffnung, noch einige Zeit Geld verdienen zu können. Oft verfügten sie auch nicht über das erforderliche Geld für das Ticket. Allerdings musste die Betroffene bei der zweiten Kontrolle dann schon mit einer Abschiebung rechnen.

Schon im Dezember hieß es, ab Januar würde etwas passieren. Die seit Jahren mehr oder weniger erfolglos geführten Prozesse gegen Bordellbetreiber wegen Beihilfe zum Verstoß gegen das Ausländergesetz – weil sie illegalen Prostituierten Zimmer vermieten würden – waren jüngst für die Ordnungsbehörden von Erfolg gekrönt. Bis auf einen Fall konnten sich die Bordellbetreiber bislang erfolgreich gegen diese Anklage wehren, indem sie argumentierten, als Zimmervermieter aus Datenschutzgründen nicht befugt zu sein, sich vor einer Zimmervermietung alle persönlichen Dokumente der Betreffenden zeigen zu lassen. Nun hat sich diese Situation verändert. Vermieten sie jetzt ein Zimmer an eine Frau ohne Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung, machen sie sich per Landgerichtsurteil strafbar; das vorgesehene Strafmaß reicht von einer Geldbuße bis zu fünf Jahren Freiheitsentzug.

Nun die ›armen‹ Bordellbetreiber zu bedauern und zur Solidarität aufzurufen, würde am Kern der Sache vorbeigehen. Vielmehr ist das Vorgehen der Staatsgewalt ein weiterer Baustein zur Verfolgung illegalisierter Menschen, der sich passgerecht in eine allgemeine Hetze gegen Menschen ohne Papiere einreiht. Mehr und mehr Personenkreise werden dazu angestachelt und genötigt, mit an der Verfolgung und an der Denunziation, an dem Aushungern von Menschen ohne Papiere zu arbeiten. Die Betreiber müssen sich nun wie die Taxifahrer an der Oder-Neiße-Grenze und wie demnächst auch jeder private Wohnungsvermieter alle Papiere der Personen zeigen lassen, mit denen sie potentiell in eine geschäftliche Beziehung treten könnten. Strafbar macht sich, wer dies nicht tut. Das Netz zur Verfolgung illegalisierter Menschen wird immer engmaschiger geknüpft.

Im Zuge dessen haben sich leider die Befürchtungen hinsichtlich eines härteren Vorgehens seitens der Ordnungshüter seit Februar bewahrheitet. Sechs Bordelle – 24 Bordelle mit circa 700 Zimmern sind insgesamt beim Ordnungsamt registriert – durchkämmte

die Polizei mit Razzien. Es ist davon auszugehen, dass weitere Razzien folgen. Insgesamt mussten sich in den letzten Wochen 22 Frauen zwangsweise in einen Flieger in ihr Herkunftsland setzen. 106 Frauen wurden festgenommen, von denen ein Großteil die siebentägige Ausreisefrist bekam. Werden sie ein zweites Mal angetroffen, erfolgt auch hier die Abschiebung oder zunächst Abschiebungs- oder Untersuchungshaft. Die Flugkosten müssen nun aufgrund des Landgerichtsurteils die Bordellbetreiber übernehmen. Daher erklären sich die schnelleren Abschiebungen, denn sonst käme es die Stadt sehr teuer, entstehen doch Flugkosten in durchschnittlicher Höhe von 3 500 DM.

Unklar bleibt nach wie vor das Ziel dieses harten Vorgehens. Frankfurt als Messestadt war weit über Hessens Ländergrenzen hinaus für sein billiges und umfangreiches Angebot im Sexgewerbe bekannt. Eine große Nachfrage nach den Frauen aus vieler Herren Länder ließ das Geschäft florieren und damit auch die Steuereinnahmen für die Stadt Frankfurt. Männer aller Altersstufen und aller sozialen Schichten trafen sich auf der Suche nach einer ›exotischen‹ Frau in den bisweilen mehr als schmuddeligen Etablissements wieder. Nun sind die Bordelle weitgehend leer, Frauen mit legalem Status finden sich nicht genug. Möchte man diese Form der Prostitution einfach abschaffen bzw. noch weiter in einen unüberschaubaren illegalen Bereich abdrängen, soll das Bahnhofsviertel nun doch vom reinen Bankenflair beherrscht werden, folgen also demnach noch weitere Vertreibungsaktionen der Junkies und anderer? Oder geht es darum, den (oder vielleicht ganz bestimmten) Bordellbetreibern wieder einmal zu zeigen, wer hier die Hosen anhat?

Ausgetragen wird diese Politik wie immer auf dem Rücken der Frauen. Anna spricht für sich und viele andere der Frauen, wenn sie berichtet, dass eine große Verzweiflung sich breit macht. Niemand weiß, wie es weiter gehen soll. Einige haben noch hohe Schulden durch die Reisekosten. Diese in Kolumbien zu erwirtschaften, ist unmöglich. Außerdem waren sie gekommen, um Geld zu verdienen. Zurück können sie nicht so einfach.

Auch Frauen mit Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung, aber mit dem Vermerk im Pass, dass »selbständige oder vergleichbar unselbständige Erwerbstätigkeit nicht erlaubt« ist, verstoßen gegen das Ausländergesetz, weil Prostitution als selbständige Tätigkeit gewertet wird. Perfide angesichts dessen, dass sie nicht als Arbeit geschweige denn als Beruf anerkannt ist. Die Frankfurter Ordnungshüter hatten sich im Gegensatz zu anderen Städten bislang nicht auf diese Fälle konzentriert, nun aber scheinen sie auch diejenigen Frauen ins Visier zu nehmen, die nur eine Arbeitserlaubnis für unselbständige Tätigkeit besitzen. Dabei bleibt unklar, ob die Stadtväter diese Form der Bordellprostitution trotz stetiger Nachfrage abschaffen wollen und dabei bewusst einkalkulieren, dass sie sich an anderen Orten wieder aufbaut, und zwar in einen für Frauen noch ungeschützteren Bereich: Wohnungsprostitution oder Straßenstrich. Zu beiden ist der Zugang für beratende Organisationen, die die Frauen seit Jahren an ihren Arbeitsplätzen aufsuchen, ungleich schwerer. Die Leidtragenden sind die Frauen, die von einem Ort zum anderen ziehen müssen. Verdienen werden die Hintermänner und -frauen, deren Gewinne analog zum Grad der Illegalität und Kriminalisierung ansteigen.

Zur Situation illegalisierter Sexarbeiterinnen

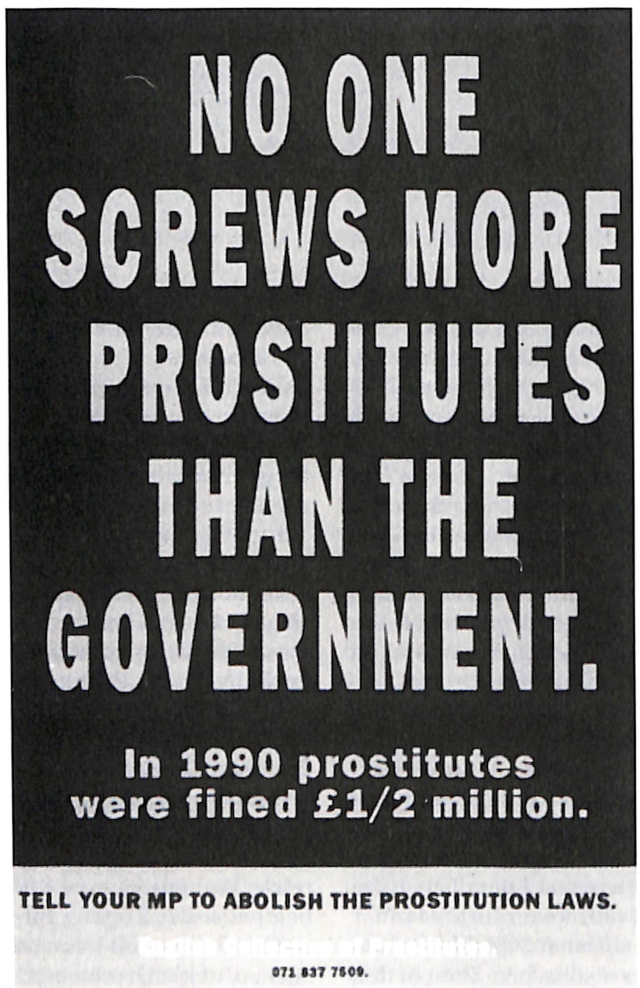
Prostitution wird immer noch vielfach mit Frauenhandel, Zwangsverhältnissen und Zuhälterei gleichgesetzt. Unbestritten gibt es diese Menschenrechtsverletzungen an Frauen. Daneben gibt es aber viele Frauen, die sich bewusst für diese Form der Arbeitsmigration entscheiden. Aufgrund der weltweiten ökonomischen Ungleichheit soll diese selbstbewusste Entscheidung nicht mit Freiwilligkeit verwechselt werden.

Neben den verschiedenen Faktoren, die die Arbeitsbedingungen von ausländischen Sexarbeiterin-

nen prekär gestalten, möchte ich mich auf den Aspekt der Illegalisierung und damit Kriminalisierung und seiner Auswirkungen konzentrieren.

Die Prostitution ist ein Arbeitsbereich, in dem potentiell schnell und viel Geld zu verdienen ist. Diese Hoffnung erfüllt sich allerdings für viele Frauen nicht.

In der Frankfurter Bordellprostitution arbeiten ca. 1400 Frauen; 95% sind Migrantinnen, insbesondere aus Kolumbien, der Dominikanischen Republik und Brasilien, aber auch aus Thailand, Ghana, Nigeria und anderen Ländern. Aus Ost- und Mitteleuropäischen Ländern finden sich angeblich wegen eines inoffiziellen Agreements zwischen Bordellbetreibern und Polizei keine Frauen in den Bordellen, um – so heißt es – sich die ›Russenmafia‹ vom Leib zu halten. Osteuropäische Frauen arbeiten verstärkt in der Wohnungsprostitution. Viele der Frauen reisen als Touristinnen ein, i.d.R. verfügen sie über ein Dreimonatsvisum. Die Erwerbstätigkeit ist ihnen jedoch nicht gestattet, d.h. sie arbeiten illegal.



Häufig müssen sie eine Vermittlungsgebühr zwischen 3000 und 30000 $ zahlen, um überhaupt hier her zu gelangen oder hier zu arbeiten. Der Preis bestimmt sich auch danach, ob ein Touristenvisum erforderlich ist oder nicht. Für Kolumbien galt bislang noch keine Visumspflicht; es muss aber jederzeit mit deren Einführung gerechnet werden, was die Einreise wesentlich erschweren bzw. teurer machen wird.

Die Motivation der Frauen, hier zu leben und zu arbeiten, ist sehr unterschiedlich. Viele Frauen wollen nur für eine bestimmte Zeit hier arbeiten, um ihre ökonomische Situation im Herkunftsland zu verbessern, andere hoffen, sich hier z.B. über eine Ehe ein besseres Leben aufzubauen. Häufig ist die Verantwortung für die Familie, insbesondere die Kinder, eine der Triebfedern für die Migration von Frauen. Viele dieser Frauen sind alleinerziehende Mütter.

Über die Arbeitsbedingungen und Verdienstmöglichkeiten im Sexgewerbe hierzulande sind viele Frauen schlecht oder gar nicht informiert, auch wenn ihnen vor der Einreise bekannt war, dass sie hier als Prostituierte arbeiten würden. Hohe Ausgaben relativieren sehr schnell die vermeintlich hohen Einnahmen: Die Zimmermiete von 250 bis 280 DM täglich im Bordell (in einigen nur für 12 Stunden) bei Preisen für Geschlechtsverkehr von oft nur 30 bis 50 DM, die Übernachtung außerhalb, die abzutragenden Schulden für die Vermittlung, Kosten für ÄrztInnen oder RechtsanwältInnen, Trinkgelder für den Bordellbetreiber, Kleidung, Essen etc.

Dass Bordellbetreiber, diverse Rechtsanwälte, sogenannte VermittlerInnen u.a. die großen Gewinne abschöpfen, steht in enger Verbindung mit dem rechtlosen Status vieler Frauen. In einigen Bordellen gilt die inoffizielle Regel, dass vor Arbeitsbeginn eine Passkopie von einer Anwaltskanzlei mit dem Vermerk vorzulegen ist, dass die Kanzlei als anwaltliche Vertretung mit den ausländer- und aufenthaltsrechtlichen Angelegenheiten beauftragt ist. Diese monatlich zu erneuernde Passkopie lassen sich die entsprechenden Anwälte teuer bezahlen.

Die herrschende Doppelmoral und damit einhergehende gesellschaftliche Diskriminierung, die Nicht-Anerkennung der Prostitution als Beruf wie auch die Vertreibungspolitik durch Sperrgebietsverordnungen trifft alle Sexarbeiterinnen. Bei vielen ausländischen Sexarbeiterinnen tritt allerdings der illegale Status als ein die Situation verschärfendes Moment hinzu. Da Frauen aus Nicht-EU-Staaten Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis verwehrt werden, sind sie auf eine spezifische Art zusätzlich erpress- und ausbeutbar. Illegalisiert hier zu arbeiten, heißt unter großem Druck zu stehen, in ständiger Angst vor einer Polizeikontrolle bzw. Razzia. Eine illegal arbeitende Sexarbeiterin wurde z.B. von einem Freier verfolgt, er drohte sie umzubringen. Zweimal hatte er sie schon zusammengeschlagen, zudem hatte er ihr den Pass abgenommen und verlangte 5000 DM dafür. Wochenlang versteckte sie sich vor ihm – verzweifelt, weil sie weiterarbeiten wollte, um Geld zu verdienen, aber Angst hatte, dass er sie wieder findet. Um nicht aufzufallen und Gefahr zu laufen ausgewiesen zu werden, entschied sie sich gegen eine Aussage bei der Polizei. In einem anderen

Fall widersetzte sich eine Frau den Forderungen eines Freiers, der sie zu sexuellen Praktiken zwingen wollte, die nicht vereinbart waren und warf ihn raus. Wenige Stunden später kam die Polizei und nahm sie fest. Der Freier hatte sie angezeigt mit der Anschuldigung, sie wäre eine Drogendealerin. Sie hatte nichts mit derartigen Geschäften zu tun. Aber die fehlenden Aufenthaltspapiere waren Grund genug für die Polizei, sie mitzunehmen. Damit hatte der Freier gerechnet. Ein weiteres Beispiel ist der Fall einer Kolumbianerin, die im April 1996 in einem Frankfurter Bordell von zwei Männern ermordet wurde. Sie wollte hier Geld verdienen, um ihrer Tochter und ihren Geschwistern in Kolumbien ein besseres Leben zu ermöglichen. Zwei Wochen vorher hatte eine andere Landsfrau einen Angriff von vermutlich denselben Männern nur knapp überlebt. Ihre große Angst vor der Polizei und ihr illegaler Status verhinderten zunächst, dass sie Anzeige erstattete. Erst nach dem Tod von ihrer Kollegin entschied sie sich, zur Polizei zu gehen. Dieselben Männer wurden weiterhin von verschiedenen Frauen im Viertel gesehen. Selbstsicher bewegten sie sich über Monate hinweg in verschiedenen Bordellen in der Annahme, dass sowieso keine Frau zur Polizei gehen würde.

Und in der Tat kommt diese Annahme nicht von ungefähr, wenn aufgrund ihres illegalen Status die Polizei zu einem zusätzlichen Bedrohungsfaktor wird. Zudem bedeutet eine Polizeikontrolle häufig eine diskriminierende Behandlung für die Prostituierte. Alles wird durchsucht bis hin zur Leibesvisitation, das Geld wird beschlagnahmt, die Frau erkennungsdienstlich behandelt und danach ausgewiesen oder abgeschoben. Bestehen noch unbezahlte Schulden durch die hohe Vermittlungsgebühr, ist es besonders dramatisch.

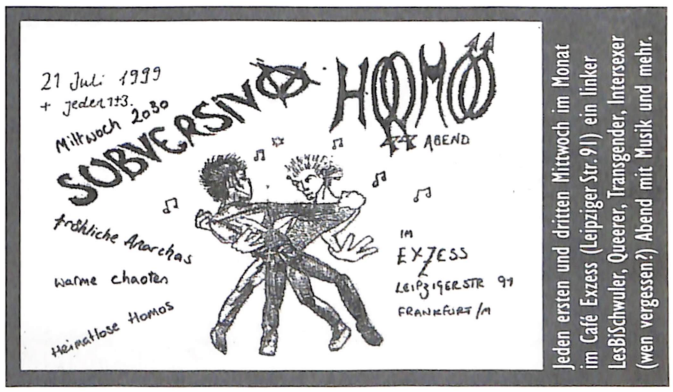
Darüberhinaus erzählen Frauen auch immer wieder von Übergriffen nicht nur durch die Bordellbetreiber und Freier, sondern auch durch die Polizei selbst. Polizisten in Zivil entwenden ihnen die Einnahmen und zwingen sie zu sexuellen Handlungen, indem sie mit Passkontrolle drohen.

Diese Beispiele zeigen nur einen kleinen Ausschnitt davon, in welchen Notlagen und Gewaltsituationen sich Frauen ohne die richtigen Papiere befinden können und wie wenig Spielraum ihr ausländerrechtlicher Status ihnen gibt, sich zu wehren und zu schützen. Im Gegenteil, mit Hilfe und Unterstützung können sie nicht rechnen. Was ihnen bleibt ist, dass sie sich auf den Fluren und anderswo selbst organisieren und aufeinander achten müssen.

Solange Prostitution nicht als Beruf anerkannt wird und ausländische Sexarbeiterinnen eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten, werden Gewaltverhältnisse und Ausbeutungsstrukturen begünstigt.

Wäre es nicht ein Anfang, gemäß der Anwerbestopp-Ausnahmeverordnung eine spezielle Green Card für Prostituierte – wie aktuell geplant für die IT-Kräfte – auszustellen! Denn genauso wie bei den Computerfachleuten besteht ›ein öffentliches Interesse‹ an Sexarbeiterinnen. Voraussetzung dafür ist natürlich die Anerkennung der Prostitution als Arbeit, und damit tun sich leider viele noch sehr schwer ...

Judith Rosner, agisra e. V.

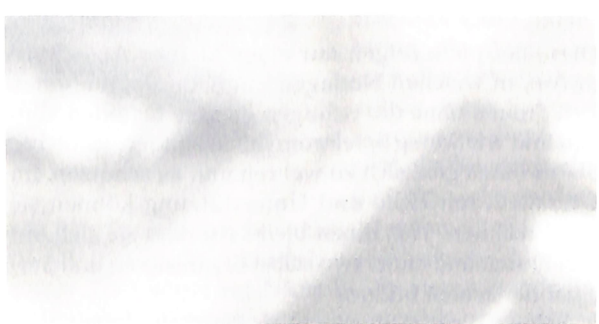


»wenn Sie mit Ihrer Stimme lächeln können ...«

Beschäftigungsverhältnisse in Callcentern

Wer derzeit auf Arbeitsuche ist, kann diese diffuse Erwartung in ungefähr jeder fünften Stellenanzeige lesen. Rekrutiert werden sollen so jene Beschäftigten, die sich immer so korrekt und ausführlich melden, so freundlich fragen, was sie denn für uns tun können und wenn's 'mal nicht so gut läuft – ein zuversichtliches »kein Problem, wir regeln das für Sie« in ihr headset säuseln. Nicht selten findet auch Student oder Studentin sich plötzlich selbst, einen Telefonkopfhörer auf den Ohren und hinter irgendeinem Schreibtisch sitzend, mit derlei Servicetätigkeiten betraut. Den souveränen Umgang mit dem Computer traut man ihnen zu und das obskure Lächeln in der Stimme irgendwie auch. Da immer jemand gebraucht wird, beschäftigt man sie gerne gleich über die Semesterferien hinaus und weil das Geld zur Finanzierung des Studiums sowieso irgendwo herkommen muß, ist das Ganze eigentlich recht praktisch. Schließlich ist die geforderte zeitliche Flexibilität eher ein Vorteil denn ein Hindernis, lassen sich doch so Studium und Job noch einigermaßen bequem vereinbaren.

Die Rede ist von Callcenterjobs, über deren Qualität und Zukunftsträchtigkeit, stets eingebettet in ein post-



fordistisches Krisenszenario, zur Zeit breit diskutiert wird: in einschlägigen Fachzeitschriften, Gewerkschaftspublikationen sowie in Wirtschaftsteil und Feuilleton der Tagespresse. Die professionellen Kommunikationszentren werden einerseits als Garanten zur Sicherung von Absatzmärkten gefeiert, woran sich die Hoffnung auf neue Formen von Produktivität und ein Weg aus der Massenarbeitslosigkeit knüpft. Andere sehen den durch personelle und technische Rationalisierung geprägten Sektor der neuen Dienstleistungen, dem auch Callcenter zuzurechnen sind, als erstes Resultat einer neoliberalen Restrukturierungs-

strategie, die tariflich gesicherte Langzeitarbeitsplätze vernichtet und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sowie Niedriglohnarbeit dauerhaft etabliert. Handelt es sich bei diesen Jobs also um die abwechslungsreiche Tätigkeit qualifizierter WissensarbeiterInnen oder sind Telefonagenten und -agentinnen die Tagelöhner der Informationsgesellschaft? Um es gleich vorweg zu nehmen: Die Frage wird in diesem Beitrag nicht beantwortet werden. Die dargestellten Überlegungen sind vielmehr ein Plädoyer dafür, sich solchen Polarisierungen zu verweigern, denn die Realität ist widersprüchlicher.

Das euphorische Szenario unterschlägt zunächst den Grad an Deregulierung und die mit der Technisierung einhergehende Standardisierung von Arbeitsabläufen, die eine Dequalifizierung der jeweiligen Tätigkeit nach sich ziehen und überdies ausdifferenzierte Kontrollmöglichkeiten hervorbringen; schließlich verweist der Zugriff auf subjektgebundene Qualifikationen auf eine neuartige Dimension der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft. Anforderungen wie Flexibilität, Servicementalität oder Kommunikationsbereitschaft werden nicht nur jenseits des Arbeitsplatzes erlernt und als persönliche Voraussetzung in das Beschäftigungsverhältnis eingebracht, sie gelten zudem als nicht eindeutig definierbar, sind somit schwer meßbar und werden konsequenter Weise auch nicht honoriert. Entgegen der pessismistischen Variante identifiziert sich allerdings die Mehrheit der Callcenterangestellten weitgehend positiv mit ihrer Tätigkeit. Im Vordergrund steht dabei weniger der Inhalt der Tätigkeit, sondern das Gefühl, durch die spezifischen Arbeitsbedingungen individuelle Gestaltungsspielräume zu erhalten. Viele Beschäftigte begreifen es beispielsweise als persönliche Herausforderung, dass ihnen trotz hochstandardisierter Computerprogramme und vorgegebener Gesprächsmuster gleichzeitig ständig ein Stück Autonomie in Form von individuellen Entscheidungen abverlangt wird, etwa wenn es darum geht, situativ auf spezielle Kundenbedürfnisse zu reagieren. Insbesondere wird jedoch die Forderung nach zeitlicher Flexibilität als Freiraum empfunden. Jahresarbeitszeitverträge ermöglichen vielleicht mehrmonatigen Urlaub, Schichtarbeit eventuell ein Frühstück mit Freunden unter der Woche oder die Teilnahme an schulischen Aktivitäten der Kinder ohne dafür einen Tag Urlaub nehmen zu müssen. Nimmt man diese Selbstwahrnehmung zur Kenntnis und widersteht der Versuchung, sie schlicht als ideologische Verblendung zu verwerfen, gerät in den Blick, dass auch Arbeitende im Vergleich zum Fordismus veränderte Vorstellungen davon haben, was die Qualität einer Beschäftigung ausmacht. Wie gehen sie mit den an sie gerichteten Erwartungen um und inwiefern werden diese integrativer Bestandteil individueller Lebensentwürfe?

Aus dieser Perspektive stellt sich die Restrukturierung des Lohnarbeitssektors dann weniger als Resultat unternehmerischer Spitzfindigkeiten dar, denn als vielschichtiges Zusammenspiel unterschiedlicher Akteure mit jeweils individuellen Handlungsspielräumen. Politisch ergibt sich daraus die Frage, wie diese Handlungsspielräume emanzipatorisch genutzt werden können.

Die Callcenter-Branche

Anhand des unterschiedlichen Leistungsspektrums lassen sich drei Ausprägungen von Callcentern bestimmen: Das *Helpdesk*, das *Servicecenter* und die *Telemarketingagentur*.

Ein *Helpdesk* ist beispielsweise eine Hotline oder ein Benutzerservice und dient der sogenannten *After-Sales-Beratung*. Die Kunden sollen bei der Handhabung von bereits verkauften Produkten unterstützt werden. Das Helpdesk bietet in der Regel Arbeitsplätze, die eine hohe fachliche Qualifikation erfordern, d. h. die Arbeit ist entsprechend gut bezahlt, der Arbeitsplatz relativ sicher und das Anrufaufkommen bei eher gering standardisierten Abläufen vergleichsweise niedrig.

Servicecenter bezeichnet diejenige Form von Callcenter, die einen breiter angelegten Aufgabenbereich betreut. Das schließt die After-Sales-Beratung noch ein, der vorhandene Kundenstamm wird jedoch gleichzeitig intensiver betreut, denn das Servicecenter gibt Produktauskünfte allgemeiner Natur, steht für jegliche Art von Beratung zur Verfügung. Die Mitarbeiter/-innen eines Servicecenters verfügen häufig noch über eine fachbezogene Ausbildung, der Schwerpunkt der Anforderungen verlagert sich hier jedoch bereits von der inhaltlichen Qualifikation hin zur »profesionellen Servicementalität«, d. h. Stimme, Kommunikationsfähigkeit und Freundlichkeit haben eine größere Bedeutung; das Telefonverhalten wird intensiv geschult, später immer wieder geprüft und dient als Beurteilungsgrundlage. Gleichzeitig ist das Telefonaufkommen tendenziell höher und die Arbeitsabläufe sind stärker standardisiert als im Helpdesk. Die Menge der bewältigten Telefonate wird zum Qualifikationsmerkmal.

Die *Telemarketingagentur* konzentriert sich vornehmlich auf ausgehende Anrufe, d. h. den aktiven Verkauf neuer Produkte oder die Akquise von Kunden. Es handelt sich dabei häufig um zeitlich begrenzte Marketingaktionen.

Je professioneller das Callcenter, desto höher ist der Stellenwert verbaler Kommunikation. Ein Beispiel aus der Versicherungsbranche: Meldet ein Kunde heute einen Schadenfall im Servicecenter, geht es in dem Telefonat um seine Betreuung in Form von eingehender Beratung, Hinweisen zum Ablauf der Schadensregulierung und der Organisation von Hilfsmaßnahmen. Das Produkt, ein Versicherungsvertrag, der im Schadensfall schlicht einen finanziellen Ausgleich vorsieht, verliert als Bezugspunkt an Bedeutung. Durch verbale Kommunikation »verkaufen« die Agenten und Agentinnen in diesem Moment »Service« und stellen Dienstleistungen unmittelbar und durch ihre eigenen Fähigkeiten her.

Sämtliche Callcenter sind heute in hohem Maß technisiert, ein PC zur Bearbeitung der Anrufe sowie eine computergesteuerte Telefonanlage[1] sind Standard. Immer häufiger findet sich in den Unternehmen die sogenannte CTI-Technologie (*computer telephony-integration*). Kundendatenbanken und Telefon werden hier verknüpft mit dem Ziel, Anrufer bereits vor der Gesprächsannahme zu identifizieren und das anschließende Telefonat besser steuern zu können. Für

die Agenten und Agentinnen bedeutet jede technische Neuerung einen Zuwachs an Leistungs- und Verhaltenskontrolle, denn entsprechende Softwareprogramme, die ihre Gesprächsaktivität überprüfen und langfristige Auswertungen ermöglichen, werden von den Anbietern stets mitgeliefert und vom Management gerne genutzt. Die Einführung neuer Technologien bildet insofern eines der Hauptkonfliktpotentiale zwischen Belegschaft und Unternehmensführung.[2]

Bereits dieser Versuch einer Kategorisierung macht deutlich, daß sich hinter einem Job im Callcenter mannigfaltige Tätigkeiten verbergen. Die Qualität der Arbeit und die benötigte Qualifikation sind dementsprechend höchst unterschiedlich. Dass annähernd zwei Drittel aller Callcenter als Schichtbetriebe arbeiten und ein Viertel 24 h tätig sind, trägt über dies zu einer enormen Bandbreite an Beschäftigungsverhältnissen bei.

Die Zahl der Callcenterbeschäftigten in Deutschland wurde vom Deutschen Direktmarketing Verband 1997 mit 150 000 beziffert, für 1998 wurde damals mit einem Zuwachs von 30 000 Stellen gerechnet. Die *FAZ* sprach im Juni 1999 von 160 000 bis 240 000 Agenten und Agentinnen, die Gewerkschaft *ötv* in der aktuellen Ausgabe ihres Mitgliedermagazins von 300 000. Das häufig ungenaue und widersprüchliche Zahlenmaterial ist der Tatsache geschuldet, dass nach wie vor keine einheitliche Definition dessen existiert, was als Callcenter oder Callcenterarbeitsplatz zu bezeichnen ist. Sicher ist allerdings, dass die Anzahl der Beschäftigten stetig wächst. Der Anteil weiblicher Beschäftigter beträgt gut zwei Drittel. Das ist einerseits geschlechtsspezifischen Zuschreibungen wie »nettere Stimme«, »telefonieren besser und lieber« oder »sind einfühlsamer« geschuldet, ergibt sich aber auch durch die Chancen für Berufswiedereinsteigerinnen, die die Branche bietet. Für viele Frauen ist die Arbeit in einem Callcenter deshalb attraktiv, weil sie Teilzeitarbeit ermöglicht. 1998 lag der Anteil der Teilzeitkräfte bei 57 %, für das Jahr 2000 wird eine Quote von 82 % erwartet.[3]

Mehrere Studien ermittelten vergleichsweise hohe Bildungsabschlüssen: 35 % bis 40 % AbiturientInnen und 10 % bis 19 % HochschulabsolventInnen, deren Anteil in den Führungsebenen auf 46 % steigt. Der Anteil ungelernter Kräfte liegt bei weniger als 2 %, der von HauptschulabgängerInnen bei unter 10 %.

Die Fluktuation der Beschäftigten ist aus den verschiedensten Gründen sehr hoch. Sie hängt mit der hohen Belastung und oft schlechten Bezahlung ebenso zusammen wie mit der Tatsache, dass Karrierechancen sich in den flachen Hierarchien brechen.

Da die Beschäftigten betriebsintern aus- und weitergebildet werden, besteht auf Seiten des Managements durchaus Interesse an Mitarbeiterbindung. Gleichzeitig möchte man sich jedoch alle Möglichkeiten offen halten, flexibel auf die Auftragslage zu reagieren. Insofern lassen sich fast alle denkbaren Anstellungsverhältnisse finden: Voll- wie Teilzeitstellen, Zeitarbeitsverträge, Abruf- und Bereitschaftsdienstmodelle und Beschäftigung von Scheinselbständigen.[4]

Das Bild der Entlohnung ist gleichermaßen gespalten und abhängig von Tätigkeitsfeld und Standort des jeweiligen Callcenter. Der Vollzeitverdienst von AgentInnen liegt in der Regel bei 3 500 DM brutto. Zulagen für Schichtarbeit oder Prämien bei besonderer Leistung können hinzukommen. Eine von der Zeitschrift *CallCenterProfi* in Auftrag gegebene Studie ermittelte im Frühjahr 1999, dass 63 % aller Callcenter an Tarifverträge gebunden seien, die Hälfte der übrigen 37 % zahle tariflich. Diese Angaben werfen allerdings die Frage auf an welchem Tarifvertrag sich orientiert wird. Ein Callcenter-Mantelvertrag existiert nicht; die Bezahlung bei Banken oder Versicherungen ist zwar recht hoch, beträfe jedoch nur Inhouse-Callcenter dieser Branchen. Ist beispielsweise der Tarifvertrag des Einzelhandels maßgebend, fallen die Löhne um einiges niedriger aus.

Restrukturierung des Lohnarbeitssektors

Callcenter sind unter verschiedenen Gesichtspunkten beispielhaft für die Restrukturierung des Lohnarbeitssektors. Drei davon möchte ich hervorheben: Erstens ist die Unternehmensform selbst ein Produkt des Strukturwandels, zweitens verdeutlicht die Art der dort bestehenden Beschäftigungsverhältnisse das Ende des fordistischen Klassenkompromisses und drittens markieren die spezifischen Arbeitsbedingungen und -formen, vor allem durch das Abrufen subjektgebundener Qualifikationen, eine Veränderung, die von der Industriesoziologie als neuartige »Verknüpfung von Arbeit und Leben« beschrieben wird.

Die ersten Callcenter entstanden in Deutschland Mitte der 80er; ihre Gründung ist eine Reaktion auf die ökonomische Krise und der aus dem zunehmenden Wettbewerbsdruck resultierenden Notwendigkeit, sich Marktanteile über eine »konsumentengerechte« Pro-

duktion zu sichern. Die Möglichkeit, ein Produkt möglichst schnell modifizieren zu können und es am besten erst dann zu produzieren, wenn es bereits verkauft ist sowie das Interesse, den Konsumenten an das eigene Produkt zu binden, erfordern Kommunikationsaustausch und Kundennähe, die den Anteil an Arbeit im Bereich der Dienstleistungen generell wachsen ließ. Zugleich verlangten Restrukturierungsstrategien im Sinne von »Verschlankung« die Auslagerung von Bereichen wie Forschung und Entwicklung oder des Finanzwesens; der gesamte moderne Dienstleistungssektor konnte sich so erst etablieren.

Durch die Auslagerung ursprünglich unternehmensinterner Arbeitsbereiche, also die Abgabe an Fremdfirmen oder die Gründung von Tochterfirmen, schuf man einen weitgehend deregulierten Bereich, der sich dem Einfluß fordistischer Institutionen entzog. Aufgrund ihrer Gliederung in Branchengewerkschaften waren die institutionellen Arbeitnehmervertretungen lange Zeit vor allem damit beschäftigt, Zuständigkeiten zu sondieren, so daß es selbst Interessierten schwer fiel sich zu organisieren. Da es gleichzeitig auch auf Unternehmerseite an Bündnissen mangelt – ein »Callcenterarbeitgeberverband« existiert nicht – wurden Lohnniveau, Arbeitszeiten und -verträge sowie Arbeitsplatzstruktur zur alleinigen Verhandlungssache zwischen Management und Belegschaft des jeweiligen Betriebes. Dass dabei sicher geglaubte Errungenschaften einschneidend modifiziert wurden, geriet nur allmählich ins öffentliche Bewußtsein.

Neugegründete Unternehmen konnten nun betriebswirtschaftliche Rationalisierungsstrategien wie flache Hierarchien, Dezentralisierung und Technologisierung unmittelbar umsetzen, denn diese waren nicht verbunden mit Stellenabbau oder der Einführung neuer Formen der Leistungs- und Verhaltenskontrolle und erforderten keine langwierigen Auseinandersetzungen mit Betriebsräten und Gewerkschaften. Strukturelle Neugliederung bedeutet jedoch mehr als die Reorganisation von Betriebs- und Arbeitsabläufen. In der Diskussion um den Wandel betrieblicher Rationalisierungsstrategien richtet die Industriesoziologie ihr Augenmerk vor allem auf veränderte Arbeits*formen* und meint damit die neue Qualität des betrieblichen Zugriffs auf die Subjektivität des Arbeitenden.

Dienstleistungsarbeit unterliegt grundsätzlich einem Rationalisierungsdilemma: effizienzsteigernde Maßnahmen an einer Stelle des Arbeitsprozesses gehen immer mit autonomie-erweiternden Kompetenzen an anderer Stelle einher (vgl. Offe 1984). Im Rahmen ihrer spezifischen Funktion, den reibungslosen Ablauf des Warenproduktionsprozesses zu gewährleisten, ist Dienstleistungsarbeit mit strukturellen Unsicherheiten konfrontiert, denn Mittel und Ziele lassen sich nicht unmittelbar bestimmen: Weder ist von vornherein klar, welche und wie viele Ressourcen eingesetzt werden müssen, noch wann die Gewährleistung optimal erfüllt ist. Es entsteht ein stetiger Bedarf an Reserven und Dispositionsspielräumen, der technisch wie personell gedeckt werden muß. Dies geschieht einerseits durch das Ansammeln von Unmengen elektronischer Daten, deren Verwendungszweck zunächst oft unklar ist, andererseits durch den Einsatz häufig überqualifizierten Personals zur Erledigung routinisierter Tätigkeiten. Die Effizienz technischer Rationalisierungsmaßnahmen zur Sicherung von Informations- und Kommunikationsabläufen entsteht erst durch den intelligenten Umgang mit Daten und Informationen seitens der Beschäftigten.

Persönliche Eigenschaften geraten bei Angestellten im Bereich neuer Dienstleistungen nun zum offiziellen Qualifikationsmerkmal; Servicementalität, Kommunikationsbereitschaft und Flexibilität sind Einstellungsbedingungen, wobei nach wie vor nicht geklärt ist, wie sie meßbar wären oder wodurch genau sie sich ausdrücken und wie sie zuverlässig abgerufen werden können. Sicher ist, dass Beschäftigte sich auf eine andere Weise als bisher in ihre Tätigkeit einbringen (müssen), eben samt ihrer Subjektivität. Im Sinne der Unternehmen umfaßt die Subjektivität individuelle Fähigkeiten ebenso wie biographische Lebensumstände, hat jedoch mit dem Bedürfnis nach einer sinnvollen Tätigkeit oder gar Selbstverwirklichung seitens der Arbeitenden wenig zu tun. Gleichwohl bleibt die Forderung nach Subjektivität ambivalent, bedeutet sie doch trotz der Grundbedingung höchst eingeschränkter Wahlmöglichkeiten, auch eine Form persönlicher Aneignung gesellschaftlicher Verhältnisse.

Zwischen Kommunikation und Kontrolle

Ich schildere im folgenden einige Auffälligkeiten im subjektiven Arbeitsempfinden Callcenterbeschäftigter und beziehe mich dabei auf eine im Rahmen eines Empiriepraktikums durchgeführte Untersuchung in einem Callcenter im Rhein-Main-Gebiet. Erforscht wurde der Umgang der Beschäftigten mit den Anfor-

derungen *Kommunikationsfähigkeit* und *Flexibilität* sowie das Verhältnis zur eingesetzten Technologie und den daraus resultierenden *Kontrollmöglichkeiten*. Die Ergebnisse der Studie sind keinesfalls repräsentativ, weisen jedoch Tendenzen auf, mit denen sich kritisch an Beiträge zur Diskussion um den Wandel der Lohnarbeitsgesellschaft anknüpfen läßt.

Grundsätzlich läßt sich sagen, dass die Befragten die Tätigkeit als ihrer Persönlichkeit und ihren Lebensumständen entsprechend wahrnahmen. Wider Erwarten wurden Kommunikationsfähigkeit und Flexibilität allerdings nicht als gegebene Charaktereigenschaften angesehen, sondern als Fähigkeiten, die die Beschäftigten sich im Laufe ihres Lebens angeeignet hatten und die sie im Rahmen ihrer Tätigkeit ständig weiterentwickeln. Als Resultat eigener Anstrengung wirken diese abgeforderten Qualifikationen identitätsstiftend, sowohl bezogen auf den Job als auch auf die jeweilige Person. Den Kick in puncto Kommunikation bietet das Gefühl durch ausgefeilte Gesprächstechniken situativ und ganz individuell Macht über den jeweiligen Gesprächspartner zu haben.

Flexibilität wird von Callcenterbeschäftigten in doppelter Hinsicht gefordert: Bezogen auf den Inhalt der Arbeit und bezogen auf die Arbeitszeiten. Die inhaltliche Flexiblität, beispielsweise das Bearbeiten mehrerer Produkte gleichzeitig, aber auch der stetige Wechsel der Produktpalette, wurden als interessant und abwechslungsreich im Vergleich zu vorher ausgeübten Tätigkeiten beschrieben. Ähnliches gilt für die geforderte zeitliche Flexibilität. Diese gerät jedoch darüber hinaus zum habituellen Moment einer Lebensführung, in der Lohnarbeit nicht das gesamte Leben strukturiert, sondern eine Tätigkeit neben anderen ist. Diese individuelle Wahrnehmung korrespondiert mit der Tatsache, daß eine Einbindung der Mitarbeiter in die Erstellung von Einsatzplänen beim Management des befragten Unternehmens tatsächlich als unumgänglich gilt.

Im Hinblick auf das Verhältnis der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zur eingesetzten Technologie ist zu sagen, dass das befragte Unternehmen über sämtliche technische Neuheiten verfügt, die der Markt zu bieten hat und alle daraus resultierenden Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten extensiv nutzt. Eine quantitative Kontrolle erfolgt über mitarbeiterbezogene Auswertungen der Telefonie, eine qualitative über vorher angekündigtes Mitschneiden von Gesprächen und unangekündigtes Aufschalten auf Gespräche seitens der Teamleiter und Teamleiterinnen. Das Management argumentiert, derlei Maßnahmen dienten nicht der Überwachung, sondern der Förderung des Personals und die Beschäftigten haben diese Logik erstaunlich gut antizipiert. Die statistischen Auswertungen werden als objektive und gerechte (es sind ja Zahlen!) Bewertungsgrundlage akzeptiert. Dass sie zu einer permanenten Leistungsverdichtung führen, bleibt unreflektiert. Dieses Ergebnis läßt sich auch dahingehend interpretieren, dass die Beschäftigten trotz des Images der »Callcenter-Family« in der jeder für die andere einsteht und in der Teamwork das Maß aller Dinge ist, in einem ungeheuren Konkurrenzverhältnis zueinander stehen.

Konkurrenz unter Arbeitenden ist nichts Neues, die Einführung von Team- oder Gruppenarbeitsmodellen sowie die Umgestaltung einzelner Abteilungen in Profitcenter haben jedoch das Verhältnis der Arbeitenden zueinander weiter ausdifferenziert. In der Diskussion um die gewachsenen Bedeutung von Kommunikations- und Informationstechnologien innerhalb von Lohnarbeitsverhältnissen wird Arbeitenden ein veränderter Status zugeschrieben. Durch den veränderten Stellenwert, den ihr Wissen im Produktionsprozess einnimmt, sind sie nicht länger nur Ausführende, sondern werden zu Produzenten und Produzentinnen (vgl. Negri und Lazzarato 1998). Die neuen Wettbewerbs- und Konkurrenzformen, die auf diese Weise entstehen, müssen berücksichtigt und eingehender untersucht werden, möchte man die Perspektive auf eine kollektive Verständigung darüber, wie eine andere Gesellschaft aussehen könnte, nicht aufgeben.

Abschließend möchte ich noch einmal auf den Aspekt Zeitsouveränität eingehen. Sowohl in der theoretischen Diskussion um den Wandel der Lohnarbeitsgesellschaft als auch ganz konkret in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse in Callcentern bieten sich hier sinnvolle Anknüpfungspunkte.

Ich habe bereits beschrieben, dass die Möglichkeit flexibler Zeiteinteilung seitens der Beschäftigten als Vorteil wahrgenommen wird; gleichzeitig gewährt die Unternehmensführung in diesem Punkt in aller Regel ein Mindestmaß an Mitbestimmung. Es sei explizit darauf hingewiesen, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sich keineswegs frei aussuchen dürfen, wann sie arbeiten. Dem Bedürfnis des Unternehmens nach ausreichender Besetzung muß in jedem Fall Rechnung getragen werden. Gleichwohl existieren hier reale Handlungsspielräume, die tendenziell um so größer werden je mehr Teilzeitbeschäftigte ein Unternehmen hat, die Raum für Aktivitäten jenseits ihrer Berufstätigkeit fordern. Auch die Gewerkschaften haben das mittlerweile erkannt und stehen neuen Arbeitszeitmodellen offener als bisher gegenüber. Auf theoretischer Ebene läßt sich an André Gorz (2000) anknüpfen. Zeitsouveränität ist ein grundlegendes Merkmal seines Entwurfes einer Gesellschaft der Mul-

FRÜHSTÜCKSCAFÉ
ESPRESSO - BAR
MIT SOMMERGARTEN
Kiesstraße 41
Frankfurt Bockenheim
Mo. – Fr.: 8 bis 20 Uhr
Sa. & So.: 9 bis 18 Uhr
CAFÉ CK KLEMM

tiaktivität, in der Lohnarbeit einen völlig anderen Status als bisher einnimmt.[5]

Trotz der zentralen Bedeutung von zeitlicher Flexibilität, ist der Weg zu echter Zeitsouveränität noch weit. In Callcentern konkurriert zur Zeit meist Omas Geburtstag mit einem Konzertbesuch, d.h. die Beschäftigten handeln die Wichtigkeit ihrer sonstigen Interessen untereinander aus und treten auch hier zueinander in Konkurrenz. Und dennoch bietet sich hier die beste Möglichkeit kollektive Momente zu stärken und eine Verständigung darüber zu fördern. In den jeweiligen Betrieben lohnt es sich immer, für festgelegte und gemeinsame Pausen zu kämpfen, denn sie bieten Raum Mißstände und Unzufriedenheit zu kommunizieren. Die Forderung nach ausgleichender Entlohnung für Schichtarbeit verteuert Arbeitskraft und schränkt die Dispositionsgewalt des Managements ein. Gleiches gilt, wenn gesetzlich vorgesehen Mitbestimmungsrechte in puncto Arbeitszeit und -einsatz konsequent genutzt werden. Mitarbeiterbezogene Datenspeicherungen und -auswertungen sind wegen der ihnen inhärenten Leistungsverdichtung zu verhindern. Das ist in der Regel möglich, spätestens wenn Betriebsrat oder Belegschaft den zugegebenermaßen langwierigen rechtlichen Weg einschlagen. Die Mehrzahl an (Teilzeit) Arbeitsplätzen inklusive der in Callcentern ist nicht zuletzt zu gering entlohnt, als dass Lohnarbeit eine Aktivität unter vielen anderen wäre. Darüber hinaus ist die Haltung »was hier passiert interessiert mich nicht weiter, daraus beziehe ich nicht meinen Selbstwert« wie viele Teilzeitkräfte – und da wären wir dann noch 'mal bei eingangs erwähnten Studierenden – sie an den Tag legen, wenig geeignet, vorgefundene Arbeitsbedingungen im eigenen Sinne zu nutzen. Wenn Rationalisierungsstrategien zunehmend auf Autonomie und Subjektivität setzen, verstärkt sich für den einzelnen der Widerspruch zwischen dem Status als Lohnabhängiger und dem als selbstständig und verantwortlich handelndes Individuum. Ausgehend von diesem Bruch gilt es gegen Individualisierungstendenzen die Freiräume aller zu vergrößern.

Sandra Arzbächer

< 1 > Maßgeblich sind hier ACD-Telefonanlagen (Automatic Call Distribution). Die meisten Callcenter bearbeiten mehrere Produkte zu denen jeweils unterschiedliche Telefonnummern gehören. Die AgentenInnen identifizieren sich am Telefon und schalten ihren Apparat für die Produkte, die sie bearbeiten können frei. Die eingehenden Anrufe werden dann per Computer nach dem Prinzip »wer kann das Produkt bearbeiten und hat am längsten nicht mehr telefoniert« automatisch an die angeschlossenen Apparate verteilt. Ein zusätzlicher Call-Center-Manager (CCM) speichert sämtliche Telefonie und ermöglicht anschließende Auswertungen. Wird ausschließlich auf der Ebene von ACD-Gruppen gespeichert und ausgewertet, läßt sich z. B. feststellen, wie viele Anrufe zu welchen Tageszeiten für welches Produkt eingingen. Wird Mitarbeiterbezogen gespeichert, ermöglicht das Auswertungen des individuellen Gesprächsverhaltens: Wie viele Gespräche wurden geführt, wie lange dauerten sie, welche Nachbearbeitungszeiten und Pausen wurden benötigt? Dies ermöglicht eine ausgedehnte Leistungs- und Verhaltenskontrolle.

< 2 > Anhand der CTI läßt sich die Ambivalenz technischer Rationalisierung, deren Einsatz erst durch den individuellen Umgang eines Agenten mit den gelieferten Informationen effizient wird, gut verdeutlichen. Ein Direktbankkunde identifiziert sich bei Anruf über einen speziellen Code. Über CTI erhält der Agent noch vor Gesprächsannahme die individuellen Daten des Kunden auf seinen Bildschirm, inklusive eventueller Anweisungen, was dem Kunden beim nächsten telefonischen Kontakt mitzuteilen ist, um zusätzlichen Schriftverkehr zu vermeiden. Der Anrufer möchte nun eigentlich eine Aktienorder loswerden, der Agent bekommt jedoch via Bildschirm die Information, daß der Kreditrahmen des Kunden derzeit über das übliche Maß hinaus strapaziert ist. Der Agent muß jetzt ein Gespräch mit einem vom Kunden nicht erwarteten Inhalt führen und dessen Anliegen möglichst unberücksichtigt lassen. Trotzdem darf er als Kunde nicht verloren gehen, sondern sollte im Gegenteil trotz allem zufrieden aus dem Gespräch hervorgehen. Dieser Zielvorgabe zu entsprechen, obliegt dem Gesprächsführungsgeschick des Agenten.

< 3 > Der hohe Anteil an Teilzeitkräften liegt auch in der Tätigkeit selbst begründet. Speziell beim »aktiven Telefonieren«, also bei Kundenakquise, wird eine länger als 6 h dauernde Arbeitszeit vom Management aufgrund der hohen Belastung als wenig effizient angesehen. Ob die Teilzeitarbeit im Callcenter zur Sicherung des Lebensunterhaltes ausreicht oder aber durch weitere Teilzeitjobs ergänzt wird, hängt vom jeweiligen Lohnniveau ab.

< 4 > Die Beschäftigung von Scheinselbstständigen bietet die Möglichkeit, in dem sowieso deregulierten Sektor zusätzlich das Betriebsverfassungsgesetz zu unterlaufen. Gerade anläßlich der Neueinführung computergesteuerter Telefonanlagen kommt es in vielen Callcentern erstmals zur Gründung eines Betriebsrates, der dann, weil es um Leistungs- und Verhaltenskontrolle von MitarbeiterInnen geht, ein Mitbestimmungsrecht hat und in der Regel versuchen wird, personenbezogene Datenauswertungen zu verhindern. Die Branchenzeitschrift *TeleTalk* berichtet in diesem Zusammenhang von einem Callcenter, dessen Geschäftsführung noch vor Gründung des Betriebsrates die gesamte Belegschaft entließ. Wie vorher abgesprochen, riefen daraufhin Teile des mittleren Managements eine Agentur ins Leben, die die ehemals Beschäftigten als selbstständige AgentInnen an den früheren Arbeitgeber vermittelte, wo sie – freilich mit der neuen Telefonanlage – weiter telefonieren.

< 5 > Die Tatsache, dass Gorz wirkliche Zeitsouveränität an ein Existenzgeld knüpft, soll hier nicht unterschlagen werden. Er betont jedoch auch, dass ein generelles Anrecht auf ein solches nicht von heute auf morgen zu gewinnen, sondern übergangsweise an Arbeit gekoppelt sein wird. Im Umkehrschluss bedeutet dies m. E., dass im Rahmen von Lohnarbeitsverhältnissen für Zeitsouveränität gekämpft werden muß.

txt:

➥ Gorz, André 2000: Arbeit zwischen Misere und Utopie. FfM.

➥ Negri, Toni, Maurizio Lazzarato, Paolo Virno 1998: Umherschweifende Produzenten. Berlin.

➥ Offe, Claus (Hg.) 1984: Arbeitsgesellschaft, Strukturprobleme und Zukunftsperspektiven. FfM/N.Y.

Ihre Fachbuchhandlung im Studentenhaus

UNI-BUCH

Sozialwissenschaften - Philosophie - Geschichte

Jügelstr. 1 60325 Ffm. Fon 77 50 82 Fax 70 20 39

Öffnungszeiten: Montag - Freitag 9.30 - 17 Uhr
Donnerstag bis 19 Uhr

Wir besorgen Ihnen jedes lieferbare deutsche Buch.
Große Auswahl englischer und amerikanischer Fachliteratur.

Gorz 2000

Elend der Gegenwart – Reichtum des Möglichen

Mit dem zu Beginn des neuen Jahrtausends erschienen Buch von André Gorz »Arbeit zwischen Misere und Utopie«[1] ist die vorher in Deutschland nur im Umkreis von kleinen linken Zeitschriften und Verlagen – wie z.B. *Arranca!*, ID-Verlag, *com.une.farce*[2] – geführte Diskusssion um »immaterielle Arbeit« und ein »garantiertes Grundeinkommen« in der von Ulrich Beck herausgegebenen »Edition Zweite Moderne« (Suhrkamp-Verlag) angekommen. Nach dem Selbstverständnis des Herausgebers und Autors der »Risikogesellschaft« erscheinen in dieser Buchreihe Texte und Essays – z. B. die neueren programmatischen Aufsätze vom New Labour-Vordenker Anthony Giddens – »die eine öffentliche Kontroverse darüber anzetteln, wie die Orthodoxie der Ersten Moderne gebrochen werden kann«. Wenn unter »Erste Moderne« (linke) Konzepte und politische Strategien verstanden werden, die weiterhin auf Vollbeschäftigung setzen und die fordistische Gesellschaftsformation mitsamt männlichem Alleinernährer, Massenkonsum, 40-Stundenwoche und nationalem Wohlfahrtsstaat rekonstruieren wollen, ist Gorz in dieser Reihe gut aufgehoben. Eine solche sozialdemokratische Politik – sozialdemokratisch nicht im ausschließlichen Sinne einer Parteizugehörigkeit, sondern einer organischen Ideologie des Fordismus – lehnt er nicht nur ab, weil sie den gesellschaftlichen Zusammenhalt auch weiterhin zentral über Lohnarbeit herstellen will, sondern auch weil sie realitätfremd ist. Wurde doch jedes Detail dieses historischen Blocks – wie nicht nur André Gorz und Marco Revelli (1999) zeigen – dekonstruiert (67). Das heißt aber nicht, daß Gorz damit einem (neoliberalen) Globalisierungsdiskurs unkritisch aufsitzt und Politik als Anpassung an quasinatürliche Sachzwänge denkt.

Vielmehr will er in der zerfallenden fordistischen Gesellschaftsformation neue Freiräume bestimmen, die zum »Exodus aus der Arbeitsgesellschaft« (9) führen könnten. Der Text ist in erster Linie ein politischer Einsatz, der Material und theoretische Bezüge unter einer strategischen Perspektive anordnet – und keine soziologische Abhandlung.

Im Mittelpunkt unseres Artikels stehen die Diskussion um immaterielle Arbeit und die Veränderung der Arbeitsgesellschaft im allgemeinen sowie Gorz' Versuch einen »Komplex spezifischer Politiken zu umreißen, die mit der Arbeitsgesellschaft brechen« (110). Diese sollen es erlauben, »alternative soziale Praktiken« (111) zu entwickeln die dem politischen Vakuum »jenseits von Links und Rechts« entkommen.

»Ein ehernes Gesetz zu schmieden, das jedermann verbietet, mehr als drei Stunden pro Tag zu arbeiten«
(Lafargue)

Reproduktionsfähigkeit und gesellschaftliche Anerkennung sind nach wie vor an Arbeit gekoppelt – und dies verhindert nach Gorz die Einsicht, dass ein Weniger an Arbeit kein Fluch, sondern vielmehr Ausdruck des Reichtums der metropolitanen Gesellschaften ist. Bereits vor zehn Jahren machte er deutlich, dass allein zwischen 1965 und 1985 das jährliche Arbeitsvolumen (die Gesamtzahl der pro Jahr gesamtwirtschaftlich verausgabten Arbeitsstunden) in Westdeutschland um 27 % abnahm und dies obwohl das Bruttoinlandsprodukt sich verdreifacht hatte (Gorz 1989, 343). Solche Statistiken sind zwar unvollständig, weil sie die herrschende Arbeitsideologie verlängern, da eine Arbeitsstunde nur dann zahlenmäßig erfasst wird, wenn sie an einem offiziellen Arbeitsplatz und nicht am heimischen Herd oder während der Kindererziehung erbracht wird. Andere Zahlen liegen aufgrund dieses blinden Flecks demgemäß nicht vor. Dennoch lässt sich zumindest für jenen Bereich der Güterproduktion zeigen, dass notwendige menschliche Arbeitszeit tatsächlich auf ein Minimum reduziert wird.[3]

Gorz' Interventionen sind nun darauf gerichtet, den Diskussionen über Arbeit eine Richtung zu geben, die es ermöglicht »in der untergehenden und sich verändernden Welt Keimzellen anderer möglicher Welten zu erkennen« (40).

Wenn Marx in den Grundrissen schreibt, dass die Entwicklung der Produktivkräfte und der gesellschaftlichen Beziehungen die materiellen Bedingungen sind, um die kapitalistischen Produktionsverhältnisse »in die Luft zu sprengen, weil das Kapital hier – ganz unabsichtlich – die menschliche Arbeit auf ein Minimum reduziert« und dies die Bedingung der Emanzipation der Arbeit ist, nämlich der vollen Entwicklung »der künstlerischen und wissenschaftlichen« Ausbildung der Individuen (Marx 1983, 598 ff), so unternimmt Gorz den Versuch, die konkrete, historische Aktualität dieser immanenten Tendenz der warenproduzierenden Gesellschaften zu beweisen.

Die beiden wesentlichen Veränderungen in dieser Entwicklung sind zum einen die Flexibilisierungsstrategie der Unternehmen als Antwort auf die Macht und Kämpfe der ArbeiterInnenbewegung, forciert durch die »mikroelektronische Revolution« und die neuen Informationstechnologien, die zu einem weiteren Schub der Reduktion der notwendigen Arbeitszeit führte, zum anderen die Integration der Subjektivität in den Produktionsprozess und damit zur Etablierung der sogenannten »immateriellen Arbeit« als zentraler Produktivkraft beitragen. Diese beiden Momente sind nach Gorz »die Speerspitze eines tiefgreifenden Umwälzungsprozesses, der die Arbeit und das Lohnverhältnis abschafft und den Anteil der Erwerbsbevölkerung, der die gesamte materielle Produktion sichert, auf 2 % zu reduzieren tendiert«.

Immaterielle Arbeit

Eine der Besonderheiten an Gorz' neuem Buch ist sicherlich sein neuerliches Eintreten für ein unbedingtes Grundeinkommen, verknüpft mit der These vom »general intellect«, die die italienischen Operaisten im Anschluß an die Marxschen Grundrisse aufgestellt hatten. Gorz bezieht sich dabei explizit auf Theoretiker der »immateriellen Arbeit« wie Antonio Negri oder Maurizio Lazzarato, die – im Anschluß an den Operaismus – mit diesem Begriff die Vergesellschaftlichung der Lohnarbeit bzw. die Fabrikwerdung der Gesellschaft (Revelli)[4] analytisch zu fassen versuchen.

Die Waren in der postfordistischen Ökonomie bestünden, so die These, zu einem immer größeren Anteil aus Informationen und Wissen, aus Sprache und damit letztlich aus Subjektivität. Die neuen, auf Kommunikation basierenden Technologien und Formen der Arbeitsorganisation erforderten Subjektivität, anstatt sie, wie das Fließband zu unterdrücken (Lazzarato 1998, 40). So heißt Arbeit in den gegenwärtigen »metropolitanen Gesellschaften mit ungebrochener Tendenz immaterielle Arbeit – also intellektuelle, affektiv-emotionale und technowissenschaftliche Tätigkeit, Arbeit des Cyborg« (Negri/Hardt 1997, 14 f). Die abhängige Arbeit nimmt dabei selbst vormals unternehmerische Qualitäten an. Es geht um die Fähigkeit, soziale Beziehungen zu organisieren, gesellschaftliche Kooperation zu initiieren und auszuweiten.

Das Maß des Werts in der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie sei, wie in den Grundrissen prophetisch formuliert, nicht mehr in Arbeitszeit zu fassen (vgl. Negri 1998, 176). Quelle des Werts ist weiterhin die Arbeit, aber in einem unendlich erweiterten Sinn, Arbeit umfaßt demnach auch die »Prozesse der Produktion von gesellschaftlichen Subjektivitäten, von Gesellschaftlichkeit und von Gesellschaft selbst« (Negri/Hardt 1997, 12). Damit ist jedoch nicht jedwede Tätigkeit gemeint, sondern durchaus Arbeit als wertschaffende Praxis im Marxschen Verständnis – nur: Was als eine solche Praxis zählt, ist immer historisch und sozial determiniert. An den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen etwa um die Rolle der Haus- und Pflegearbeit könne das gezeigt werden, aber auch an der Diffundierung der Fabrikarbeit, die immer mehr auch außerhalb der Fabrikmauern stattfindet. Beide Beispiele verdeutlichen die Sinnlosigkeit der Unterscheidung zwischen Produktion und Reproduktion oder zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit in Bezug auf den Wert.

Gorz' Plädoyer für ein unbedingtes Grundeinkommen, (in der deutschen Diskussion meistens als »Existenzgeld« bezeichnet; vgl. *diskus* 4/98) knüpft zu einem nicht geringen Teil an die These vom »general intellect« an. Weil die Arbeitszeit nicht mehr meßbar

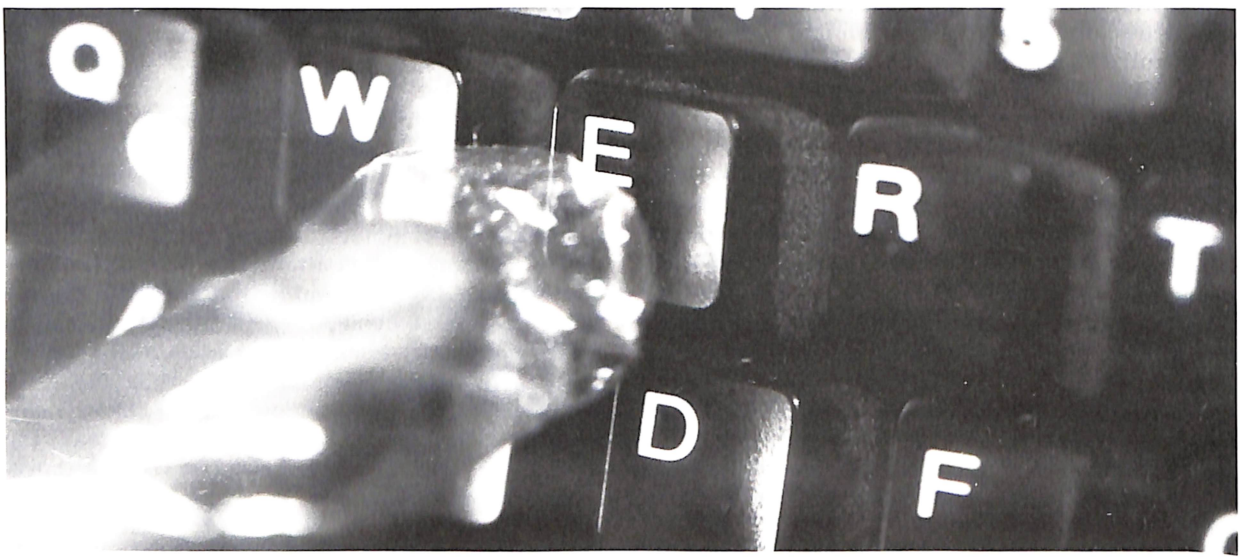
sei, die für eine (immaterielle) Dienstleistung oder ein Produkt aufgewandt werden muß, könne, so Gorz, nur ein solches Grundeinkommen einen Anreiz bieten, berufliche »Aktivitäten zu Gunsten eines multiaktiven Lebens zu reduzieren« (120).[5] Umgekehrt die Begründung des Existenzgeldes bei den Postoperaisten: Gerade weil die Gesellschaft zur Fabrik und immer mehr Tätigkeiten wertschaffend würden, müßten diese auch bezahlt werden. Dem postoperaistischen »Die Welt ist Arbeit« (Negri/Hardt 1997, 16) hält Gorz jedoch entgegen, daß es gerade darauf ankomme, den Arbeitsbegriff und den daran gekoppelten Arbeitsfetisch zurückzudrängen. Es sei politisch katastrophal, nachweisen zu wollen, daß alle Tätigkeit im Kern Lohnarbeit und damit produktiv sei, und dann darauf zu vertrauen, daß die Sprengkraft, die in der immateriellen Arbeit durchaus liege, sich von selbst entfalte.

Gorz betont, daß die Möglichkeit eines »Jenseits der kapitalistischen Gesellschaft in deren Entwicklung selbst enthalten« (112) sein muß, konzipiert aber Subjektivität und Autonomie als Gegensätze zum Kommando des Kapitals. Bei Negri hingegen sind die immateriellen Arbeiter das Kapitalverhältnis, das heißt, daß diese Einheit von Subjektivität und Produktionsmitteln im gleichen Augenblick unterwerfende und befreiende Potentiale haben kann. Autonomie kann beides bedeuten: Die Instrumentalisierung kreativer Potenzen im Dienste neuer Unternehmensphilosophien, aber auch die Selbstkonstitution des intellektuellen Proletariats.

Eine Horrorvorstellung für Gorz: Er sieht durch die Auflösung der fordistischen »Lohnarbeitsgesellschaft« (Aglietta), in der Arbeit das zentrale »Sozialisierungs-, Normalisierungs- und Standardisierungsinstrument« war, gerade außerhalb der Lohnarbeit neue Freiräume entstehen. Diese sollten von den gesellschaftlichen Akteuren dazu genutzt werden, die »Verfügungsmacht der Gesellschaft (ihrer Institutionen, Berufsorganisationen, Gesetze und Vorschriften) über die gesellschaftlichen Akteure [...] zugunsten von deren Verfügungsmacht über die Gesellschaft« (12) zurückzudrängen.

Negri kritisiert daher in seiner Besprechung des Gorz-Buches, daß dieser die Entwicklung der intellektuellen Produktivkräfte nur als heteronome technische Ordnung denke, als »Unterwerfung des ›general intellect‹ unter die Ordnung der kapitalistischen Produktionsweise« (Negri 1998, 174). So sei unklar, wie die »schönen Seelen unversehrt und autonom bleiben könnten« im »Dröhnen und Tumult der Veränderung« (ebd.). Das Resultat der Emanzipation, die Autonomie, sei bei ihm tautologisch auch die Voraussetzung zur Emanzipation.

Umgekehrt befürchtet Gorz, daß Negri & Co. die befreiende Wirkung der neuen Arbeitsverhältnisse überschätzen. Denn die potentielle Emanzipation der



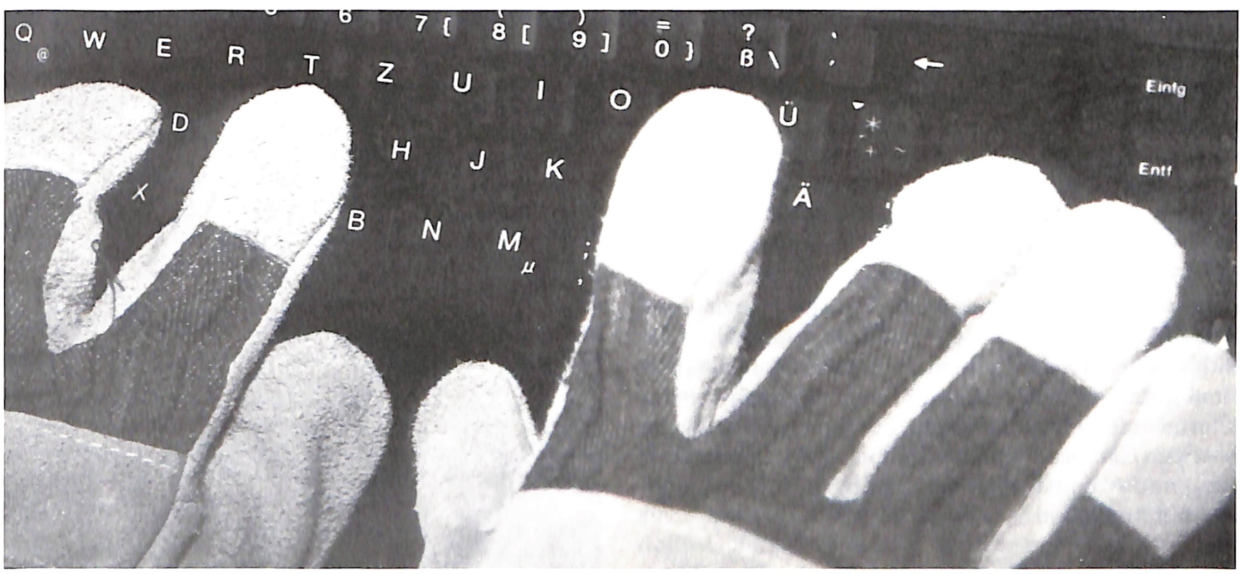
postfordistischen ArbeiterInnen innerhalb ihrer Arbeit gehe oftmals mit einer verstärkten sozialen Kontrolle einher. Während im Fordismus das Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern konfliktgeladen war und fortwährend Kompromißbildungen erforderte, werde heute »von den Einzelnen bedingungslose persönliche Hingabe an die Ziele des Unternehmens« (56) verlangt. Die totale Immanenzperspektive von Negri und Co. – der »systemische Spinozismus« (60) wie Gorz süffisant anmerkt – führt dazu, daß ein tendenziell einheitlicher Mechanismus der Vergesellschaftung imaginiert wird, in der es keine anderen Modi der Kommunikation, Tätigkeit und Praxis zu geben scheint.

Gegen das postoperaistische Vertrauen in die Selbstorganisation nicht mehr »der Massen«, sondern nunmehr der »multitude« die zur »Wiederaneignung der konkreten Macht« (Negri 1996, 105) führen soll, formuliert Gorz eine Reihe von Fragen der politischen Vermittlung, »aus denen die Infragestellung der Produktionsweise und -ziele hervorgehen muß« (60); etwa die Frage danach, ob ein Produktionssystem so konzipiert ist, daß es die größtmögliche Autonomie der Arbeiter in ihrer Arbeit und im sonstigen Leben gewährleistet. Und: Woher kommen die Bedürfnisse,

die die Produkte gewährleisten sollen und wer bestimmt, wie diese Bedürfnisse und Wünsche befriedigt werden; wer also definiert das Konsum- und Zivilisationsmodell? Und vor allem: In welchem Verhältnis stehen die unmittelbaren Teilnehmer zu den potentiellen oder peripheren Teilnehmern am Produktionsprozeß? Eine antikapitalistische Bewegung, die diese Fragen nicht beantworten könne, habe der laufenden Umstrukturierung, die selbst ihre sozialen und kulturellen Bedingungen herstellt, nichts entgegenzusetzen. Denn die immateriellen ArbeiterInnen »erzeugen Reichtum und Arbeitslosigkeit in ein und demselben Akt. [...] Es ist unsinnig, eine Arbeit, die zu immer weniger Arbeit und Lohn für alle führt, als wesentliche Quelle von Autonomie, Identität und Entfaltung aller darzustellen« (67).

– statt als minderwertig, unsicher, uns aufgezwungen zu gelten. Es gilt, die kapitalistische Verkopplung von Einkommen und Lohnarbeit aufzuheben, Einkommen soll »nicht mehr an einer dauerhaften und festen Stelle hängen« (102).

Die postfordistischen Arbeitsverhältnisse enthalten die Tendenz zu jenem Bruch – aber nicht eindeutig: Auch auf der Seite der Unternehmen wird die Bedeutung von Autonomie der Arbeit und neuer Subjektivität erkannt und anerkannt. Jedoch in einer Weise, die die Lebenszeit und Arbeitsrhythmen in Wirklichkeit den Rentabilitätsansprüchen des Kapitals unterwirft. Es findet also ein »Kampf um die Zeitsouveränität« statt, ein »Kampf um die Macht selbst: um ihre gesellschaftliche Verteilung und um die Richtung, in der sich die Gesellschaft entwickelt« (104).



»Vom Post-Fordismus her denken« oder: »André, dovè la porta?«

Gorz geht es darum, eine andere Perspektive einzunehmen, die es erlaubt, die Reduktion des Arbeitsvolumens und die zentrale Bedeutung der lebendigen kreativen Fähigkeiten nicht nur als Krisenphänome des Fordismus zu betrachten, sondern in ihnen die Möglichkeit eines Bruchs mit der Lohnarbeitsgesellschaft zu sehen.

Innerhalb der fordistischen Logik kann das Erodieren des Normalarbeitsverhältnisses nur zu einer Prekarisierung der Lebensverhältnisse führen: zu aufgezwungener Flexibilisierung, zur Zunahme von befristeten Arbeits- sowie Billiglohnarbeitsverhältnissen unter dem Existenzminimum, Schwarzarbeit, durchlöcherten Arbeitsverträgen, Scheinselbständigkeit, kurz: die »Unsicherheit [wird] in eine Lebensweise verwandelt« (73). Während die klassisch sozialdemokratische Linke das Heil in der Wiederherstellung von Vollbeschäftigung und Normalarbeitsverhältnis sucht, muß nach Gorz »diskontinuierliches Arbeiten zu einem wünschenswerten, sozial abgesicherten Recht werden, zu einer gesellschaftlich geachteten Form menschlicher Vielseitigkeit, zu einer Quelle selbständiger Alltagskultur und neuer Gesellschaftlichkeit« (77f.)

Diesen gesellschaftlichen Kampf können wir, so Gorz, nur gewinnen, wenn es gelingt, der »Flexibilisierung« einen anderen als neoliberalen Sinn zu geben. Dabei reicht es nicht aus, die neoliberale Arbeitswelt bloß verschieden zu interpretieren. Die postfordistische Perspektive muß in alltägliche Praktiken eingebettet sein, die »durch heute schon zu verwirklichende Veränderungen« (134) den Bruch mit der Lohnarbeitsgesellschaft greifbar machen.

Die Entfaltung neuer Formen von Gesellschaftlichkeit, die jenseits der Lohnarbeit sozialen Zusammenhalt schaffen, benötigen als Voraussetzung sowohl ein ausreichendes Einkommen für alle, als auch die Umverteilung von Arbeit, verbunden mit individueller und kollektiver Zeitsouveränität.[6] Nur im Zusammenspiel und sich gegenseitig flankierend können diese Elemente den Ausstieg aus dem Kapitalismus vorbereiten. Einzeln dagegen können sie schnell Teil einer kapitalistischen Modernisierung werden.

Dabei läßt sich durchaus auf ein historisches Reservoir alternativer Praktiken zurückgreifen, die jedoch unter postfordistischen Bedingungen neu zu bestimmen sind. Die fordistischen selbstverwalteten Projekte etwa hatten vor allem damit zu kämpfen, dass sie sich der kapitalistischen Verwertungslogik nicht entziehen konnten und durch Selbst-Überausbeutung zu Vorrei-

tern neoliberaler Arbeitsverhältnisse wurden. Nun können sich die immateriellen ArbeiterInnen in Form von kleinen dezentralen Kooperationsgenossenschaften die neuen Technologien kollektiv aneignen und so in Eigenarbeit die Fähigkeit erhalten, ihre Potentiale zu entwickeln. Das bedingungslose Grundeinkommen stellt sicher, dass niemand zu Reproduktionszwecken arbeiten muss. Durch die technischen Veränderungen und die enormen Potentiale immaterieller Arbeit sei es denkbar, dass »die Produktivität wie die Qualität der lokalen Selbstversorgungsaktivitäten denjenigen der bestehenden großen Firmen vergleichbar oder überlegen ist« (153).

Von einer Gestaltung des öffentlichen Raumes durch Einrichtungen und Orte, die zur Entwicklung der eigenständigen Aktivitäten aufrufen, erwartet Gorz entscheidende Impulse im »Gärungsprozess«, in welchem sich die »zur Hegemonie berufenen« Widerständigen befänden, die mit der Erarbeitung von alternativer Gesellschaftlichkeit experimentierten (145). Dies wäre auch ein Betätigungsfeld für die ehemals fordistischen Massengewerkschaften, die zum Verschwinden verdammt seien. Die Gestaltung des gesellschaftlichen Raumes könnte die neuen Lebensformen aus ihrer Isolation herausholen.

Das bedingungslose Grundeinkommen als politische Forderung schließlich könne die lokalen Kämpfe verknüpfen: »Die Attraktivität und der Charme der Existenzforderung besteht gerade darin, politische Bündnisse zwischen einem sehr heterogenen Spektrum gesellschaftlicher Reformkräfte zu ermöglichen« (Hartel nach Gorz, 127), ein Bündnis aus Umweltgruppen, feministischen Organisationen, Betriebsgruppen, Arbeitslosen-, Sozialhilfe- und MigrantInneninitiativen und Studierenden.

Der politische Einsatz Gorz' besteht vor allem darin, diesen Perspektivwechsel vorzunehmen, der es erlauben könnte, der Lethargie der vergangenen Dekade zu entkommen. Eine postfordistische Politik besteht dabei auch darin, die vom Fordismus überlieferten Schemata und Kategorien des Politischen selber infragezustellen. In einer Situation, in der die traditionelle Links-Rechts Unterscheidung vielfach brüchig geworden ist, übernimmt die neue Sozialdemokratie die Rolle der Moderniserung als passive Revolution – Politik als Management von oben. Die Rechtspopulisten inszenieren sich mit ihrer teilweise antikapitalistischen Rethorik als die einzigen, die die kleinen Leute noch ernst nehmen und etwas gegen das neoliberale Ungeheuer machen, das von denen da oben von der Kette gelassen wurde. Die Linken wirken in diesem Szenario reichlich desorientiert, da die Alternative nur darin zu bestehen scheint, liberal bzw. weltoffen und damit gleichzeitig neoliberal zu sein oder aber gegen die Globalisierung zu sein und damit provinziell und nationalborniert argumentieren zu müssen. Das zeigt sich momentan an der Diskussion um die sogenannte Green-Card. Die Gorzsche Perspektive erlaubt es in so einer Situation nicht nur einen kritischen Kopf zu bewahren, sondern auch handlungsfähig zu werden. Ist erst einmal das abstrakte politische Ziel einer Abschaffung des Kapitalismus gewissermassen »operationalisiert«, können Kriterien zur Beurteilung der gesellschaftlichen Verhältnisse entwickelt werden. Die meisten mögen dies für utopisch im schlechten Sinne halten, aber es sind die konkreten Utopien, denen die Aufgabe zukommt »uns zum Zustand der Dinge jenen Abstand zu geben, der es uns möglich macht, unser Handeln im Lichte dessen, was wir tun könnten oder sollten, zu beurteilen« (161).

Sonja Buckel, Stephan Adolphs, Serhat Karakayali

< 1 > Im Original unter dem Titel »Misères du présent. Richesse du possible« bereits 1997 erschienen. Alle Zitate ohne Namen sind diesem Buch entnommen.

< 2 > In der *Arranca!* Aufsätze von und Interviews mit Revelli (Nr.12 u. 13), im ID-Verlag Negri und Lazzarato (s. Literaturliste), Texte von Franco ›Bifo‹ Berardi auf [www.copyriot.com/unefarce/no1/artikel/forza.htm]

< 3 > Die USA werden in diesem Zusammenhang gemeinhin als Gegenbeispiel zitiert: sie befänden sich im Stadium der Vollbeschäftigung. Fordistische Normalarbeitsplätze stehen jedoch auch in den USA nicht reichlicher zur Verfügung als in der BRD, sondern es werden genau jene Tätigkeiten, die in Deutschland und in zahlreichen anderen europäischen Ländern noch immer vorzugsweise im privaten Haushalt, in Eigenarbeit, gelegentlich in Schwarzarbeit oder auch gar nicht erbracht werden, kommerzialisiert und zumeist für Billiglohn angeboten, eine Entwicklung, die André Gorz »Südafrikanisierung« der Metropolen nennt (Gorz 1989, 223).

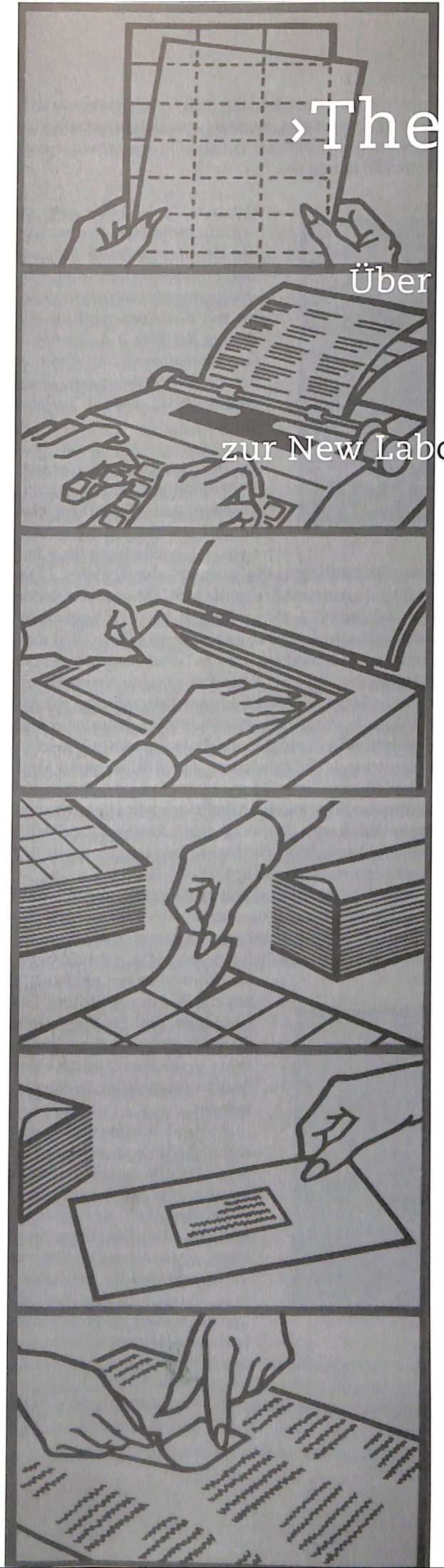
< 4 > Gemeint sind Dienste – öffentlich oder privat organisiert – im Transport-, Kommunikations- und Bildungswesen, im Gesundheits- und Energiebereich, die »nicht mehr einfach nur ein Moment der Warenzirkulation oder ein Element der Reproduktion von Reichtümern darstellen, sondern den strukturellen Rahmen der Produktion bilden« (Negri 1996, 83). In diesem Bereich kommt es nach Negri zur Koproduktion zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen, etwa im Gesundheits- oder Bildungsbereich, aber auch bezogen auf Netzdienste (vgl. ebd., 84).

< 5 > Um die Diskussion der Arbeitswerttheorie bei Marx nicht weiter zu vertiefen, sei nur angemerkt, daß es bei der Bestimmung des Werts durch abstrakte Arbeit nie darum ging, die jeweils konkret geleistete Arbeit zu messen, geschweige denn, einen Zusammenhang zwischen der Qualität der Arbeit und ihrer Dauer oder gar dem Gebrauchswert des Produkts und letzterer herzustellen. Der Wert ergibt sich nach Marx immer erst im Nachhinein, wenn die Waren sich auf dem Markt vergleichen bzw. verglichen werden. Notwendige durchschnittliche Arbeitszeit ist demnach eine Größe, die sowieso nicht meßbar ist, da sie permanent durch gesellschaftliche Kommunikation (der Waren und ihrer Produzenten) neu hergestellt wird.

< 6 > Eine ähnliche Strategie verfolgen die UnterzeichnerInnen des »Appells der 35« (vgl. Revelli 1999).

txt:

➥ Gorz, André (1989): Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft. Frankfurt am Main.
➥ ders. (2000): Arbeit zwischen Misere und Utopie. (Hrsg. v. Ulrich Beck). Frankfurt am Main.
➥ Lazzarato, Maurizio (1998a): »Immaterielle Arbeit« In: Umherschweifende Produzenten. (Hg.: Thomas Atzert) Berlin.
➥ ders. (1998b): »So einfach ist das« Interview zur Ökonomie des Immateriellen. In: *Die Beute – Neue Folge* Nr. 2, S. 159 – 169.
➥ Negri, Toni (1996): »Die Wiederaneignung des öffentlichen Raumes« und »Verlangt das Unmögliche«. In: *Die Beute* Nr. 12, 4/96.
➥ ders. (1998a): »Elend der Gegenwart – Reichtum des Möglichen« In: *Die Beute – Neue Folge* Nr. 2, S. 170 – 180
➥ ders. (1998b): »Autonomie und Separatismus«. In: Umherschweifende Produzenten. (Hg.: Thomas Atzert) Berlin.
➥ ders./Michael Hardt (1997): Die Arbeit des Dionysos. Berlin-Amsterdam.
➥ Marx, Karl. (1983): Grundrisse (MEW 42). Berlin.
➥ Revelli, Marco (1999): Die gesellschaftliche Linke. Jenseits der Zivilisation der Arbeit. Münster.



›There is no Fifth Option‹

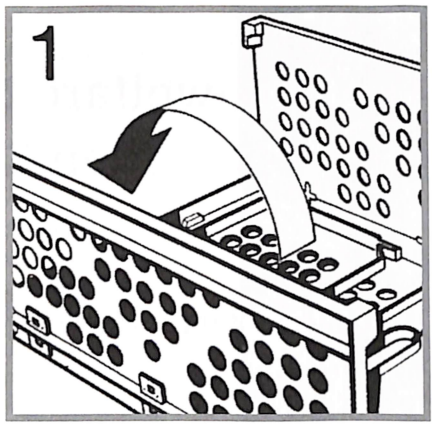
Über ›welfare to workfare‹ und den Zwang zur Arbeit

Interview zur New Labour Politik mit Jamie Peck

›Get on your bike‹ liessen konservative Minister Arbeitslose und verarmte ›welfare dependants‹ in den 80ern wissen. Wer, weil nicht ausreichend eigenverantwortlich, innovativ und entrepreneurial, die ›choices‹ nicht nutzen konnte und wollte und vom Arbeitsmarkt und der warenförmigen Produktion ausgespuckt wurde, musste daran selbst schuld und ein potentieller Sozialschmarotzer sein. Wer jammernd andere für die eigene Misere verantwortlich macht, dafür aber gern ›welfare‹ empfängt, erscheint Neoliberalen allemal als die niedrigste Form des ›individuellen Nutzenmaximierers‹, der – rational kalkulierende Homo oeconomicus, der wie alle anderen – notwendige Anstrengung und Einkünfte gegenrechnet und sich für ein komfortables Leben ›on benefits‹ entscheidet. ›Welfare‹ – in der Vorstellung von Geld ohne Gegenleistung – führt für Thatcherists direkt zu moralischem Verfall, Drogensucht, Auflösung der Familie, ›lone mothers‹ und, worst of all, einer Untergrabung der unsichtbaren Hand des Marktes. Zwei Strategien kristallisierten sich daher im neoliberalen Projekt heraus. Einerseits wurde der Wert von Sozialleistungen im Vergleich zur Reallohnentwicklung kontinuierlich reduziert. Andererseits wurden finanzielle Transferleistungen sukzessive an Gegenleistungen der ›claimants‹, wie ›counselling‹, Umschulungen, Gemeinschaftsarbeit und ›job-placements‹ gebunden. Zusammengefasst werden diese Strategien unter dem Begriff ›workfare‹. Insbesondere im Umkreis regulationstheoretischer Konzepte wird davon ausgegangen, dass (keynesianische) Wohlfahrtsstaaten durch sogenannte ›workfare‹-Staaten abgelöst werden. Sozialleistungen und öffentliche Dienste orientieren sich immer weniger an gesellschaftlichen und individuellen Bedürfnissen (needs) und werden den ›Notwendigkeiten‹ des (Arbeits-)Marktes und Standortwettbewerbs untergeordnet. Nicht den Ausschlüssen vom gesellschaftlichen Leben durch die Zwänge und Dynamiken der kommodifizierten Verteilung von Lebenschancen soll entgegengewirkt werden, sondern Inklusion soll nur über die verpflichtende Teilnahme an der warenförmigen Produktion erreichbar sein.

Die neoliberale Deregulierungs- und Privatisierungspolitik, die v. a. auf den Rückzug der Politik fi-

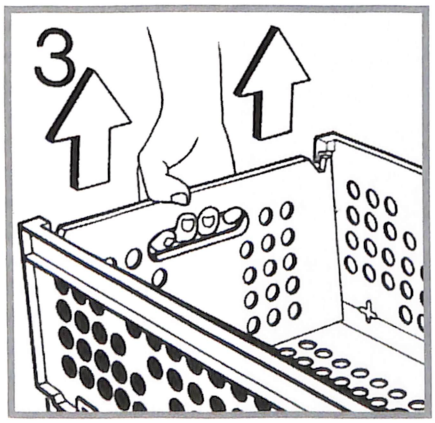
xiert war, geriet zum entstehenden post-fordistischen ›workfare‹-Staat mehr und mehr in Widerspruch. Staatliche Intervention und pro-aktiver Einsatz öffentlicher Gelder zur ›Aktivierung‹ und ›Befähigung‹ (enabling and facilitating) der Bevölkerung stellen hingegen für den third way der Neuen Sozialdemokratie kein Problem dar. Hier wird auch der Unterschied zwischen New Labour und dem Thatcherismus deutlich – New Labour ›provides the bike‹.



Über New Deal, ›welfare to workfare‹ und die wichtigsten Politiken New Labours sprach Roland Atzmüller mit Jamie Peck, Professor am Department für Geografie an der Manchester University. Peck arbeitet aus regulationstheoretischer Perspektive zur räumlichen Konfiguration post-fordistischer ›workfare-Regime‹ und zur Entwicklung britischer und US-amerikanischer Arbeitsmarkt- und Ausbildungspolitik.

Was sind die wesentlichen Elemente des New Deal welfare-to-work Programms? Handelt es sich um eine spezifisch blairistische Strategie?

Der New Deal kann auf zwei Arten betrachtet werden. Einerseits gibt es eine Kontinuität zur konservativen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, andererseits kann auch von einem radikalen Wechsel, einem third way, gesprochen werden. Der symbolische Wechsel durch den New Deal bezieht sich auf die verpflichtende Teilnahme – also den Zwang (compulsion), an diesem Programm teilzunehmen. Und das ist von besonderer Bedeutung. Die Konservativen waren in dieser Frage immer eher zurückhaltend, auch wenn es für sie zur ›Förderung‹ von Arbeitsbereitschaft und der Einführung eines strikten Benefit-Regime attraktiv gewesen sein mag. Sie befürchteten aber, ›compulsion‹ könnte die öffentliche Hand durch die Hintertür verpflichten, für Ausbildungsmöglichkeiten zu sorgen oder gar Arbeit zu schaffen und damit die öffentlichen Kassen dauerhaft belasten. Erst mit Tony Blair wurde der Zwangscharakter von welfare-to-work Programmen ein Bestandteil der Labour-Politik. Bis dahin war der Widerstand gegen ›compulsion‹ eines der klarsten Prinzipien von Labour. Dieser Einsatz von öffentlichen Mitteln, der Neoliberalen Sorgen bereiten würde, stellte einen third way dar. Ähnliche Programme hatte es schon früher gegeben, trotzdem wird eine Art Jahr-Null Gefühl rund um den New Deal verbreitet, als handle es sich um etwas völlig Neues. Aber das war mit allen Programmen in den letzten 20 Jahren so.



Der New Deal ist also auch eine widersprüchliche Fortsetzung von Arbeitsmarkpolitik als Disziplinierungsstrategie und ›Beschäftigungstherapie‹, wie sie etwa von den Konservativen seit Anfang der 80er u.a. gegen die Gewerkschaften und als Reaktion auf die Aufstände in den ›inner cities‹ (1981, 1985)[1] verfolgt wurde?

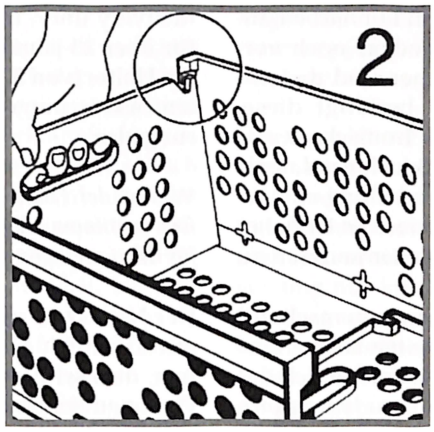
Ja, die Konservativen waren 1979 auf einem anti-korporatistischen, Anti-Gewerkschafts-Ticket gewählt worden und versuchten jede Institution mit gewerkschaftlicher Einbindung abzuschaffen. Die wichtigste Ausnahme war die MSC (Manpower Services Commission), deren Budget bis 1987 sogar verzehnfacht wurde. Die Konservativen sahen darin eine effektive Möglichkeit, das Arbeitslosenproblem zu ›behandeln‹, d. h. bei Bedarf rasch eine Vielzahl von Umschulungs- und Ausbildungs-Programmen für Arbeitslose zu entwickeln. Sie institutionalisierten damit eine individualistische, angebotsorientierte Umschulungsstrategie für Arbeitslose. Für Kritiker stand MSC daher für »ministry of social control«. In der ersten Hälfte der 80er, als die Arbeitslosigkeit stieg, war ein besonders hartes Regime gegen Arbeitlose für die Tories nicht möglich. Ich denke, ihre Sorge wegen der ›inner-city riots‹ war sehr real.

Als die Arbeitslosigkeit zurückging, machten sie die Umschulungsprogramme für Erwachsene zu Quasi-workfare-Programmen, weswegen die Gewerkschaften sich schließlich aus dem MSC zurückzogen. Die Konservativen privatisierten die Berufsausbildung. Sie begannen mit aktiven Job-Such-Maßnahmen für Arbeitslose und verschärften das System finanzieller Unterstützungen.

Als in den frühen 90ern die Rezession begann, mussten sie ihre Politik wieder etwas lockern, um auf die steigende Arbeitslosigkeit zu reagieren. Erst als die Rezession ausklang, begannen sie wieder mit der workfare-Idee zu liebäugeln. Piven und Cloward haben auf diesen zyklischen Verlauf der Armutspolitik seit den ›Poor Laws‹[2] hingewiesen. Floriert der Arbeitsmarkt, wird Disziplin von den staatlichen Autoritäten am rigorosesten umgesetzt. Das war in den letzten Jahrzehnten das Muster in GB. Dieser Kontext existiert auch für den New Deal.

Aber werden derartige Maßnahmen nicht erst durch populistische Kampagnen gegen ›non-deserving poor‹ und ›work-shy‹ in Perioden hoher Arbeitslosigkeit vorbereitet?

Sicher. Es gibt außerdem kumulative Effekte. Der zyklische Ablauf von Politik gegen Arbeitslose heißt nicht, dass bestimmte Maßnahmen in Rezessionen wieder völlig liberalisiert werden.



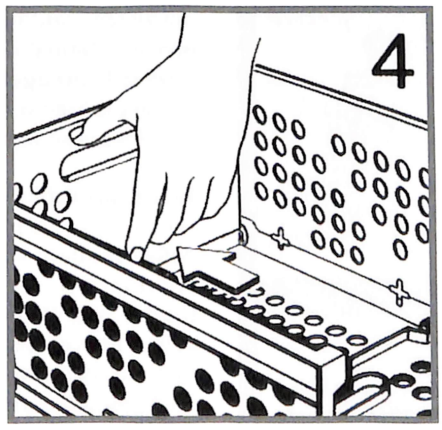
In diesem kumulativen Prozess wurden die Prinzipien des beveridgianischen Wohlfahrtssystems nach und nach erodiert. Wir sind in einer Situation angelangt, die der US-amerikanischen, wo welfare ein schmutziges Wort wird, ähnelt. Politiker wollen nicht mit der Verteidigung von Wohlfahrtsempfängern, Leuten also, die versagt haben, in Verbindung gebracht werden.

Könnte man sagen, dass welfare to work angesichts aller Widersprüche, v.a. ›Middle England‹[3] zufriedenstellen soll?

Die Frage ist ja, warum für New Labour ›compulsion‹ so wichtig war, warum sie ein derartiges Getöse darüber machten, dass es keine ›fifth option‹ gäbe, dass es ein ›toughes‹ Programm sei etc., wenn die Job Seekers Allowance doch de facto ›compulsory‹ ist. Das war eindeutig an Middle England gerichtet. Die Strategie orientierte sich an den ›Steuerzahlern‹, die weniger für welfare ausgeben wollen, aber wenn sie schon müssen, dann wollen sie sicher sein, dass das Programm ›tough‹ ist. Dann fühlen sie sich gut. Ob das Programm funktioniert, ist da Nebensache.

Und wie ist das mit dem Klientel? Wie weitreichend ist ›compulsion‹ und ab wann ist eine arbeitslose Person dem ausgesetzt?

1996 haben die Konservativen die Job Seekers Allowance (JSA) eingeführt. Dadurch wurde das überkommene System der finanziellen Arbeitslosenunterstützung durch ein weitaus aktiveres Regime abgelöst. ›claimants‹[4] müssen zeigen, dass sie aktiv Arbeit suchen, um JSA zu erhalten. Können oder wollen sie eine Arbeitsstelle, die ihrem Jobofficer als vernünftig erscheint, nicht annehmen, verlieren sie die Unterstützung. Um in ein New Deal Programm für 18 – 25 Jährige zu kommen, ist es notwendig, 6 Monate JSA erhalten zu haben. Das heißt, jemand muss schon mit sehr gravierenden Hindernissen am Arbeitsmarkt konfrontiert sein. Diese können persönlicher Natur sein und mangelnde Ausbildung betreffen oder aber schlicht auf das Nichtvorhandensein von Jobs verweisen. Die erste Phase des New Deals, der ›gate way‹[5], dauert zwischen 4 und 6 Monate und soll die unterschiedlichen Möglichkeiten der jeweiligen Person ausloten. Dann gibt es 4 Möglichkeiten – ein subventionierter Platz in einem privaten Unternehmen, ein Vollzeit-Ausbildungsplatz, ein Platz in einem Programm im ›voluntary sector‹ oder in der ›Environmental Task Force‹.



Durch die vorgeblichen Wahlmöglichkeiten wird ›compulsion‹ zu etwas Spezifischem. Verpflichtende Programme in den Staaten oder auch die Experimente der Konservativen, beschränkten sich meist auf einzelne Programme. Diese Art von Zwang ist leichter zu bekämpfen. Schwieriger ist es, gegen ›compulsion‹ im New Deal aufzutreten, da die Regierung immer auf die Wahlmöglichkeiten hinweist. Gleichzeitig wird aber immer betont: »There is no fifth option«.

Auf welchen Kreis von Personen zielen die Programme des New Deal ab? Es scheint, als ziele das Programm vor allem auf junge Arbeitslose, männlich, schwarz, die in den ›inner cities‹[6] leben, ab?

Der größte Teil des New Deal-Programms zielt auf 18–25-jährige Langzeitarbeitslose, drei Viertel dieser Gruppe sind männlich. Diese wohnen v. a. in den ›inner city‹ areas, in öffentlichen Sozialbauten und den niedergehenden Kohlerevieren. Die anvisierten Gruppen sind äußerst unterschiedlich und leben in Gegenden, wo es schlicht keine Arbeitsplätze gibt. ›Compulsion‹ sei notwendig, heisst es, da diese Leute vergessen oder niemals gelernt hätten zu arbeiten. Sie hätten keinen Arbeits-Ethos und seien abhängig von Wohlfahrt. Welfare-to-work soll zuerst die individuelle ›employability‹ erhöhen, unter der Annahme, ein Job würde schon folgen. Warum aber finden sich dann diese Leute eher in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit, warum schwankt ihre Zahl mit den wirtschaftlichen Zyklen? New Labour's Erklärung ist völlig inadäquat. Diese Leute sind, wo sie sind, da es keine Beschäftigungsmöglichkeiten in den niedergehenden und verarmten Städten gibt.

Welche Effekte wird der New Deal auf die sogenannte ›Target population‹ haben?

Das Ganze hat eine Art perverse Logik. ›Employability‹-Strategien sind am effektivsten für Leute, die

dem Arbeitsmarkt am nächsten sind, und bei einer etwaigen Transition in Beschäftigung unterstützt werden. Diese hätten aber vielleicht auch so Arbeit gefunden.

Die Warteschlange für Jobs wird gemäss ›employability‹ organisiert. Damit wird der Vorrang der Markt-Kriterien in der Verteilung von Lohnarbeit anerkannt und durch ›public policy‹ sogar noch verstärkt. Die Kriterien der Unternehmer sind die einzigen, die zählen. ›Public policy‹ bestätigt diese, verhärtet und intensiviert sie sogar. Ironischerweise wurde New Deal als eine soziale Inklusionsstrategie verkauft. New Deal organisiert die Verteilung von Arbeitsplätzen jedoch nach Marktgesetzen. Es ist daher möglich, von verstärkter Exklusion aller anderen zu sprechen.

Da wird ein verpflichtendes Programm gemacht für Leute, die ohnehin kaum Möglichkeiten sehen, eine Beschäftigung zu finden. Wozu also sollen sie sich das antun? Wenn sie vielleicht ihre Existenz anders sichern können, werden sie das tun. Das war auch das erste, was ›policy-maker‹ überrascht hat. Eine weitaus größere Zahl von Leuten als erwartet hat sich ganz einfach entzogen. New Deal hat daher in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit eher Abschreckungscharakter, JSA zu beantragen.

Wer setzt den New Deal um? Meines Wissens werden damit auch Privatunternehmen betraut; so etwa in Hackney/London eine Leiharbeitsfirma.

Die Frage der Privatisierung im New Deal wird kaum diskutiert. Je länger die Planung lief, desto mehr wurden private Organisationen einbezogen. Waren zuerst 2 von 140 lokalen ›delivery units‹ für Private vorgesehen, wurde dann diese Zahl auf 10 erhöht. Jetzt gibt es in jeder Region des Landes eine völlig privatisierte ›delivery unit‹. In den New Deals employment zones für über 25-jährige Langzeitarbeitslose werden sogar die Hälfte (von 30 lokalen Einheiten) durch den privaten Sektor umgesetzt. Eine schleichende Privatisierung also.

Was ist der Lohn für New-Deal Stellen im Privatsektor? Der minimum-wage (3,6 £) oder der Satz, der gewöhnlich für den jeweiligen Job bezahlt wird?

Der New Deal subventioniert Stellen im Privatsektor mit 60 £ im Monat. Anfangs glaubten einige Unternehmer, dies sei der vorgesehene Lohn. Die betroffenen Personen sollten unter den jeweils in den Betrieben vorherrschenden Bedingungen beschäftigt werden. In den anderen 3 Bereichen wird die Arbeitslosenunterstützung etwas erhöht.

Die Regeln in Bezug auf den Arbeitsmarkt sind äußerst lax. Unternehmen können all ihre Strategien und Regeln bei Arbeitskräfteeinstellungen einsetzen, die schon bisher ethnische Minderheiten ausgeschlossen haben, Jobs nach geschlechtsspezifischen Stereotypen konstruiert haben etc. Im New Deal geht es darum, Leute unter den vorherrschenden Arbeitsmarktbedingungen in Lohnarbeit zu zwingen, nicht darum, diese zu verändern.

Gibt es irgendwelche Regeln für Unternehmer, die New Deal-Teilnehmer übernehmen? Es handelt sich ja für diese Unternehmen nicht zuletzt wegen der Subvention, um Billigarbeitskräfte?

Stringente Regeln sind eher gering gehalten, um die ›bürokratische Last‹ für Unternehmer zu minimieren. Die Annahme ist ja, dass junge Leute nicht bereit sind, zu den Bedingungen der Unternehmen zu arbeiten. Das zu verändern ist Priorität. Die, die das Programm umsetzen, sind vermutlich froh, überhaupt Unternehmen zur Teilnahme zu bewegen. Da besteht kein Interesse, sich auf irgendwelche Streitereien über Beschäftigungspraktiken einzulassen; würde auch nicht zum ›pro-business-image‹ von New Labour passen.

Was ist die Rolle des öffentlichen Sektors?

Alles in allem sind die Stadtverwaltungen und der voluntary sector eher auf der progressiven Seite zu finden. Die Regierung musste überhaupt erst dazu gebracht werden, deren Teilnahme an den Programmen zuzustimmen. Ich wäre überrascht, würden sie das einfach ausnutzen. Das hängt sicher mit der Stärke der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst zusammen. Wichtig ist eher, dass der Anteil des öffentlichen Sektors so klein ist. Nur 2,5 % der bereitgestellten job-placements sind dort. Dies könnte damit zusammenhängen, dass die Gewerkschaften eine Prekarisierung der Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor verhindern wollen. Außerdem wird damit argumen-

tiert, dass der öffentliche Sektor finanziell unter Druck stehen würde.

Sie haben intensiv zu workfare und der Entstehung von ›workfare-states‹ gearbeitet. Könnten sie eine kurze Beschreibung der ›work-fare state‹ These geben?

Prinzipiell begannen meine Überlegungen zu workfare in einer Zeit – in den 80ern –, als es sich dabei nur um ein paar isolierte Versuche in den 70ern und 80ern in den USA zu handeln schien. Reine workfare-Strategien sind auch heute noch selten. Bis Mitte der 90er sah ich in workfare eher ein ideologisches Symbol, als einen organisierenden Rahmen für einerseits eine aktive Kritik der Wohlfahrtssysteme und andererseits ein Mittel ein anderes Regime zu konstruieren. M. E. beginnt workfare immer mehr diese letzteren Funktionen zu übernehmen, selbst wenn eindeutige Erfolge (im Sinne der Erfinder) weiterhin selten, lokal begrenzt und kurzlebig sind. Die erfolgreichen workfare-Programme der letzten 30 Jahre sind an einer Hand abzuzählen. Je mehr workfare-Strategien in der Realität scheiterten, desto intensiver wurde diese Politik – zumindest in den USA. Vielleicht zielt die Dynamik ja auch mehr auf die Zerstörung von ›welfare‹ – aber workfare definiert diese Reform und Restrukturierungsstrategie.

Workfare-Programme verbinden ›compulsion‹, Verhaltensveränderungen der Betroffenen und ein ausschließlich angebotsseitiges Verständnis von Arbeitslosigkeit und Armut. Es ist ein workfare-Regime vorstellbar, das sich gegenüber dem deregulierten, gespaltenen Arbeitsmarkt völlig passiv verhält, diesen als natürliches Artefakt sieht und durch Sozialpolitiken dessen Dynamiken stützt und fördert.

Es gibt keinen Mindestlohn oder nur einen sehr niedrigen, finanzielle Unterstützungen werden mehr und mehr an die Teilnahme am Arbeitsmarkt gebunden. Wohlfahrtssysteme schufen nach Claus Offe zumindest partiell gesellschaftlich anerkannte Schutzbereiche gegen Lohnarbeit. Für Individuen bzw. bestimmte Gruppen war es unter gewissen Bedingungen legitim, zumindest in bestimmten Perioden ihres Lebens, z. B. wegen Krankheit, Alter und anderer gesellschaftlichen Verpflichtungen auch eine Existenz außerhalb der Lohnarbeit zu haben. Eine workfaristische Inklusionsstrategie weist dies zurück und betont, dass die Kommmodifizierung der Arbeitskraft und die maximale Einbindung in Lohnarbeit zentral seien.

Korrespondiert das nicht mit jüngsten Überlegungen zu der Entstehung sogenannter schumpeterianischer workfare-Regimes, wie sie etwa von Bob Jessop vorgebracht wurden?

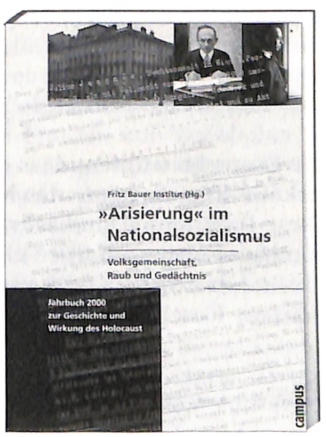
Mit dem Konzept des schumpeterianischen workfare-Regimes versucht Bob Jessop zu verstehen, wie workfare quasi-schumpeterianische Formen von Wirtschaftspolitik ergänzen könnte. Anstelle direkter Steuerung koordiniert und lenkt der Nationalstaat lokale und sektorale governance-Regime, indem er den Wettbewerb zwischen diesen fördert. Das wird auch bei welfare-to-work sichtbar, wo in einer Art institutionellem Darwinismus lokale Verwaltungen um die Programmgelder konkurrieren müssen. Dadurch wird eine permanent destabilisierte Form lokaler governance geschaffen, die offen ist für alle externen Stimuli, sich als Investitionsmöglichkeit anbieten muss und bereit ist, um öffentliche Gelder zu konkurrieren. Workfare-Regime dienen der Regionalisierung von governance.

Es gibt also zwischen workfare und der regionalen Restrukturierung Großbritanniens der letzten Jahre einen Zusammenhang?

Workfare ist mit Dezentralisierung assoziiert, da es ja eine aktive, rechte Kritik an big government und dem Nationalstaat darstellt. Ob das notwendig oder zufällig ist, steht noch zur Debatte. Mainstream-Analytiker und Befürworter von workfare betonen, dass eine Umsetzung nur lokal und dezentralisiert gelingen kann. Die Programme sollen nach den Notwendigkeiten der lokalen Arbeitsmärkte und den Bedürfnissen der lokalen Unternehmer sowie der jeweiligen ›Kundengruppe‹ geplant werden. Dezentralisierungsstrategien im Zusammenhang mit workfare bedeuten nicht, dass tatsächlich Kontrolle auf die lokale Ebene verlagert wird.

Ist Dezentralisierung für die Realisierung von workfare-Programmen notwendig, damit die individualisierten, angebotsorientierten Programme auf die Reproduktionssphäre der Menschen (Familienstruktur, lone mothers, ›dissoziales‹ Verhalten wie Sucht, Kriminalität, Alkohol ...) zugreifen können?

Geschichte und Wirkung des Holocaust



Fritz Bauer Institut (Hg.)
»Beseitigung des jüdischen Einflusses ...«
Antisemitische Forschung, Eliten und Karrieren im Nationalsozialismus
Jahrbuch 1998/1999
303 S., DM 48,–

Fritz Bauer Institut (Hg.)
Überlebt und unterwegs
Jüdische Displaced Persons im Nachkriegsdeutschland
Jahrbuch 1997, 381 S.
mit zahlr. Abb., DM 39,–

Fritz Bauer Institut, Irmtrud Wojak, Peter Hayes (Hg.)
»Arisierung« im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis
Jahrbuch 2000 zur Geschichte und Wirkung des Nationalsozialismus
Mai 2000, ca. 300 S., ca. DM 48,–

Detlef Hoffmann (Hg.)
Das Gedächtnis der Dinge
KZ-Relikte und KZ-Denkmäler 1945–1995
1998. 351 S. mit 370 Abb.
Großformat, DM 98,–

Jahrbücher und Wissenschaftliche Reihe des Fritz Bauer Instituts

campus
Frankfurt / New York

Ja, das ist der Fall. Obwohl wir in GB auch eine Tradition zentraler Interventionen haben, die ähnliche Ziele verfolgt. Für umfassende Reformen ist eine Verlagerung der Ebenen notwendig, um Widerstände zu brechen. Seit den Poor Laws ist zu beobachten, dass dann, wenn Wohlfahrts-Regimes disziplinierender und auf die Erzwingung von Lohnarbeit ausgerichtet werden, dies gleichzeitig dezentraler umgesetzt wird. Wohlfahrtsbürokraten sitzen den ›claimants‹ direkt gegenüber und können moralische, politische und ökonomische Urteile über den Zugang zu Unterstützung und über die damit verbundenen Auflagen treffen. Diese Art von unmittelbarem Management und Mikroregulierung von Armut war immer assoziiert mit lokalen Verwaltungen.

Warum ist Dezentralisierung so wichtig für die neo-liberale Restrukturierung GBs jenseits von workfare?

Dafür gibt es verschiedene Gründe. Der britische (Wohlfahrts-)Staat war stets äußerst zentralisiert und einheitlich. Dezentralisierungen, etwa unter den Tories, verliefen ursprünglich recht zögerlich.

In den 80ern waren die lokalen Stadtverwaltungen in den großen Städten zentrale Orte des Widerstandes gegen den Thatcherismus – der sogenannte ›municipal socialism‹[7]. Daher haben die Konservativen in den 80ern versucht, eine alternative Struktur für ihre Politik auf lokalem Level aufzubauen, um die linken councils zu umgehen. Insbesondere in der späteren Phase des Thatcherismus und unter den Major-Regierungen spielten lokalpolitische Strategien eine wachsende Rolle. Der Markt-Liberalismus war an eine Grenze gestoßen und alternative Regulationsformen mussten gesucht werden. Daher verfolgten sie gewisse ›empowerment‹-Strategien auf lokaler Ebene und versuchten, eine alternative institutionelle Präsenz aufzubauen, was sich aber als erstaunlich schwierig herausstellte.

Welche politischen Effekte ergeben sich aus workfare?

Man kann auf abstrakter Ebene behaupten, dass das schumpeterianische workfare-Regime heute das Makro-Regime darstellt. Diese Programme sind sehr attraktiv, obwohl sie noch nicht einmal nach ihren eigenen Kriterien erfolgreich sind. Inneffektiv oder nicht, sie sind die einzige kohärente Geschichte, die es zur Zeit gibt. Es gibt wenig kohärente Verteidigungen der Wohlfahrtssysteme, wie etwa Diskussionen zu Grundeinkommen und dergleichen.

Mehr noch, workfare-Strategien desorganisieren Opposition auf der lokalen Ebene. Gewerkschaften, ›community-organisations‹ u.ä. müssen lokal auf workfare antworten, wegen dessen ausdifferenzierender Natur. Es ist extrem schwierig, darüber hinausgehende Strategien zu entwickeln, da workfare von New York bis Manchester anders ist. Workfare nimmt den Wunsch nach Reform auf und zerstört dabei zugleich Alternativen. Workfare intensiviert Ungleichheiten am Arbeitsmarkt, subventioniert die Schaffung prekärer Arbeitsverhältnisse, normalisiert und stabilisiert die Situation am unteren Ende des Arbeitsmarktes, die sie als natürlich akzeptiert. Workfare macht prekäre Arbeitsverhältnisse zu einem sozialpolitischen Ziel.

< 1 > Im Gefolge der verheerenden sozialen Auswirkungen des Thatcherismus und der Ersetzung von Wohlfahrtsprogrammen und Umverteilungsmaßnahmen durch polizeiliche Behandlung der entstehenden ›dangerous classes‹ kam es in den ›inner cities‹ immer wieder zu Aufstandswellen, den sogenannten ›inner city‹ riots.

< 2 > Britische Armengesetzgebung von 1830. Piven, F. und Cloward, R.: (1993) Regulating the Poor: The Functions of Public Welfare, (updated ed.). New York: Vintage.

< 3 > Middle England bezieht sich v. a auf die (neu entstandenen) Mittelklassen im Süden und Südosten Englands und den Midlands, die in den 80ern conservative gewählt haben.

< 4 > Claimant ist, wer um Sozialleistungen ansucht.

< 5 > Intensive counselling- und Interviewphase für New Deal TeilnehmerInnen.

< 6 > Sammelbegriff für Gebiete innerhalb der Grenzen großer Städte (aber außerhalb des Stadtzentrumes im engen Sinne). De-Industrialisierung betraf in Großbritannien die in Städten v. a. im Norden angesiedelten Betriebe. Arbeitslosigkeit und Verarmung waren die Folge. Dies betrifft v. a. die in diesen Gebieten konzentrierte schwarze Bevölkerung und hier oftmals junge Männer, denen Alternativen jenseits traditionell männlicher Berufspfade in der Industrie versperrt blieben.

< 7 > Insbesondere in den traditionell Labour dominierten Städten im Norden sowie London (sogenannte Metropolitan Councils) formierte sich ein Gegenprojekt zum autoritär-populistischen Neoliberalismus Thatchers. Lokal unterschiedlich war dieses nach dem Eintritt linker AktivistInnen in die Anfang der 80er nach links gerückte Labour Party entstanden und beruht oft auf Koalitionen mit den Neuen Sozialen Bewegungen (Frauen, Schwule und Lesben, Anti-Rassismus). Die Metropolitan Councils wurden 1986 zerschlagen und abgeschafft.

siehe auch: »Blairs Cool Britannia: Thatcherismus mit menschlichem Antlitz. Interview mit Bob Jessop«, in: *diskus* 3/98, S. 27–31

„Wer das Nichtstun ebenso wie die Arbeit scheut, findet leicht zum Buch."
Peter Brückner

Sie finden in der Karl Marx Buchhandlung **geistes- und sozialwissenschaftliche Literatur und Belletristik**. Alle lieferbaren deutschsprachigen Titel sowie englisch- und französischsprachige Literatur besorgen wir Ihnen in kürzester Zeit.

KARL MARX
BUCHHANDLUNG GMBH
JORDANSTR.11 · 60486 FRANKFURT/M.
TEL 069/778807 · FAX 069/7077399
KARL.MARX.BUCHHANDLUNG@T-ONLINE.DE

Cyborg-Pop

Ein Ausflug in die Geschlechterwelt des Manga- und Anime-Science-Fiction

Im letzten diskus *wurden in »Cyborgbaustelle aus Miszellen« Potentiale feministischer Cyborg-Entwürfe angesichts einer dominierenden heterosexistischen Technoscience ausgelotet. Der folgende Text behandelt ein spezielles Terrain populärer Cyborg-Mythen: Verschiedene aus Japan kommende Comics (manga) und Zeichentrickfilme (anime) aus dem Science-Fiction-Genre werden besonders in bezug auf das sich in ihnen ausdrückende Verhältnis von Technologie und Geschlecht untersucht. Alle behandelten Produkte sind oder waren auf dem deutschen Markt als Comic-Hefte und/oder als Videos erhältlich. Der Film* Ghost in the Shell *lief vor etwa drei Jahren in deutschen Programmkinos. Werden Hefte und Filme in der Comic-Szene vermehrt rezipiert, so verbreiten sich die typischen Bilder des Genres zunehmend auch in anderen Kontexten – in Mode ist etwa die Verwendung von Manga-Zeichnungen als Anreisser auf Techno-Party-Flyern.* (Red.)

»Donald Duck in den Cartoons wie die Unglücklichen in der Realität erhalten ihre Prügel, damit die Zuschauer sich an die eigenen gewöhnen.«
Theodor W. Adorno

Die Kämpferinnen im Science-Fiction (SF)-Genre der japanischen manga und anime stehen in der Tradition der US-amerikanischen und franco-belgischen Superheldinnen wie *Superwoman* und *Barbarella*. Ihre extrem stereotypisierten Körper entsprechen stark sexualisierten Bildern von zarten Teenagern und erwachsenen Frauen, von weiblichen Körpern nackt oder in eng anliegenden Kampfanzügen, dynamisch und immer wieder der Zerstückelung in Kampfszenen ausgesetzt.

Die SF-manga und -anime sind keine Pornos im engen Sinne, aber dennoch Ausdruck der Kapitalisierung von Sexualität und somit pornographische Waren. Pornographie ist keine gesellschaftliche Randerscheinung, sondern Ausgangspunkt vielfältiger Darstellungsweisen von Sexualität, die durch verschiedene Zensurmechanismen geformt werden (vgl. Butler 1997) und an dem sozialen Management von Sexualität in der spätkapitalistischen Gesellschaft teilhaben. Die Körper der SF-Heldinnen lassen sich als Vokabular dieses sozialen Managements verstehen. (vgl. Singer 1999)

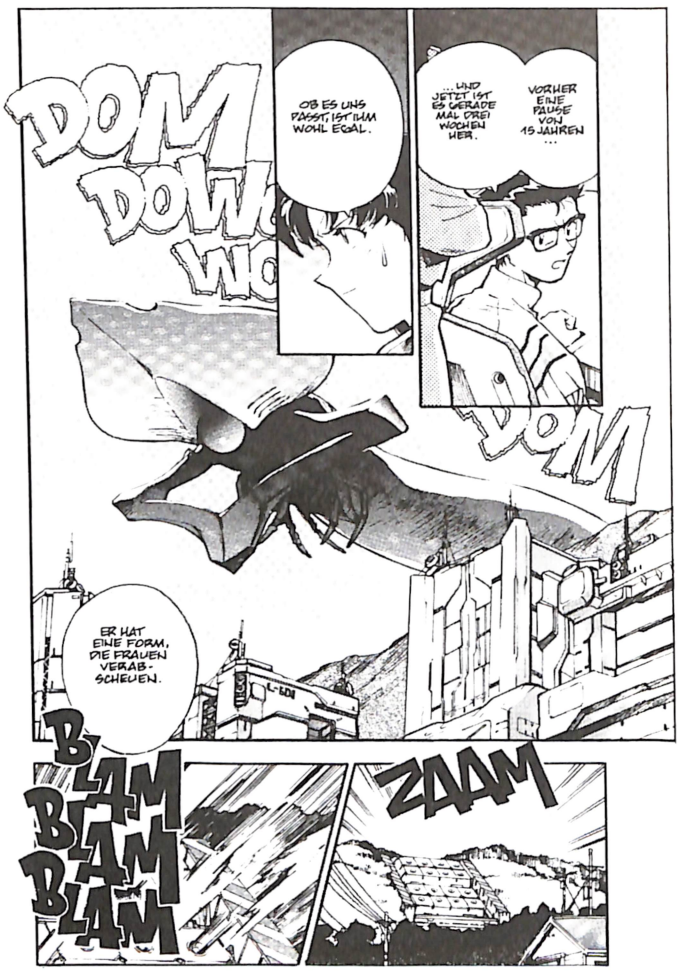
fight against perversion

Gezeichnet werden diese Bilder komplementär zu einer in der Regel männlich besetzten Technowelt, die von den Heldinnen bekämpft wird, zugleich aber den

Rahmen festlegt, in dem sie überhaupt agieren können. In der anime-Serie ***Iczer One*** kommt dies beispielsweise in einer einem normmännlichen Muskelkörper nachgebauten überdimensionierten Kampfmaschine zum Ausdruck. Um gegen die gewaltsame Kolonisierung der Erde durch die Nomadinnen *Cthulhu* – die nach einer endlosen Reise durch das All zur Ruhe kommen wollen – zu kämpfen, muss die abtrünnige Androide Iczer sich mit einem Menschen vereinigen. Die als Vamp mit Katzenohren und im Bikini dargestellte *Iczer* wählt *Nagisa* aus, eine in einer Kleinfamilie lebende Siebzehnjährige. Die *Cthulhu* besitzen Technologie und dämonische Kräfte und setzen sie im Kampf ein. Ihre Technologie ist körperlos wie ihre für den Kampfeinsatz produzierte Androide *Iczer 2*. Die Gegenwaffe von *Iczer* stellt die bereits erwähnte Kampfmaschine dar, ein Körperpanzer, in dem *Iczer* und *Nagisa* zur Vereinigung ihrer Kräfte eine erotisch-technologische Symbiose miteinander eingehen: an den nackten Mädchenkörper *Nagisas* sind Kabel angeschlossen. Damit wird diejenige Technologieform der anderen positiv gegenübergestellt, die mit dem als nicht-technologisch gedachten menschlichen Körper eine symbiotische Verbindung eingehen kann.

Die als dämonisch und übermächtig negativ konnotierte Technologie der *Cthulhu* ist mit einem Sexualitätsdiskurs verknüpft: Die feindlichen Cthulhu praktizieren lesbische Liebe, wie in den ersten Sequenzen des Films über die Andeutung einer Bettszene klar gemacht wird. *Iczer* und *Nagisa* führen in diesem in der Tradition der Mädchen-manga (für Mädchen bestimmt) stehenden Science Fiction mit ausschließlich weiblichen Hauptfiguren letztendlich ihren Krieg gegen alles, was nicht der gesellschaftlichen Sexualnorm entspricht. Sind die Monster der lesbischen Liebe und der körperlosen Technologie besiegt, kann *Nagisa* wieder in ihre Kleinfamilie und ihre andere Hälfte, die Androide im Kampfbikini, zu den *Cthulhu* zurückkehren, deren negative Seiten der Techno-Gewalttätigkeit und des erotischen Exzesses sie vorher bekämpft hatten. Der Kampf in den Actionszenen des Films erzählt von Körperdisziplinierung, der Sexualitätsdiskurs von der heterosexuellen Normierung als Verwaltung und Nutzbarmachung des erotischen Exzesses.

In den auf dem deutschen Markt erhältlichen SF-manga und -anime gibt es unglaublich viele dieser entweder auf männliche oder weibliche Teenager, selten auf beide Geschlechter zugeschnittenen Geschichten der Initiation in die heterosexistische Erwachsenenwelt. In der manga-Serie ***Neon Genesis Evangelion*** muss ein Vierzehnjähriger mit einem gleichaltrigen Mädchen eine Symbiose eingehen, die durch einen Tanz, in dem die Bewegungen genau aufeinander abgestimmt sind, symbolisiert wird. Nur so können die beiden die Kampfhandlungen der Maschinen *Eva 01* und *Eva 02* im Einsatz gegen gigantische, den Menschen bedrohende Engel koordinieren. Gedoppelt wird der zwangsheterosexuelle Diskurs durch die zum Teil vaginaartige Form der Eva-Kampfmaschinen und den verschiedenen gegnerischen Engeln, die beispielsweise die Form eines erigierten Schwanzes, zum Teil abstrakt die Form einer mit der Spitze nach oben gerichteten Pyramide annehmen.



Ein echter populärer Aufklärungsroman für Jugendliche, der nicht nur dokumentiert, wie sexuelle Kontrolle durch Anreiz funktionieren kann, sondern auch die doppelte Wirkungsweise von Zensur in Japan und andernorts als einschränkend und als produktiv vorführt. Genitalien dürfen nicht gezeigt werden: also wird etwas anderes als Genital gezeichnet. ***Neon Genesis Evangelion*** bedient wie viele der nicht explizit pornographischen manga übrigens auch noch ein anderes Klientel: Zeichenhaft wird über eine Brille, die auf dem Nachtisch liegt, eine sexuelle Beziehung zwischen einer Vierzehnjährigen und einem erwachsenen Mann angedeutet. Zwischen der kontinuierlichen Ent-

tabuisierung und Retabuisierung von sexuellen Praktiken findet eine Vervielfältigung des Möglichen und des gesellschaftlich Zulässigen statt, die normverletzend sein kann, nie aber die heterosexistische Ökonomie in Frage stellt.

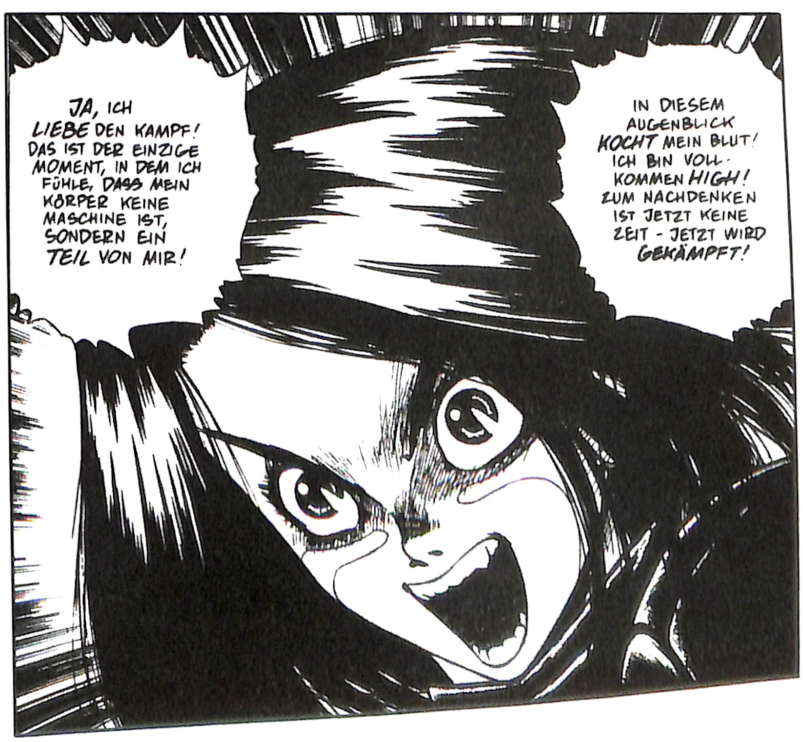
Nicht zu übersehen ist die Reproduktion religiöser Mythen in SF-Comics. Nicht erst seit *Star Wars*, sondern von Beginn an gehen im Comic Science Fiction und Fantasy, Technologie und Magie, eine enge Verbindung miteinander ein: Science Fantasy. Gewalttätige Technologie wird dämonisiert und ihr eine gesellschaftlich kompatible, magisch-faszinierende Technologievariante gegenübergestellt, die sich insofern mit dem Geschlechterdiskurs verbindet, als dass sie innnerhalb des SF-Genre des manga und anime sehr oft weiblich besetzt ist.

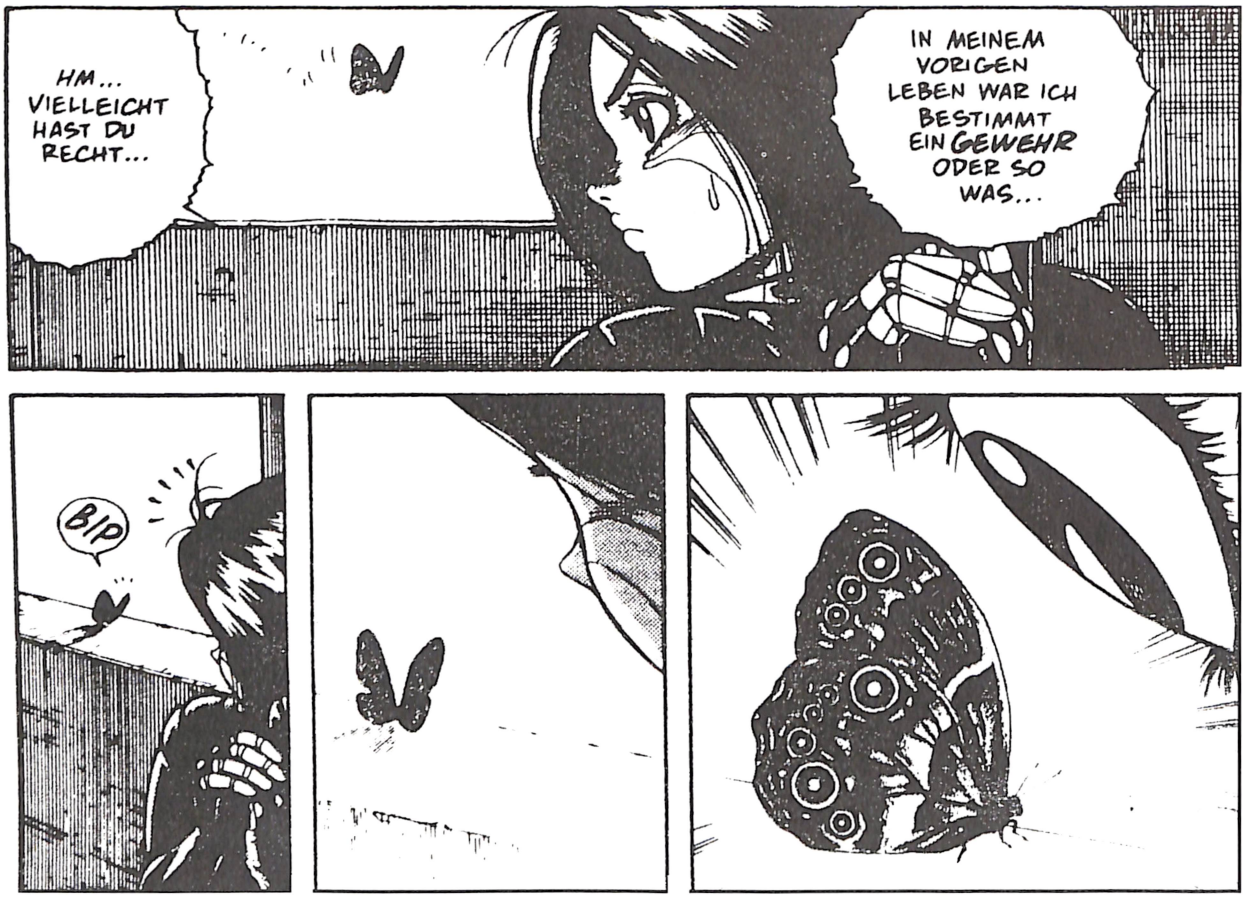
Ein weiteres, aber vergleichsweise simples Beispiel für eine Geschichte der Initiation in die heterosexistische Ordnung stellt die anime-Serie ***Moldiver*** dar: Hier schlüpfen Bruder und Schwester abwechselnd in das maskuline Superheldenkostüm des *Captain Tokyo*, um gegen das Wirken feindlicher Androiden vorzugehen. Am Schluss versagt das männliche Kampfkostüm und die Protagonistin *Mirai* stürzt ab: falsch programmiert. Jetzt muss doch ihr großer Bruder helfen, der sie schnell umprogrammiert: *Mirai* kann nun – angesichts ihres Schwarms – ihren Einsatz als durchgestylte Frau im Kostümchen (»und vor allem: ich sehe gut aus«) und nicht als Mann mit Muskelpaketen vollenden. Die Überschreitung der Geschlechtergrenzen, das Spiel mit geschlechtlicher Ambivalenz ist nur eine Möglichkeit innerhalb eines Moratoriums und wird alsbald wieder ausgeschlossen.

fight against identity

Für ein erwachsenes Publikum sind manga und anime ***Ghost in the Shell*** produziert worden. Die Protagonistin, eine Cyborg, kämpft im Namen des Geheimdienstes *Section 9* als Major gegen einen Dämon, der körperlos und als künstliche Intelligenz ohne psychische Form die gesellschaftliche Ordnung bedroht. Wer lebt und wer nicht lebt, ist nur bestimmt durch das Vorhandensein bzw. das Fehlen eines ghosts, einer psychischen oder seelischen Form. Die Cyborg *Major Motoko Kusanagi* ist eine Meisterin der Cyborg-Philosophie. Ihre langen monologhaften Reden werden von Selbstzweifeln ausgelöst: Ist sie wirklich eine Cyborg oder vielleicht doch nur eine Maschine mit einprogrammiertem Erinnerungsvermögen? *Motokos* Identitätsprobleme werden gelöst durch die Symbiose mit einer/einem feindlichen Androiden (äußerlich ein verstümmelter weiblicher Körper, im Film mit einer männlichen tiefen Stimme). In einem Mädchenkörper kann sie gegen Ende des Films ihrem männlich-maschinellen Kampfpartner *Batou* in seinem bürgerlichen Wohnzimmer sagen, dass sie ihren neuen Zustand der Identitätslosigkeit bejaht: Sie ist weder Major der Kampftruppe noch das Programm, mit dem sie sich vereinigt hat. Sie gibt vor, nicht mehr durch die Grenzen ihrer Persönlichkeit eingeengt zu werden. Sie möchte nun ganz aufgehen im Netz, das alles zu bieten scheint: »Das Netz ist weit und unendlich«. Dass nichts von ihrer vorherigen Identität geblieben sei, dem ist nur bedingt zuzustimmen. Es ist nicht zu übersehen, dass sie ihr Geschlecht beibehalten hat. Der nach der Zerstückelung im Kampf mit der/dem feindlichen Androiden verloren gegangene Körper einer erwachsenen Frau wird ersetzt durch einen Mädchenkörper, den ihr Cyborg-Kollege in aller Eile auf dem Schwarzmarkt erstanden hat. *Motoko* ist und bleibt eindeutig weiblich. Sie geht in ein Netz ein und darin auf. Dies entbindet sie nicht ihrer Verpflichtung zur Reproduktion. *Batous* bürgerlich-wohligem Heim (*Motoko*: »Die Einrichtung hier zeugt von sehr gutem Geschmack«) konnte sie den Rücken kehren. Sie schlägt sein Angebot aus, für immer dort zu bleiben, bezeichnet sich selbst als neugeborene Frau und vereinbart noch schnell als Ausdruck von Intimität beim Herausgehen ein Password mit ihm – falls sie sich wiedertreffen. So wird im Genre die Verabschiedung traditioneller Geschlechterrollen zur Darstellung gebracht, nie aber ohne Geschlecht wieder neu zu mythisieren: *Motoko* wird im Netz nicht ein neues, nur ein modifiziertes Geschlecht annehmen, wie sie in der Symbiose mit dem/der Androiden sich erst reproduzieren konnte, wird sie nun – weiterhin in einem weiblichen Körper vergeschlechtlicht – »Nachkommen produzieren und ins Netz einspeisen«.

Ghost in the Shell markiert eine Wendung von Science Fiction als Gegenüberstellung von gesellschaftlich akzeptabler und inakzeptabler Technologie hin zu einer beinahe rückhaltlosen Affirmierung von Technologie unter Beibehaltung des Geschlechtergegensatzes. Die Geschlechterkostüme, die den Androiden und Cyborgs bleiben, scheinen als ›natürlich‹ oder ›biologisch‹ codiert in diesem SF-Genre das letzte Widerstandsmoment gegen die Durchtechnologisierung zu bilden.

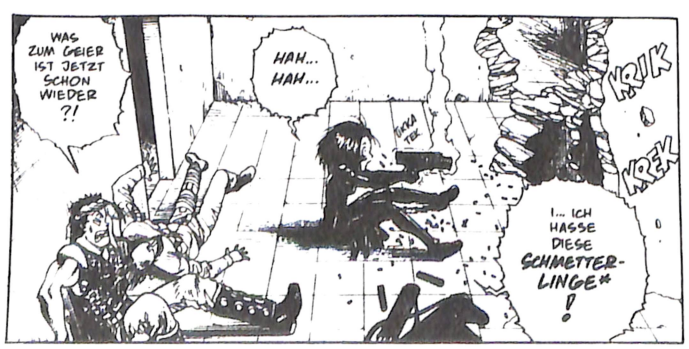




kill the butterfly

Selbst Teil der weit verzweigten Sexindustrie einer Gesellschaft, in der Pornographie eine wichtige Funktion der Produktion und der Kontrolle von Lüsten übernommen hat, verbirgt Science Fiction nicht, wo die Prügel liegen, die *Donald Duck* oder *Motoko* erhält. Die Körper der Androiden und Cyborgs sind Hüllen, Kostüme, Masken. Sie sind hergestellt und austauschbar. Selbst Ausdruck eines unerbittlichen Geschlechterdiskurses, wird die Produktion eines solchen verdeutlicht, und Brüche werden sichtbar gemacht. Die Waffe, die Cyborg *Battle Angel Alita* auf einen Schmetterlinge richtet, statt ihn mit großen Augen zu bewundern, könnten andere Cyborgs in anderen Geschichten auf die Symbole des Patriarchats und seinen Geschlechtszuschreibungen richten. Oder sie könnten sich die verschiedensten Geschlechtskostüme von der Stange kaufen. Oder sie könnten ...

Michaela Lönneberger



txt:

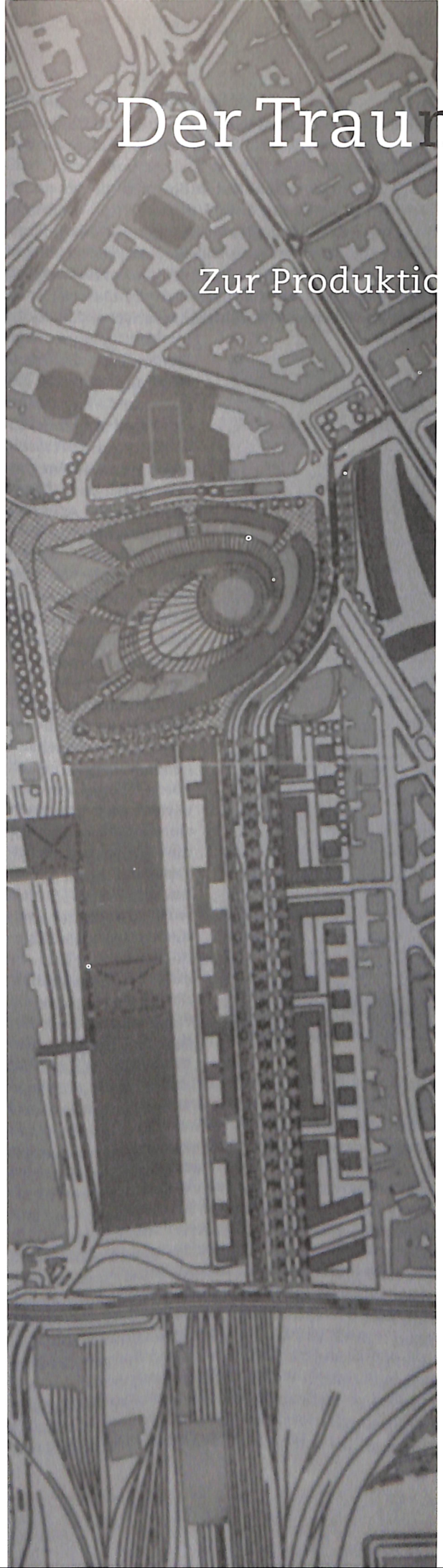
➥ Theodor W. Adorno/ Max Horkheimer: Dialektik der Aufklärung. S. Fischer Verlag, 1969
➥ Jacqueline Berndt: Phänomen Manga. Comic-Kultur in Japan. Edition q, 1995
➥ Judith Butler: Hass spricht. Zur Politik des Performativen. Berlin Verlag, 1997
➥ Bernd Dolle-Weinkauf: Comics. Geschichte einer populären Literaturform in Deutschland seit 1945. Beltz Verlag, 1990
➥ Michaela Lönneberger: Bilder-Sprache. Kinder, Comics, Wissenschaft, in: *links* 306/302, 1995
➥ Linda Singer: Sex und die Logik des Spätkapitalismus. b_books, 1999

Comics und Filme:

➥ Iczer One, I und II. anime. R: Toshikiro Hirano. Cinemabilia, 1999.
➥ Yoshiyuki Sadamato/Gainax: Neon Genesis Evangelion 1–4. manga. Carlsen Verlag, 1999. Auch erhältlich als anime bei A.D. Vision (R: Hideaki Anno).
➥ Moldiver. Teil 1–6; R: Hirohide Fujiwara; erhältlich bei a.c.o.g.
➥ Masamune Shirow: Ghost in the Shell. anime. Manga Video, 1996. Auch als manga in drei Teilen erhältlich bei Feest Comics.
➥ Yukito Kishiro: Battle Angel Alita. manga. Carlsen Verlag, seit 1996 zahlreiche Bände.

manga und anime im Internet:

➥ www.neo-ami.de/index.shtml (Rezensionen)
➥ jasms.freepage.de/index.html (Übersicht)
➥ www.informatik.hu-berlin.de/~carow/anime.html
➥ www.geocities.com/Tokyo/Ginza/7639/msring.html (Masamune Shirow Webring mit Suchmaschine)
➥ home.snafu.de/n.adam/manga/ghost_e.htm (zu Ghost in the Shell)



Der Traum vom reinen Raum

Zur Produktion urbaner Erlebniswelten

Im Dreieck zwischen Messe, Westend und Gallus befindet sich die derzeit größte Baustelle Frankfurts. Auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs planen die Developer der Deutschen Bahn-AG Metropolitanes: our own Potsdamer Platz heisst »Europa-Viertel«. Entlang eines Erlebnisboulevards soll so ein neues Dienstleister-, Wohn- und Arbeitsquartier sowie ein Urban-Entertainment-Center entstehen. (Red.)

Reiner Raum

Seit den achtziger Jahren reproduziert sich der Kapitalismus verstärkt durch die »Produktion des Raumes«. Bankenkonsortien, Versicherungsfonds und transnationale Konzerne legen Teile ihres überschüssigen Kapitals in global gestreuten Immobilienbesitz an und nutzen die städtischen Bodenmärkte als reine Finanzanlage. Überall schießen Bürotürme, Gewerbeparks oder Geschäftskomplexe empor, deren Bau sich weniger am lokalen Bedarf orientiert, als primär an Renditeerwartungen oder steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten. Die vollständige Integration von Kapital- und Grundstücksverwertung führt zu einer Beschleunigung des Stadtumbaus, da die Anleger die Immobilien stets der höchstmöglichen Verwertung zuführen möchten. Vor allem die Metropolen geraten damit in den Sog eines hochmobilen Geldkapitals, das mit Hilfe einer aufwendigen Investorenarchitektur den städtischen Raum hierarchisch neu ordnet. Der Spekulationsdruck auf die Zentren erhöht sich gegenwärtig noch durch die kommerzielle Verwertung freiwerdender Flächen aus dem Bestand der Bahn und Post, da die nun privaten Unternehmen ihre Grundstücke ausschließlich zur Gewinnmaximierung nutzen. Auf diese Weise entstehen in den Städten Dienstleistungs- und Konsumarchipele, die von ihrem Umfeld weitgehend abgekoppelt sind.

Der verstärkte Konkurrenzkampf um Wachstumspotentiale und Prosperitätseffekte veranlaßt aber auch die städtische Administration zu aufwendigen Eingriffen in die bestehende Raumstruktur. So betreibt man die Aufwertung bestimmter Stadtviertel, fördert die Expansion von Büroflächen und organisiert Festivalisierungsprojekte wie Messen oder Weltausstellungen. Ebenso unternehmen die Kommunen Anstrengungen, Touristenströme und einkommensstärkere Bevölkerungsgruppen anzuziehen. Insbesondere die Zentren sollen der Öffentlichkeit als »Visitenkarte« präsentiert werden. Urbane Kultur und »Lebensqualität« entwickeln sich damit zu einer wichtigen Kapitalanlage der Städte. Für das »Gesamterlebnis Stadt« spielt dabei in den letzten Jahren die

»symbolische Ökonomie« zunehmend eine wichtige Rolle als lokaler Standortfaktor. Nachdem die städtische industrielle Produktion weiter zurückgeht, soll der Konsum- und Freizeitsektor neue Beschäftigungseffekte und zusätzliche Steuereinnahmen bewirken.

Auf dem Weg zum Europa-Viertel

Ebenfalls seit den achtziger Jahren investieren global operierende Konzerne verstärkt in diesen Sektor, vielerorts entstehen Shopping Malls, Musical-Theater, Multiplexkinos und Entertainment-Center. Der Siegeszug multifunktionaler Einkaufs- und Freizeitkomplexe liegt nicht zuletzt darin begründet, atmosphärische Arrangements und soziale Aktivitäten in den Vorgang der Konsumption miteinzubinden. Durch die »Attraktivität des Nebeneinanders« sollen die Wirkung der einzelnen Warenobjekte gesteigert und die Kunden zu einer längeren Verweildauer und erhöhten Ausgabenbereitschaft animiert werden. Malls und Themenparks, die sich funktional immer mehr angleichen, stellen den vorläufigen Schlußpunkt einer sich seit langem abzeichnenden Entwicklung dar: die Transformation des Konsums in einen Erlebnisvorgang und die Funktionalisierung der Raumgestaltung als Bestandteil kommerzieller Vermarktungsstrategien.

Hatte es sich bei den Shopping Malls bislang um ein suburbanes Phänomen gehandelt – als Beispiele in Frankfurt können etwa das Main-Taunus- oder das Hessen-Center gelten –, so investiert die Konsumindustrie vor dem Hintergrund der oben skizzierten Entwicklungen gegenwärtig verstärkt in die Kernstädte. Vielerorts entstehen sogenannte Urban Entertainment Center (UEC), in denen sich Einkaufen, Freizeit und Unterhaltung noch stärker gegenseitig ergänzen und stützen sollen. Die Immobilienbranche und die Betreiber sehen in der Übertragung des Mall-Konzepts auf den erlebnisorientierten Freizeitbereich eine neue profitable Verwertungsmöglichkeit. Stadtverwaltungen und Kommunalpolitiker wiederum erhoffen sich von solchen Konsum- und Unterhaltungskomplexen eine Belebung der Kernstadt, womit auch den Malls auf der »grünen Wiese« wieder Kundenströme abgeworben werden sollen.

Als eines der bekanntesten Beispiele dieses neuen Typs gilt gegenwärtig das »Europa-Viertel« in Frankfurt. Auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs, in der Nähe des Zentrums, soll ein Komplex aus Hochhäusern, Musicaltheater, Multiplexkino und Shopping Mall entstehen. Den Konflikten um die Durchsetzung dieses Vorhabens kommt ein exemplarischer Charakter für die gegenwärtige Dynamik der Stadtentwicklung zu. Als gemeinsame Entwickler des Projekts waren der Großinvestor Trizec-Hahn, eine Tochtergesellschaft der Deutschen Bahn AG und der Unterhaltungskonzern Stella AG vorgesehen. Gerade als die Grundstückseigentümer sich anschickten, die Verträge abzuschließen, preschte im Sommer 1999 zur völligen Überraschung aller Beteiligten die Deutsche Bank mit einem eigenen Projekt nach vorne. Diese präsentierte den Entwurf einer »Messestadt«, der die bisherigen Konzepte der Stadt gänzlich über den Haufen warf. Auf dem ehemaligen Gleisvorfeld gedachte die Bank für mehr als sechs Milliarden Mark einen neuen Stadtteil aus dem Boden zu stampfen, der neben Mehrzweckhalle und Fußballstadion auch ein »Stadthaus« mit Museen und Theater sowie eine riesige Shopping Mall und sechs neue Hochhäuser aufweisen sollte. Die fast zweijährige Geheimhaltung des Vorhabens begründete ein Sprecher der Deutschen Bank mit dem Argument, man habe verhindern wollen, daß ein solch »großer Wurf« sofort »zerredet« und zu einer Ansammlung von »faulen Kompromissen« werde. Dieser Versuch der »feindlichen Übernahme«, der ganz auf die geballte Macht des Unternehmens setzte, entspricht der vorherrschenden neoliberalen Unternehmensphilosophie. Demnach läßt sich der Prozeß der Globalisierung nur durch einen Prozeß der »Entpolitisierung« vorantreiben, d. h. indem lokalpolitische Gremien und Formen der Bürgerbeteiligungen weitgehend umgangen werden. Auf diese Weise wolle man – so das Argument aus der Vorstandsetage – der »provinziellen« Verwurzelung im Wählerwillen entkommen. Begründet wurde das Pro-

jekt u.a. damit, daß man Frankfurt für qualifizierte Dienstleister aus dem Ausland attraktiver machen müsse. Als internationale Finanzmetropole sei die Stadt zwar anerkannt, doch fehle es an markanten urbanen Höhepunkten, um wirklich einen Spitzenplatz in der Metropolenkonkurrenz einnehmen zu können.

Angesichts eines als zu niedrig eingestuften Angebots entschlossen sich die Grundstückseigner jedoch, das gesamte Areal in eigener Regie zu vermarkten. Ähnlich dem Vorhaben der Deutschen Bank plant man die vollständige Überbauung des Geländes. Hierbei soll sich zwischen dem UEC nebst einem 340 Meter hohen »Millenium-Tower« und architektonisch ambitionierten Wohnanlagen ein Boulevard als »Erlebnismeile« erstrecken. Für den Entertainmentkomplex, der sich nach den Aussagen der Betreiber an den Vorbildern Times Square und Piccadilly Circus orientiert, rechnet man jährlich mit zehn Millionen Besuchern. Sollte sich das Projekt verwirklichen, wird dort eine »Stadt in der Stadt« entstehen, die keine Verbindung mit den umliegenden Quartieren aufweist und unmittelbar den Vorgaben der Kapitalverwertung unterliegt.

Bislang hat sich die Mall-Kultur in Deutschland noch nicht zu einem dominanten Konsum- und Freizeitmodell durchgesetzt. Dennoch deutet der Boom von UEC auf eine grundlegende Veränderung der Alltagspraktiken hin, bei denen sich Einkaufs- und Freizeitaktivitäten immer stärker vermischen. Gab es schon in den achtziger Jahren Versuche, in den Kaufvorgang eine größere Spektakel-Komponente einzubauen, so bildet Entertainment mittlerweile den zentralen Fokus. Gleichzeitig reflektieren die kommerziellen Erlebniswelten die Dominanz visuell-medialer Rezeptionsgewohnheiten bei den Konsumenten und stehen für die wachsende Bedeutung einer »semiotischen« Raumproduktion. Hatte die Homogenisierungs- und Standardisierungspraxis des modernen Städtebaus in den letzten Jahrzehnten spezifische Ortsqualitäten zunehmend eingeebnet, zielt die Erlebnisindustrie darauf, diesen mittlerweile als Mangel empfundenen Zustand durch die Inszenierung von urbanen Atmosphären und exotischen Landschaften zu kompensieren und profitabel zu vermarkten.

Nicht-Orte der Einsamkeit?

Viele Kritiker klagen nun in kulturpessimistischer Wendung gegen die Simulakren des Konsums authentische Formen der Bedürfnisbefriedigung und der Erfahrung ein. Das Vordringen der populären Konsum- und Freizeitwelten setzten Urbanisten wie Richard Sennett mit einer zunehmenden Trivialisierung der Stadtkultur gleich. Diesen angeblichen Verfall kontrastiert er mit einer vergangenen Zeit, in der die Straßen und Plätze voller Leben waren.

Die bauliche und symbolische Umwelt des Urban Entertainment Centers entsprechen sicherlich nicht dem Bild eines traditionellen Stadtverständnisses; aber wer solche Transformationen nur in Kategorien des Verlusts definiert, verschließt sich gegenüber neuen Formen der Alltagspraxis und verklärt überkommene städtische Formen der bürgerlichen Öffentlichkeit. Häufig vergißt die Klage über die Privatisierung des öffentlichen Raums, daß solche Orte noch niemals für alle Menschen in gleicher Weise zugänglich und verfügbar waren. Soziale Gruppen wie etwa Jugendliche, Frauen oder Angehörige sexueller und ethnischer Minderheiten sind in der Vergangenheit immer wieder von ihnen ausgeschlossen worden oder waren Objekte einer politischen und moralischen Zensur.

Der Anthropologe Marc Augé erklärt Shopping Malls zu »Nicht-Orten« einer »einsamen Individualität«. Demzufolge bringen diese abstrakten Produkte der Moderne keine Sozialität mehr hervor, sondern vertieften die Entfremdung zwischen den Menschen. Dieser Kritik ist entgegenzuhalten, daß die Konsumkomplexe zwar der Realisierung von Kapital dienen, keineswegs aber völlig homogene Kommerz-Räume darstellen. So nutzen etwa Jugendliche die »Kathedralen des Konsums« als Treffpunkte zum »Abhängen«. Gleichzeitig ist wahrzunehmen, daß der Erfolg von Mall-Konzepten gerade daher rührt, bestimmte Sozialitätsmuster zu erzeugen bzw. zu bedienen. Die Mehrzahl der Kaufentscheidungen in Malls erfolgt im Hinblick auf Familie und Haushalt und weniger im Sinne eines hedonistischen, selbstbezüglichen *lifestyle shopping*. Das Management setzt entsprechend auf eine

harmonische und störungsfreie Atmosphäre, die den *family appeal* der Anlagen betonen soll. Es wäre auch verfehlt, Shopping Malls als exklusive Einrichtungen zu verhandeln, die nur auf die gehobenen Bedürfnisse der Mittelklassen zugeschnitten seien. Das Waren- und Vergnügungsangebot der Konsumkomplexe zielt eindeutig auf den Geschmack eines Massenpublikums. Die Architektur der Gebäude und der Einsatz erlesener Materialien stehen dazu in keinem Gegensatz. Vielmehr zielen sie darauf, den Kunden das Gefühl zu geben, einer gehobenen Gemeinschaft anzugehören.

Nostalgisch gestimmte Urbanisten mögen das Vordringen der Erlebniswelten mit dem Ende der »Europäischen Stadt« gleichsetzen, aber im direkten Vergleich der Erlebnisarchitekturen, etwa zwischen Disney World und Wien, wirkt der Themenpark inzwischen viel authentischer. Eine Kritik an der Instrumentalisierung des Erlebnisses für die Ziele der Kulturindustrie ist zwar angebracht, aber die Denunziation von Malls und Themenparks als »Amerikanisierung« oder »Disneyfizierung« der deutschen Städte lenkt völlig von der entscheidenden Fragestellung ab – nämlich der von Macht- und Gewaltverhältnissen.

Strategien des wehrhaften Raums

Solche Orte der Zerstreuung lassen sich als eingegrenzte und ausgrenzende Bereiche verstehen, die frei von lästiger Armut und überquellend von Müßiggang und Unterhaltung sein sollen. Die Ideologie der Familiarität bestimmt sich in Abgrenzung zu jeglichen Formen von »Andersartigkeit«. Zum Ausschluß kommt es dann, wenn die relaxte Konsumatmosphäre bedroht erscheint oder wenn der Benutzer den Status des Konsumenten nicht mehr aufrecht erhält oder erhalten kann. Ins Gewicht fällt hierbei der privatrechtliche Charakter der Malls: Unter Berufung auf das Hausrecht verfügen die Mall-Betreiber legal darüber, sowohl Formen der Aktivitäten zu regulieren als auch Sub-Milieus auszuschließen. Ein strenges Reglement, bestehend aus physischen Barrieren und eindeutigen Zeichensystemen, steuert die Menschenströme durch die verschiedenen Bereiche der Anlagen. Verstöße gegen Kleidungsnormen oder abweichende Verhaltensweisen werden in der Regel unterbunden und korrigiert. Die Ordnungsvorstellungen der Betreiber stossen allerdings bei den meisten Besuchern auf eine hohe Zustimmung. Man kann deshalb auch von einem korporativen Kontrollsystem sprechen, das weitestgehend konsensuell funktioniert.

Es ist absehbar, daß sich mit der wachsenden Akzeptanz der Mall-Kultur auch die Aneignungsweisen städtischer Räume nachhaltig verändern. So suchen viele Menschen die Kernstadt nur noch als Verbraucher oder Urlauber auf. Unter dem »touristischen Blick« und einer auf Erlebnis und Entspannung ausgerichteten Konsumpraxis verwandeln sich die Städte zu Kulissenlandschaften und Freizeitanlagen, in denen soziale Heterogenität eher als irritierend und störend empfunden wird. Denn der Erlebnisraum ist vor allem ein Raum der sicheren Distanz vor unerwarteten Ereignissen und Situationen. Bei der ungestörten »Stadtsafari« möchte man die Vorzüge der City – nämlich Vielfältigkeit, visuelle Stimulation und Kultur – genießen, unter Ausschluß aller möglichen Gefährdungen und Unsicherheiten. Die kommunalen Behörden und die Betreiber der Unterhaltungskomplexe versuchen den Besuchern urbane Erfahrung in einer risikolosen Form anzubieten, die zwar das Bedürfnis nach Erlebnis und Kommunikation befriedigt, aber unter völlig kontrollierten Bedingungen stattfindet. Die ökonomische und bauliche Aufwertung der Kernstadt und die Konzentration auf die »Konsumfähigen« ist mit entsprechenden sozialen Selektionsmechanismen verknüpft. So wird das städtische Publikum zunehmend auf seine Rolle als Verbraucher oder Kunde beschränkt. Eine privilegierte Stellung innerhalb der gesellschaftlichen Hierarchie läßt sich dementsprechend daran ablesen, bis zu welchem Grad attraktive Stadtgebiete zugänglich sind und sich die Anwesenheit von unerwünschten Menschen ausblenden oder die ihnen unterstellten Gefährdungen entschärfen lassen.

Viele der Architektur- und Kontrollmodelle, die in den privaten Shopping Malls zum Einsatz kommen,

einschließlich des Einsatzes von elektronischen Kameras, dienen den städtischen Behörden als Vorbild für die Regulation öffentlicher Räume. In den meisten deutschen Städten haben sich Allianzen aus Geschäftsleuten und Behörden gebildet, um non-konforme Gruppen aus den Stadtzentren zu verdrängen. Parallel dazu kommt es auch zu einer Verschiebung von Wahrnehmungsweisen. Noch in den achtziger Jahren betonte der urbane Diskurs die Rolle der Stadt als anonymen Ort, der unterschiedliche Lebensformen, die Erfahrung von Differenz und Andersartigkeit ermögliche. Insbesondere der distanzierte, gleichwohl aber interessierte Kontakt mit dem »Fremden« im öffentlichen Raum galt als wesentliche Voraussetzung für urbane Zivilisiertheit und eine funktionierende städtische Kultur. Diese Vorstellung wird gegenwärtig dahingehend eingeschränkt, daß damit vor allem ein ziviles, sprich »anständiges« Benehmen gemeint ist. Nicht mehr das Zusammentreffen mit dem »Anderen« scheint erwünscht zu sein, sondern gesittete Verhaltensweisen honoriger Bürger.

Kulturverfall oder Herrschaftskritik

Die Kritik an der »Erlebnisstadt« ist ein Kampf an mehreren Fronten. Auf der einen Seite greift sie nicht nur alle Formen von Verdrängung und Vertreibung an, sondern wendet sich auch gegen den neoliberalen Urbanitätsdiskurs, der soziale Differenzen in kulturelle Unterschiede übersetzt und die Hierarchie zwischen den Klassen als Ausdruck unterschiedlicher Lebensstile deutet. Auf der anderen Seite geht es um die Zurückweisung kulturpessimistischer Ideologien. Die Unterstellung, Shopping Malls seien »Nicht-Orte der Einsamkeit«, steht ganz in der Tradition konservativer Kritik an Vermassung und Kulturverfall. Schließlich ist eine Skepsis gegenüber Behauptungen aus dem Cultural Studies-Umfeld angebracht, die das Konsumverhalten der Individuen vor allem als Selbstermächtigung oder gar widerständige Handlung interpretieren. Sicherlich trug in den sechziger und siebziger Jahren die Massenkonsumption zu einer Öffnung des sozialen Raums und zu einer Freisetzung von Subjektivität bei. Heute hingegen bewirkt der Konsum auch eine verstärkte Hierarchisierung der Klassenverhältnisse: Sei es über das Medium Geld, mittels distinktiver Lebensstile oder durch eine restriktive Regulierung der Zugänglichkeit von Orten. Schließlich sieht man sich mit dem vorherrschenden »Regierungsdenken« der deutschen Stadtforschung konfrontiert, die gesellschaftliche Entwicklungen vor allem aus einer Perspektive der soziale Kontrolle und Normalisierung thematisiert. Die meisten Protagonisten einer integrativen Stadtpolitik verknüpfen ihre Forderungen mit Bedrohungsszenarien, die den Zerfall der städtischen Gemeinschaft durch die Sprengkraft des Sozialen beschwören.

Dennoch sollte eine Kritik sozialtechnokratischer und ordnungspolitischer Regulierungskonzepte den Blick nicht allein auf die Überwachungs- und Unterwerfungspraktiken richten. Indem sie eine Homogenität des sozialen Raumes und der Kontrolle suggeriert, läuft sie Gefahr, die Imperative der Macht zu bestätigen, die gerade in Zweifel zu ziehen wären. Die Aufwertung der Kernstädte produziert zwar einen nicht endenden Zirkel von räumlicher Vertreibung und Verdrängung, doch trotz langjähriger Bemühungen stellen weder der Ku'damm in Berlin noch die Zeil in Frankfurt cleane Kommerzräume dar. Indem die Marginalisierten mit ihrer Präsenz ein legitimes Aufenhaltsrecht in Anspruch nehmen, unterlaufen sie die vorherrschende Imagestrategie, zentrale Orte und Plätze ausschließlich als »Visitenkarten der Stadt« zu definieren. Der städtische Raum bleibt ein umkämpftes Feld. »Im Städtischen«, so der französische Philosoph Henri Lefebvre, »gibt es ein Alltagsleben, und dennoch wird die Alltäglichkeit aufgehoben.«

Klaus Ronneberger

Siehe zu diesem Themenkomplex auch »›Spaß muß sein.‹ Das Urban Entertainment Center am Frankfurter Hauptbahnhof« (*diskus* 1+2/98) und das Buch »Die Stadt als Beute« von K. Ronneberger, W. Jahn und S. Lanz (Dietz-Verlag 1999).

››› Vom Täter zum Wohltäter – Deutschland beschließt seine Vergangenheit

17.12.1999: Eine Woche vor dem letzten Weihnachtsfest vor dem 2000. Geburtstag des Christkindes, schenkte Deutschland der Welt die Stiftung: »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«: Stiftungsfond der deutschen Wirtschaft und des deutschen Staates für ehemalige NS-Zwangs- und SklavenarbeiterInnen. Was von außen wie eine späte Geste von Ausgleichsgerechtigkeit aussehen mag, wird im Inland als »abschließendes Zeichen zur Diskussion über die Mitschuld deutscher Unternehmen« beschlossen (Gesetzesvorlage der rot-grünen Bundesregierung): unter dem Schluss-Strich stehen 10 Milliarden DM. Bundeskanzler Schröder sprach zum Neujahr konsequent nur noch im Plusquamperfekt von der Deutschen Schuld, die er durch den deutschen Kriegseinsatz im Kosovo schon »verblassen« gesehen hatte: *Deutschland wiedergutgemacht!* »Krieg im Kosovo – Frieden mit Auschwitz«. Unter diesem Motto fand letzten Sommer in Berlin eine Konferenz statt, die maßgeblich vom »Bündnis gegen I.G. Farben« organisiert worden war, das jahrelang bundesweit gegen die Aktionärsversammlung von I.G. Farben i.A. (in Abwicklung) in Frankfurt mobilisiert hatte.

Am 16.12.1999 fand in Frankfurt die einzige bundesweite Demonstration zur sofortigen Entschädigung der NS-ZwangsarbeiterInnen statt, mit 500 Menschen, leider ohne den US-Anwalt Hausfeldt, der sein Kommen angekündigt hatte, nun aber auf dem Weg nach Berlin war, um die letzten Details für die »außergerichtliche Einigung« zu klären. Markgraf v. Lambsdorff, der früher für die Amnestie von NS-Kriegsverbrechern stritt, erstreitet nun die finanzielle Amnestie für die Deutschland AG und hat seine Sache gut gemacht: Deutschland wiedergutgemacht! Konsequent berichtete die *FR* nicht mal im Lokalteil über die Demonstration, von der Bilder um die ganze Welt gingen, um am nächsten Tag auf Titelseiten von ausländischen Tageszeitungen aufzutauchen. Diese Desinformation, dieses plötzliche Desinteresse nahm die auf der Berliner Tagung gegründete »Gruppe 3« zum Anlass, um zusammen mit dem AStA der Uni Frankfurt und der Antifaschistischen Gruppe Frankfurt die Veranstaltungsreihe »Vom Täter zum Wohltäter – Deutschland beschließt seine Vergangenheit« zu organisieren.

»Wir verstehen den Lärm nicht, der um diese Sache gemacht wird; wir haben ihnen Essen gegeben, wir haben ihnen Kleidung gegeben und eine Unterkunft und die Tatsache, dass sie überlebt haben ist ein Zeugnis davon, wie gut sie behandelt wurden« (deutsches Delegationsmitglied, September 1999 in Bonn). Gnade statt Recht: nur eine »moralische Verantwortung« wird eingeräumt, die Rechtsansprüche der Überlebenden werden kategorisch verneint: »Individuelle Rechtsansprüche bestehen nicht ...« Mit dem Gestus von Gutsherren werden Almosen gnädig gewährt. Das Endergebnis, das in Deutschland als »würdiges Angebot« verkauft wurde, ist eine materielle Gestalt des Phänomens, das Adorno als »erpresste Versöhnung« bezeichnete. Die vereinbarte Summe ist ein Hohn: den Überlebenden stünden als Lohnnachzahlungen ein Betrag von 180 Milliarden DM zu (ohne Zins und Zinseszins, ohne Schmerzensgeld und Teilkompensationen). Nicht einmal einklagbar sollen die Zahlungen sein, die Stiftung sichert sich gegen alle Rechtsansprüche der Überlebenden ab. Die Täter verlangen Rechtssicherheit vor den Opfern. Die Überlebenden werden gezwungen, mit ihrer Unterschrift ein für alle Mal auf ihre Ansprüche zu verzichten – auch gegenüber den Unternehmen, die überhaupt nicht zahlen werden. Dafür ist die Bundesregierung auch bereit, das Grundgesetz zu brechen, das eine solche Zwangsmaßnahme ausschließt (GG Artikel 19: »verbotenes Maßnahmegesetz«) – und besiegelt ist Deutschlands »Rechtsfrieden« mit der Vergangenheit.

Die Entschädigungsdebatte

Wie sehr das »Stiftengehen« dem Kalkül der Unternehmen nutzt zeigt das Beispiel IG Farben i.A. (im Aufbau?), dem einzigen Konzern gegen den das Liquidierungsgebot der Alliierten nicht aufgegeben wurde. Der Aprilscherz 2000, dem 67. Jahrestages des »Deutsche wehrt Euch!-Judenboykotts«, ist die geplante Fusion der I.G. Farben-Nachfolger im Textilfarbenbereich zum 1.4.2000: ein klarer Verstoß gegen die Auflagen der Alliierten! Gleichzeitig traten die »Liquidatoren« an die Überlebenden heran, damit sie eine Petition unterzeichnen, mit deren Hilfe sie an die

4 Milliarden DM kommen, die von der Schweizer UBS Bank zu holen seien. Dafür boten sie den Überlebenden: 3 Millionen. Von den versprochenen 10 000 DM als Zuschuss für die benötigten 30 Millionen, um die Rampe in Auschwitz zu erhalten, ist bisher noch gar nichts zu sehen gewesen. Herr Jachmann berichtete bei der ersten Veranstaltung, dass er auf die Anfrage, ob die I. G. das Überlebendentreffen im I. G. Farben Gebäude im Oktober 1998 mittragen wolle, nicht mal eine Antwort erhalten habe. Dafür wurden bei den Aktionärsversammlungen regelmäßig der »kritische Aktionär« und »I. G. Auschwitz« Überlebende Hans Frankenthal, dessen Andenken die Veranstaltungsreihe gewidmet war, von der Bühne gezerrt. Überlebende, die noch nicht tot sind, werden mundtot gemacht. Lieber laden die Herren tendenziöse Historiker ein, die die I. G. vom Täterprofiteur zu einem Opfer der NS-Faschisten umstilisieren.

Ressentiments und Rancune

»Durch die Entschädigungsdebatte droht ein neuer Antisemitismus«, verkündeten der Haushistoriker der Deutschen Bank Dr. Pohl und *Die Welt*. Fragt sich, wer da mit Antisemitismus droht: In der Debatte wimmelt es von antisemitischen Stereotypen, die zum Teil unbewusst reproduziert, z. T. aber auch bewusst angespielt werden, so beispielsweise in Lambsdorffs Aschermittwochserklärung: »die Ju… – äh: Claims Conference«.
In der Veranstaltung der »Gruppe 3« ging es um Kontinuitäten, Brüche und Verschiebungen der Ressentiments, um tradierte Formen, v. a. in der »Stillen Post« (G. Jacob) der »intergenerationell« weitergegebenen Assoziationsketten, um kollektives »Metapherngedächtnis« und die neuen Codes, die »Dunkelmänner«, die »ambulance-chaser« Class-Action-Lawyer aus USA, gegen die der »brave deutsche Hausjurist« wehrlos ist. Die Spannbreite geht von der bekannten »Ahasver«-Figur (sie »irrlichtern« durch die Weltgeschichte, um Überlebende-Mandanten aufzukaufen), dem »wurzellosen Wucherer« bis hin zu Szenarien, die den hinterletzten Weltverschwörungstheorien paranoides Futter geben: die »Rächer von Zion«.
Was da seit der Goldhagen-Debatte nach oben schwappt, Schlag auf Schlag nach Raubgold- und Zwangsarbeiter-, Walser-, Kosovo-Krieg, Sloterdijk- und Entschädigungsdebatte hat Adorno als »Kryptoantisemitismus« und Bubis als »latenten Antisemitismus« bezeichnet, der auf der Basis von »blossem Meinen« und Gerüchten funktioniert und volksvergemeinschaftend wirkt, hinter-der-Hand gesprochene, flüsterwitzartige Kommunikation von einer sich heimlich und wahrhaft fühlenden, »von der Gesellschaft unterdrückten« Gemeinschaft: Walsers World. »Die Juden melden sich überall zu Wort, wo die Kasse klingelt.« Für diesen Satz hat CSU-Fellner sich in den 1980ern öffentlich entschuldigen müssen, heute ist das der common sense der common people. »Die« Juden erscheinen darin als »Feinde der neuen nationalen Normalität« (Lars Rensmann).

Deutschland erinnert sich

»Hinsehen macht frei!« (*Die Zeit*). Günther Jacob hat am Beispiel der Wehrmachtsausstellung beschrieben, wie eine neue Form der »Vergangenheitsbewältigung« betrieben wird, die ihren Namen verdient: bewältigt wird nicht durch »wegschauen« und »wegdenken« à la Walser, sondern durch Hinschauen, dokumentieren, historisieren: vom verstehen zum verzeihen. Vernichtungskrieg, Zwangsarbeit und Shoah werden zur Erzählung einer deutschen Familientragödie: die Versöhnung mit der Tätergeneration als deutsche Katharsis, aus der das »Wir« gereinigt hervorgeht, inszeniert in Stadttheatern, in Frankfurt in der Paulskirche bis hin zum Bundestag, in dem flennende Grüne mit einem Mal Zugang zu Dreggers Landserseele finden – vom Täter zum Zeitzeugen. Sind wir nicht alle ein bißchen Opfer? Gefragt wird: »Wie konntet ihr da nur reinrutschen?« statt: »Wie konntet ihr so etwas tun?« Ziel ist die Versöhnung mit der Vergangenheit, die »Versohnung«. Diese Vorgänge der »intergenerationellen Weitergabe«, des Erbens kann man vielleicht nur mit der ethnologischen Kategorie des »Tausches« verstehen: getauscht wird Mahnmal gegen Reichstag, Bekenntnis zu Auschwitz gegen neue deutsche Militärmacht, die Wahrheit über den Vernichtungskrieg mit dem Kriegseinsatz im Kosovo. Nach gelungener Operation war dann auch die Reemtsma-Posse zum Abschuss freigegeben: was dem *Focus* nicht gelungen war, konnte die *FAZ* auf einmal im Nu umsetzen.
Schließlich haben auch die weitgehensten Versöhnungsangebote von Hannes Heer den Tätervätern gegenüber deren entfachten Leugner-Zorn nicht abmildern können, während die Neonazis mobilisieren unter dem Motto: »Unsere Großväter waren keine Mörder!« Die Alten könnten die Geschichte auch auf sich beruhen lassen, sie treten bald ab, aber die Jungen haben ein Problem damit, sie treten das Erbe an und das muss vorher bereinigt werden. Deswegen passt es auch ins Bild, dass es ein Grüner war, der die deutsche Forderung nach »Rechtsfrieden« formuliert hat.

Doch wird diese alte Schluss-Strich-Leier wieder scheitern. Die Erben der Opfer werden sich mit dem billigen Trick, die »Arisierungen« gleich mit abzuwickeln nicht abwürgen lassen. Wie die Auseinandersetzung mit denen verlaufen wird, die – wie Jörg Lau in *Die Zeit* schreibt – »keine Nummer auf den Arm haben«, darüber braucht man sich keine Illusionen machen. Man muss seine Solidaritäten vorher klar kriegen. Die Tatsache, dass die Frankfurter Veranstaltungsreihe bundesweit die einzige dieser Art war und bisher geblieben ist, ist nicht ermutigend.

A. K. für die »Gruppe 3«

› ›› *Auch in der* diskus*-Redaktion läuft nicht immer alles so, wie es wünschenswerterweise laufen sollte. Dementsprechend kann es unter großem Zeitdruck passieren, dass zu später Stunde nur noch drei Redaktionsmitglieder anwesend sind, um einen Text zu besprechen, für interessant zu befinden und diesen dann in der ein oder anderen Form für den Druck freizugeben. So geschehen mit dem Beitrag von Alain Kessi in der letzten Nummer.*

Dass die Redaktion kein politisch homogener Haufen ist, zeigte dann die äußerst kontroverse Debatte, die nach Erscheinen des letzten Heftes durch jenen Artikel ausgelöst wurde. Während einige aus der Redaktion in dem Beitrag den aus den Diskussionen um den Krieg folgerichtigen Versuch sahen, sich in Kontakt mit »oppositionellen Kreisen« im Kosovo zu bringen und auch nach Einstellung der Kriegshandlungen, die Einstellungen der Menschen vor Ort miteinzubeziehen bzw. zur Kenntnis zu nehmen – sahen andere in Kessis Art des Einlassens auf die von ihm angetroffenen Subjektivitäten im Kosovo eine mögliche Wiederholung der Erklärungsmuster eines irrationalen Nationalitätenkonfliktes, einer scheinbaren Irrationalität, wie sie von den Medien transportiert wurde, ohne auf den materiellen oder sozialen Gehalt dieses Konfliktes näher einzugehen.

Die spannende Diskussion um die – hier stark zusammengefassten und nur »ausschnitthaft« wiedergegebenen – unterschiedlichen Interpretationen des Textes hat zwar nicht zu einer völligen Aufhebung der gegensätzlichen Positionen geführt, jedoch eine Annäherung und Verständigung ermöglicht. Der Kommentar ***Widersprüche und Irrationalitäten*** *auf der gegenüberliegenden Seite gibt die Kritik eines Teiles der Redaktion am Text wieder.*

(Red.)

››› Grüne Karten - Schwarze Listen

Während sie in den Sphären der IT über die GreenCard diskutieren, treibt die Politik der »Deutsche zuerst« in anderen Bereichen des Arbeitsmarktes immer perfidere Blüten. Im Zuge der Neufassung des Arbeitsgenehmigungsverfahrens wurde im Januar 1998 die Bewilligung einer Arbeitserlaubnis für all diejenigen Leute ohne Paß mit goldenem Adler, die weder über eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis bzw. -berechtigung oder Arbeitsberechtigung verfügen, noch aus EU-Ländern kommen, an zusätzlich verschärfte Bedingungen geknüpft. Die Arbeitserlaubnis, die im Gegensatz zur Arbeitsberechtigung ohnehin ausschließlich für eine ganz bestimmte Tätigkeit bei dem beantragenden Arbeitgeber für maximal ein Jahr gilt, und sowieso nur dann erteilt wird, wenn keine deutschen oder rechtlich gleichgestellten Personen auffindbar sind, die diesen Job machen könnten, wurde nun noch einmal ausgefeilt: Sie darf nur erstattet werden, wenn sich »durch die Beschäftigung von Ausländern nachteilige Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt nicht ergeben« (SGB, § 285). Da die Einzelfallprüfung die Arbeitsämtler mächtig anstrengt, ist man in sechs Bundesländern jüngst zu noch grobschrotigeren Methoden übergegangen. So werden regelmäßig Listen mit all den Berufen erstellt, für die die Computer der Landesarbeitsämter hinreichend deutsche Namen als potentielle Arbeitskräfte ausspucken. Für diese Berufe wird »geduldeten Ausländern« grundsätzlich keine Arbeitserlaubnis mehr ausgestellt (siehe die nebenstehende Liste aus Nordrhein-Westfalen). Dieses faktische Berufsverbot hat weitreichende Folgen für die Betroffenen: Von potentiellen legalen Arbeitsplätzen ferngehalten, bleiben sie oftmals auf Sozialhilfe angewiesen. Ein Antrag auf eine sichere Aufenthaltsbefugnis kann aber nur stellen, wer über ein gesichertes Einkommen verfügt.

Zierpflanzengärtner
Gartenarbeiter
Bergleute
Gummihersteller, -verarbeiterhelfer
Papier- und Zellstoffherstellhelfer
Verpackungsmittelherstellerhelfer
Druckhelfer
Blechpresser
Kabelwerker
Metallschneider
Schleifer
Metallschleiferhelfer
Metallsäger
Schmelzschweißer
Installateure und Klempner
Schlosserhelfer
Bauschlosserhelfer
Maschinenschlosserhelfer
Betriebs-, Reparaturschlosser
Feinmechaniker
Mechaniker
Mechanikhelfer
Teilezurichter
Elektrikerhelfer
Elektrogerätebauerhelfer
Zuschneider
Bekleidungsnäher
Näher
Fleischerhelfer
Kochhelfer
Zucker-, Süßwarenhersteller
Maurerhelfer
Eisenbieger, -flechter, -verleger
Gerüstbauhelfer
Pflasterer, Steinsetzerhelfer
Straßenbauerhelfer
Bauhilfsarbeiter, Bauhelfer
Fliesenlegerhelfer
Tischlerhelfer
Raumausstatterhelfer
Tischlerhelfer
Anstreicher
Maurer, Lackiererhelfer
Hilfsarbeiter
Energiemaschinisten
Maschinisten
Maschinenwarter
Bauführer, Baustellentechniker
Bergbautechniker, Steiger
Chemotechniker
Werkstoffprüfer
Photolaboranten
Handelskaufleute
Einkäufer
Verkaufsleiter
Verkaufsaufsichten, Verkaufsberater
Büfett-, Kiosk-, Kantinenverkäufer
Verkaufshilfen
Versicherungssachbearbeiter
Werbefachleute
Kontakter, Verkaufsförderer
Beifahrer (Kraftfahrer)
Andere Kraftfahrzeugführer
Postfachkräfte
Telefonisten
Lagerverwalter-, Magazinerhelfer
Lager-, Versand-, Transporthelfer
Rechnungsfachleute, Fakturisten
Bürofachkräfte, allgemein
Bürohilfskräfte
Büro-, Amtsboten
Pförtner
Werkspförtner
Säuglings-, Kinderkrankenschwester
Zahnarzthelferinnen
Medizinisch-technische Assistentin
Haus-, Familienpfleger
Sozialpädagogenhelfer
Kosmetikerinnen
Hauswirtschaftliche Helfer
Sonstige Bügler
Wäscher-, Plätterhelfer
Raumpfleger, -reiniger
Straßenreiniger
Abfallbeseitiger
Müllarbeiter

c.an

››› Widersprüche und Irrationalitäten

Alain Kessi wollte in seinem im letzten *diskus* erschienenen Artikel »Kosov@ – Widersprüchlichkeiten und Subjektivitäten« Menschen aus dem Kosovo selbst zu Wort kommen lassen, um so die Fernanalyse des Jugoslawienkonfliktes mit deren Einschätzungen zu kontrastieren. Dass eine solche Herangehensweise durchaus sinnvoll sein kann, steht außer Frage: Die Diskurse der großen Politik zu verlassen, um sich einem Verständnis der ethnischen Konflikte durch eine mikropolitische Analyse der im Alltagsleben der Menschen virulenten Ressentiments anzunähern, könnte durchaus eine fruchtbare Erweiterung linker Debatten zu Jugoslawien darstellen. Auch ein Aufbrechen der selbst von einigen Linken übernommenen ethnisierenden Konstruktionen eines zivilisierten Europas hier und eines barbarischen Balkans dort ist mehr als überfällig. Kessi bemerkt also durchaus zu Recht, dass bei einer Bewertung der Vorgänge in anderen Teilen der Welt der eigene ethnisierte Blick zuerst angegangen werden muss.

Die Schilderung seiner Reise in den Kosovo im September letzten Jahres wird diesen Ansprüchen jedoch leider nicht gerecht und konnte stellenweise sogar zum Medium kruder UCK-Propaganda geraten. Bereits die Beschreibung seiner Ankunft in Pristina ist, in seiner Diktion ausgedrückt, irritierend und lässt Schlimmeres erahnen: Angesichts fehlender Geschwindigkeitsbegrenzungen und des Umstands, dass die Menschen ohne Nummernschilder durch die stark zerbombte und von SerbInnen und Roma ethnisch gesäuberten Stadt umherfahren, verspürt Alain Kessi eine »gewisse Euphorie der Freiheit« und ein Gefühl »wunderbarer Anarchie und Zwanglosigkeit«. Seine kosovo-albanischen BegleiterInnen bringen dann aber unfreiwillig auf den Punkt, was von einer solchen »Anarchie« zu halten ist: »Die UCK ist heilig, sie hat uns den Weg aus der Passivität gewiesen ... Die einzelnen Führer darin sind aber gewöhnliche Menschen.« Das offene Eingeständnis, dass seine BegleiterInnen ausgerechnet zu denjenigen gehören, die seit Jahren darauf hingearbeitet haben, »eine Situation herbeizuführen, in der NATO-Truppen zum Eingreifen bewegt werden könnten«, entlockt Kessi, der wenige Monate zuvor auf einer *diskus*-Veranstaltung vehement für die Delegitimierung der NATO-Angriffe eintrat, dann doch »ein gewisses Gefühl für die Widersprüchlichkeiten«, um aber gleich im nächsten Absatz der »westlichen radikalen Linken« eine »Unfähigkeit« zu bescheinigen, »sich gedanklich und gefühlsmäßig in die besondere Lage von AlbanerInnen im Kosov@ zu versetzen«.

Wenn Kessi eine naturalisierende Sichtweise als »Balkanismus« kritisiert, in der die Konflikte auf dem Balkan als unausweichlich erscheinen und als »Stammesfehden« vormoderner Gesellschaften und Ausdruck atavistischer Bewusstseinsformen gesehen werden, ist ihm sicherlich Recht zu geben. Auch wenn derartige Denkfiguren wohl eher zum Repertoire des bürgerlichen Diskurses gehören dürften, ist nicht von der Hand zu weisen, dass solche rassistischen Betrachtungen zum Bestandteil einiger linker ›Analysen‹ geworden sind. Da er aber glaubt, den Balkanismusvorwurf gegen jedwede Position ins Feld führen zu müssen, die die völkische Parzellierung Jugoslawiens (und damit auch die Rolle der UCK) kritisiert, wird die »balkanistische Linke« zum Pappkameraden. In den linken Diskussionen um den Kosovo-Krieg gab es sehr wohl differenziertere Positionen zum Nationalismus der verschiedenen Konfliktparteien als Kessi vielleicht glauben machen möchte. Der Nationalismus der UCK, wie übrigens auch der serbische, wurde zumeist als genau das kritisiert, was er ist: das Bestreben, sich einen auf ethnischen Ausschlüssen beruhenden modernen Nationalstaat nach westlichem Vorbild zu schaffen.

Statt seine kosovarischen BegleiterInnen für ihre affirmative Haltung zur rassistischen Politik der UCK konsequent zu kritisieren, werden die Pogrome an Roma und SerbInnen als eine »von außen aufgezwungene Machtlogik« dargestellt. Spätestens hier beginnt mensch sich zu fragen, wer hier eigentlich ethnisiert, balkanisiert und banalisiert; und vor allem, was von Kessis Kritik der Ethnisierung des Sozialen überhaupt noch bleibt. Dass seine Darstellung der »Albanisierung« des Kosovo durch die UCK zum Widerspruch einlädt, ahnt Kessi vermutlich und kontert seinen linken KritikerInnen präventiv, dass man diese rassistische Vertreibungspolitik nicht einfach »rhetorisch daneben« finden und nicht »lediglich von außen« kritisieren könne. Derart gegen Kritik immunisiert, kann er dann getrost »Widersprüche bisweilen stehen lassen« und mehr als problematische Anschauungen als »Subjektivität des Gegenübers« verharmlosen. Einer Beantwortung der spannenden Frage, was »Ethnisierung des Sozialen« für den Kosovo heißen könnte, sind wir durch Kessis Beitrag allerdings nicht viel näher gekommen. Schade, eigentlich.

Esther, Oliver

››› Enttäuschte und Empörte

Dass Politiker von denen, deren Interessen sie unmittelbar vertreten, finanziell ausgestattet werden, ist nur zu logisch. Da das Parteiengesetz dem Schranken auferlegt, wird es umgangen. Dabei muss der ein oder andere »Rechenschaftsbericht« gefälscht und ab und zu gelogen werden. Sich darüber enttäuscht zu zeigen, ist mindestens lächerlich.

Eine Spendenaffäre ist eine Affäre mit einer Spende. Eine solche Liebschaft kann man den allemal verheirateten CDUlern nicht durchgehen lassen. Die Liaison wird zum »peinlichen Vorfall«, zur Verletzung der sittlichen Ordnung. Die Glaubwürdigkeit der betroffenen Politiker – nein, der Politik überhaupt – ist vorläufig mal bis ins Mark erschüttert.

In Zeiten des Wahlkampfs besprechen PolitikerInnen ihre Vorzüge und Charaktereigenschaften; hauptsächlich deswegen, weil die Phraseologie der politischen Absichten (Zukunft, Sicherheit, Stabilität) identisch ist. WählerInnen möchten an Politiker glauben können. Dieser Glaube dient den zur Zeit Enttäuschten dazu, sich täglich aufs Neue bewusstlos in Produktion und Reproduktion zu stürzen mit dem Gefühl, dass der ganze Mist von irgendwem schon zusammen gehalten wird.

Wer einem Politiker vertraut, bzw. beklagt, dass dieses Vertrauen nun abhanden gekommen ist, ignoriert, dass das Grundverhältnis in der bürgerlichen Gesellschaft das Misstrauen ist, das Misstrauen unter Konkurrenten. Naheliegender Weise wird man einen Bürger, den man mit der Macht zur Moderation gesellschaftlicher Prozesse ausstattet, permanent kontrollieren, andernfalls er diese Macht vermehrt nur noch für sein persönliches Fortkommen nutzen wird. Zu suggerieren, ausgerechnet in der Politik sei das in Tauschbeziehungen allgemein angebrachte Misstrauen unnötig, kann schon nicht mehr als fahrlässig bezeichnet werden. Dahinter steht die Lüge, das gesellschaftliche Grundverhältnis sei in der Politik aufgehoben, dieselbe eine Sphäre rationaler und moralischer Konfliktbewältigung.

Kanther sagte, er habe »es« für die Partei getan und fügte hinzu, diese, die seine, sei wohl mehr als alle anderen eine große Familie. Alles für den Erhalt und den Machtausbau des Clans getan zu haben, stärkt auch den Führungsanspruch des Clanchefs, aber das ist das Wenigste an dieser Mitteilung. Eine Partei, die eigentlich ein Familienclan ist, in der Traditionshierarchien, das Gesetz des Schweigens und der völlige Mangel jeder innerinstitutionellen Kontrolle herrschen, durfte dies eigentlich keinesfalls preisgeben. Dass Kanther – auch noch um sich zu rechtfertigen – es dennoch tut, zeigt, wie sehr Fragen der Moral und des Charakters die eigentlich skandalösen Fakten dominieren. Kanthers freimütiges Geständnis, diese zentrale Institution, die an der Willensbildung im demokratischen Staat mitwirken soll, als Clan geführt zu haben, soll ihm den Rest seiner durch den Betrug beschädigten Ehre retten. Und tatsächlich erwartet das Publikum eine Erklärung auf dieser Ebene, die Politik als Charakterfrage verhandelt.

Die CDU vertritt die Interessen diverser Kapitalfraktionen, und die CDU expliziert ein bestimmtes Law-and-order-Verständnis, was sie auf sozialpsychologischer Ebene zur Vertreterin zahlloser Bürger macht. Diese, die zweite Rolle ist die weit gefährlichere in einem Land mit der Geschichte Deutschlands.

Diese zahllosen Bürgerinnen und Bürger sind nun beleidigt, weil die erste Funktion ungeschminkt zu Tage tritt und die einer glaubwürdigen Law-and-Order-Haltung vorausgesetzte Ehrbarkeit als simulierte kenntlich wird.

Doch statt diese längst fällige Aufklärung über die Funktion simulierter Ehrbarkeit anzunehmen, fordert die allenthalben stattfindende moralische Empörung implizit den besser organisierten Clan. Einen Clan, der den Standort D im Sinne der Wirtschaft betreut und gleichzeitig so mächtig ist, dass seine Dienstbarkeit immer wie Souveränität erscheint, sein Einstehen für Ordnung und Sicherheit nicht vom Auffliegen der notwendig gewordenen Mauscheleien konterkariert wird.

Die moralische Empörung fordert die skandalresistente Partei, die den dummen Glauben an ihre moralische Integrität immer erfüllt, an der Spitze einen möglichst starken Saubermann.

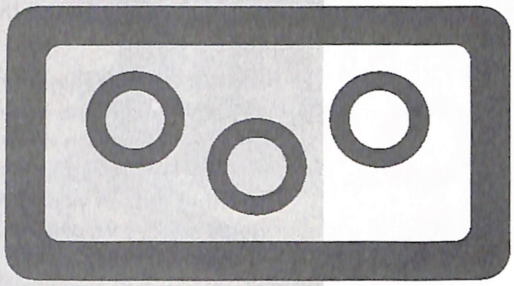
Christoph Schneider

Erotik der Negation

Zu Johannes Agnoli: »Die Transformation der Linken« in *Die Zeit* Nr. 8, 17. Februar 2000

Anlässlich seines 75. Geburtstages hat *Die Zeit* Johannes Agnoli eine Seite gewidmet und ihm damit neben Habermas, Gräfin Dönhoff und Ulrich Beck einen Platz unter den Erlauchten gesichert. Der Autor hat dies genutzt und der »ehemals emanzipatorischen Linken« vorgeworfen, dass sie sich »mit der veränderten Wirklichkeit verstrickt« hätte und die Hoffnungen einer »utopischen, dennoch richtigen Theorie der Emanzipation« aufgegeben hätte. Der moderne Dritte Weg, so schreibt Agnoli, markiere die politische Position »der Linken«, die die Wirklichkeit nicht voll akzeptiere, aber zugleich auch die Wahrhaftigkeit dieses Traums leugne. Ergebnis sei eine latente Neigung zum Verfassungspatriotismus, zu einem gezähmten, weil konstitutionellen Kapitalismus. Über diesen *pons asini* (Eselsbrücke) gelinge der Übergang von der Absage an das Kapital und seinen Staat hin zur Versöhnung, vom »Bewusstsein einer gesellschaftlichen Aufgabe« zur »Ideologie und zum falschen Bewusstsein einer falschen Wirklichkeit«. In den Worten seiner, zur Pflichtlektüre für die Linken seit 1968 gewordenen »Transformation der Demokratie«: der bürgerliche Staat hat sich die Linke assimiliert und das ehemals kritische Bewusstsein involviert, die Linke eben transformiert, ja genau genommen habe diese sich eigentlich selbst transformiert. Diese abstrakte Entgegensetzung mag 1968 im Sinne eines Bruches, einer Autonomisierung gegenüber einer verspießerten Gesellschaft angemessen gewesen sein, zumindest war sie praxisleitend für viele: »Nur das organisierte Nein sprengt die Fesseln staatsbürgerlich-parlamentarischer Gleichschaltung« (1978, 74). Wenn Agnolis Schlussfolgerungen jedoch auch nach über 30 Jahren in dem abstrakten »Prinzip der Negation« gipfeln – und das trotz dieser hegelmarxistisch-philosophischen Warnungen, vielleicht aber auch gerade wegen ihrer mangelnden Kraft, zur materiellen Gewalt im Alltagsverstand zu werden – dann sind einige Fragen angebracht.

In Agnolis Szenario stellt sich die schlechte Wirklichkeit als konstante dar (»Die Situation ist heute nicht anders als zu Zeiten der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise«), während »das kritische Geschäft der Kritik der politischen Ökonomie« einer deformativen ideellen (d.h. eine revolutionäre Ideengeschichte betreffende) Verfallsgeschichte unterliegt und (bis auf wenige!) degeneriert.



Ähnlich wie Hegel zu seiner Zeit muss daher Agnoli das 1968 erreichte Bewusstseinsniveau als mittlerweile regredierend einschätzen und klammert sich quasi autistisch daran fest. Da der Autor den Anspruch erhebt, eine Kritik der Politik zu formulieren – darin in bestimmten Aspekten der Kritischen Theorie gleich – reduziert er notwendigerweise seine Praxis auf eine Standpunkt-Verkündung einer post-bürgerlichen revolutionären Aufklärung der Negation des Falschen. »Wohl dem/r, der/die daran glaubt – und nicht skeptisch wird!«, könnte man ausrufen. Das »kurze Jahrhundert« (Hobsbawm) bietet genügend Erfahrungen und Reflexionen (einschließlich diejenigen über die emanzipatorische Qualität von Arbeiterbewegung und Grünen), die die Kompliziertheit der ideologischen Konstellation erklären können, in der sich »Welche-Linke-auch-immer« heute befindet. Und sie ist realistischerweise (und das nicht nur heute) mit der Wirklichkeit verstrickt (man bedenke Marxens vorgegebene Umstände). Agnolis nachhaltige Verteidigung bestimmter Marxscher Positionen gegenüber dem bürgerlichen Staat erweisen sich vielmehr als unverzichtbare Erinnerung daran – heutzutage zugegebenermaßen umso eindringlicher – dass »das kritische Geschäft der Kritik der politischen Ökonomie« erst dann so richtig los geht, wenn es darum geht, die bestehenden Verhältnisse einer »revolutionären Praxis« zu unterziehen. Und das gelingt höchstwahrscheinlich nicht, ohne sich mit eben dieser Wirklichkeit zu verstricken. Bedingungen für eine marxistische Praxis müssen daher immer wieder neu und angesichts einer aktualisierten Analyse bestimmt werden. Der Historizität, inklusive der eigenen, entkommt man eben nicht. Es sei denn, man rettet sich darin, die Welt nur verschieden interpretieren zu wollen. Nur eine derartige Positionierung bietet einen puristischen Standpunkt, den die Rede von der reinen Wahrheit verspricht.

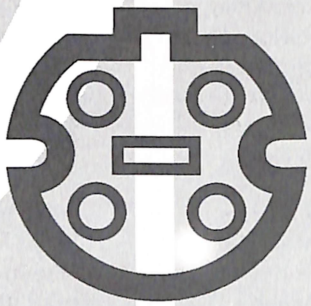
Hans-Peter Krebs

››› Die Freiheit, die ich meine

Auszüge eines Gedächtnisprotokolls

Die PDS-Hochschulgruppe Tübingen beteiligte sich an der Großdemonstration gegen die FPÖ/ÖVP-Regierung am 19. 2. 2000 in Wien mit insgesamt 10 Personen.

»Vor dem Start der Demonstration um 14. 00 am Westbahnhof gingen vier von uns zu unserem Auto, welches in der Nähe des Westbahnhofes geparkt war, um etwas zu essen und noch ein paar Sachen für die Demo zu holen. Als wir uns wieder auf den Weg zurück zur Demo machten, waren wir nur wenige Meter weit gekommen, als neben uns ein Mannschaftswagen der Bundespolizei mit angeschaltetem Blaulicht hielt. Heraus sprangen sechs oder sieben Polizisten in schwarzen Uniformen, Hartschalen-Panzerung und schwarzen Baretts. Wir erfuhren im nachhinein, dass es sich um eine sogenannte »COBRA«-Einheit handelte. Wir wurden gepackt und an die Wand gestellt, unsere Beine wurden mit brutaler Gewalt auseinandergetreten. Ein Polizist nahm einen Umhängebeutel, und riss ihn so ab, dass alle Gürtelschlaufen dabei zerstört wurden. Ich beschwerte mich und meinte, dass der Beutel auch einen Verschluss gehabt habe. Daraufhin brüllte er mich an, dass ich ruhig sein solle, packte meinen Kopf an den Haaren und schlug ihn gegen die Steinmauer. Spätestens jetzt war mir klar, dass es sich hierbei nicht um eine Routinekontrolle handelte. Jetzt fing er an, alle Taschen meiner Hose, auf- bzw. abzureißen, bis er sie zerstört hatte.



Nun öffneten die Polizisten die Tür eines nahegelegenen Hausdurchgangs und drängten uns hinein mit der Bemerkung, dort drinnen könnten sie uns besser behandeln. Als wir drinnen waren, verschlossen sie die Tür, so dass uns niemand von außen sehen konnte. Die folgenden Ereignisse dauerten ca. 20 Minuten. Während der ganzen Zeit wurden wir immer wieder geschlagen, an den Haaren gezogen, zwischen die Beine getreten und unsere Finger überdehnt. Wir mussten die ganze Zeit mit gespreizten Armen und Beinen an der Wand stehen. Wer nicht auf die Wand schaute, wurde geschlagen. Nun ging einer der Polizisten herum und brüllte uns an, was wir denn hier wollten. Einer von uns antwortete, wir wollten gegen die Regierungsbeteiligung der FPÖ demonstrieren. Daraufhin packte einer der Polizisten mich, zog meinen Kopf an den Haaren nach hinten und brüllte mich an: Er wisse genau, wir seien Anarchisten aus dem Ausland, wir wollten sie verleumden, sie seien keine Nazis, das wäre eine Lüge, wir würden Lügen verbreiten. Wir wären keine Österreicher, dies sei nicht unser Land und wir hätten hier nichts zu suchen. Wir sollten hier auf der Stelle verschwinden. Nun wollten die Polizisten wissen, woher wir kämen, ob wir über das Internet organisiert seien, ob wir Kontakte zu anderen Gruppen hätten, ob wir alleine gekommen seien, wo wir übernachten würden, usw. Wer nicht sofort antwortete, wurde geschlagen. Sie nahmen das Handy von einem von uns und fanden die Nummer des Infotelefons gespeichert. Sie fragten, was dies für eine Nummer sei und wofür wir die brauchten. Dann bearbeiteten sie den Besitzer des Handys mit der Frage, was das Codewort sei. Daraufhin nahmen sie die SIM-Karten aus allen Handys und zerkratzten sie an der Wand. Zusätzlich wurden die Handys auf den Boden geworfen und darauf herumgetreten, bis die Schale zertrümmert war. Auch meine Uhr wurde vom Handgelenk abgerissen und zerstört.

Nun mussten wir uns wieder nebeneinander an die Wand stellen und unsere Schuhe ausziehen. Diese wurden mitgenommen. Daraufhin erklärte einer der Polizisten: Jeder Polizist könne uns daran erkennen, dass wir keine Schuhe hätten – wir sollten nicht wagen auf die Demo zu gehen, wenn wir dies doch tun würden, gelten wir automatisch als verhaftet und wir könnten uns ausdenken, was dann mit uns passiert. Außerdem hätten wir in Zukunft in Österreich nichts mehr zu suchen. Unsere Schuhe könnten wir uns an der letzten Tankstelle vor der Autobahn abholen. (Dort kamen sie natürlich nie an). Daraufhin verließen die Polizisten den Hausflur, schlossen die Tür und fuhren davon.«

Es ist davon auszugehen, dass auch noch andere TeilnehmerInnen der Demonstration diese Vorgehensweise erlebt haben – ein kleiner Vorgeschmack auf zukünftige ›freiheitliche‹ Verhältnisse in Österreich. Die Linke in Österreich verdient die Solidarität gegen die faschistoide FPÖ-Regierung in höchstem Ausmaße.

––

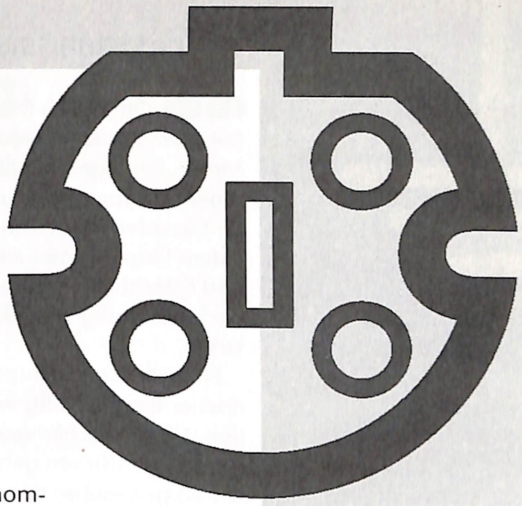
Jedes Herz
ist eine revolutionäre Zelle...

Seit dem 19.12.99 sitzen Axel H., Harald G. und Sabine E. auf Grundlage des terroristischen §129a in Haft. Die Bundesanwaltschaft wirft ihnen eine Beteiligung an Aktionen der RZ/Rote Zora gegen die rassistische staatliche Flüchtlingspolitik aus den 80er Jahren vor.

Für die Kampagne zur Freilassung der drei brauchen wir in den nächsten Monaten dringend Spenden für RechtsanwältInnen, Reisekosten und Öffentlichkeitsarbeit.

...jede Mark ein Schritt zur Freilassung von Axel, Harald und Sabine!

Solikonto: Martin Poell, Kto-Nr: 2705-104,
BLZ 10010010, Postbank Berlin, Stichwort „Freilassung"
Infos unter: www.freilassung.de



››› Räumung der Michael Barrax

Am frühen Morgen des 26. 2. 00 wurden zwei Häuser der Michael Barrax von etwa 120 Bullen der Bereitschaftspolizei in Begleitung der vollstreckenden Gerichtsvollzieherin brutal geräumt. Nach den verhinderten Zwangsräumungen vom 17. 1. 00 und 31. 1. 00 musste der nächste Vollstreckungstermin laut Gesetz nicht mehr angekündigt werden. Im Anschluß ließ die zukünftige Eigentümerin, die Nassauische Heimstätte (NH), die beiden eigentlich als denkmalschutzwürdig zu erachtenden Häuser vollständig abreißen. Ein Bewohner wird festgenommen, als er versucht zu seinem Bus zu gelangen, in dem er lebt. Weil er nicht sofort auf den angesprochenen Platzverweis reagiert, wird er mehrere Stunden in Verwahrung genommen, ohne ein Anwaltstelefonat führen zu dürfen. UnterstützerInnen wird unterdessen von den Bullen der Zutritt zum Hof verwehrt, viele gingen wieder, ohne helfen zu können. Insgesamt sollen vier der insgesamt neun Häuser des Projektgeländes Michael Barrax, das ehemals als Kasernengelände genutzt wurde, abgerissen werden.

Weitere Infos unter: [www.barrax.de]

››› Next Cyberfeminist International

(8.-11. März 1999 in Rotterdam)
Reader herausgegeben vom _old boys network_, ein cyberfeministisches netzwerk

»If I'd rather be a cyberfeminist than a godess, I'd damned well better know why, and be willing to say so.« (Faith Wilding)

also warum??? und was soll noch ein weiterer -ismus, wo kategorien und identitäten doch gerade überhaupt nicht angesagt sind?

keine bange, die _old boys_ und weitere autorinnen haben es keineswegs darauf abgesehen, eine neue identitätskategorie zu schaffen: »our aim is to pursue the politics of dissent«

»cyberfeminism is ... a speculation, a myth, a utopian idea, and a strategic construction. It is above all a discourse of feminist stubbornness in the posthuman age of global information and bio technologies ...

our aim is to create pleasurable ways and means of resistance, and we do intend to do it with the collaboration of our sisters« (05)

proklamiert wird ein ›neuer‹ cyberfeminismus, der sich absetzt von einigen zu kurz greifenden und/oder essentialistischen varianten a la ›frauen haben per se ein intimes verhältnis zu computern, und die zukunft wird weiblich ...‹. (ja, so was gibt's auch, findet sich bspw. in sadie plants ›nullen und einsen‹.)

so gab's denn im märz letzten jahres ein face-to-face treffen, die *next cyberfeminist international*, auf der ein grossteil der beiträge dieses readers vorgestellt wurde.

23 autorinnen, ebenso viele beiträge, diverse hintergründe, themen, herangehensweisen, theoretische verortungen auf gut 100 seiten.

thematisiert werden: cyberfeminist politics, weibliche hacker, software/technik, körper, biotechnologien im kontext von militär und »pankapitalismus«, kunstproduktion (gute und böse), ein- und ausschlüsse in cybercommunities/-feminism, ...

es tut gut, mal wieder zu sehen, dass utopien auch im cyber-age nicht tot sind!

»So grrrlZ, ditch the dishwasher, trash the metaphors and sell tradition to your grandma! And get a modem of your own! And get real!« and get your copy of

next Cyberfeminist International
zu beziehen ueber:

obn:
[www.obn.org] · boys@obn.org
oder snail mail:
obn · Eppendorfer Weg 8 · 20259 Hamburg

m;ca

››› postclubismus meint rot*ri

S1 S8 Offenbach Marktplatz: Hier startete im letzten Sommer der Tanzparcours Richtung FfM Hbf und Messe. Ein Video der Streetlife-Nacht liess später in einigen Partypeople-Haus-Rekordern die Daily Soaps der TV-Giganten vergessen. Nun entsteht aber nicht aus jedem Einzelzimmer ein Club und für draußen-raves und Latschtänze ist es meist zu kalt – bleibt die Suche nach beständig verlockenden und leicht zugänglichen Orten.

Ein beliebter Fluchtpunkt elektroid~housig~minitechnischer Begeisterung liegt an eben jener S-Bahn-Station. Über verschlungene – leider vom Abriss bedrohte – Fußgängerbrücken geht es zu einem Terrassen-Plateau schräg gegenüber dem *Toys'R'Us*-Center. Inmitten skurril-funktionalistischer Stadtlandschaft glänzt hier mit offenen Fensterfronten das *rotari*. Als östlichster Ableger des alten Ostklubs gegründet, wird es jetzt von der *plug'n'play*-Posse weitergeführt, bekannt durch Hobby-Aktivismus drinnen und draußen. Jeden Abend [So. zu] aufgelegte Platten genießen geht hier ohne sich modische Vinylbar-Coolness aufnötigen lassen zu müssen. Locker dreht sich das low-budget-*rotari* und lässt Platz für Kleinode. Dabei kursieren etliche Fragen nach szenischer Verortung: Ist das der Abschied von oder eher eine Station für temporäre und wenig legale Musikraum-Aneignungen? Sind braun und silber aktuelle Farben der Subversion? Was bedeutet die Disko-Kugel im weit nordwestlich abgelegenen Bockenheimer *club résistance*? Wird das quick'n'dirty rave-Konzept [brettern von zehn bis zwölf] einschlagen?

Das *r** in OF hat wenig mit der ›endlich meine legalhippe city‹-Stimmung gemein und erinnert an legendäre Läden in den peripheren Zentren des Ruhrgebiets oder an den ausfransenden Enden von Köln ... aber die sind zum spontan mal ausgeh'n wirklich etwas umständlich zu erreichen.

wng

››› Passende Töne?

KRAFTWERK I DOPPLEREFFEKT I DAT POLITICS

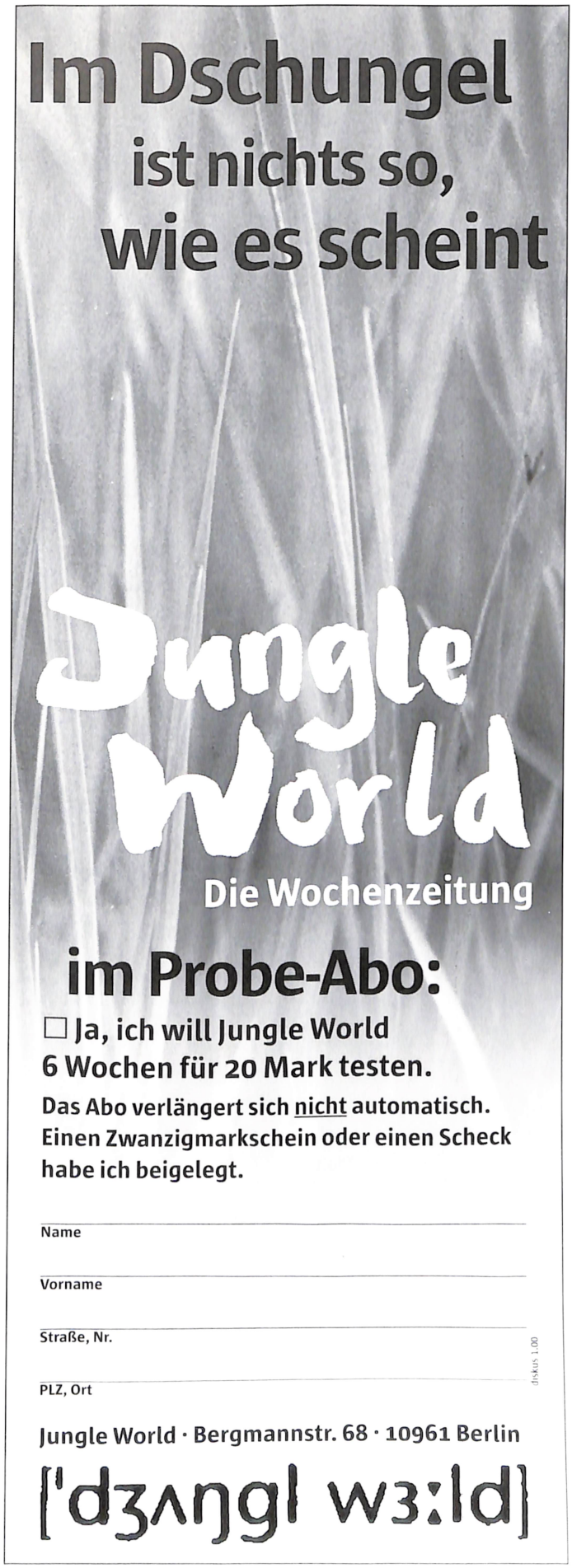
Dass KRAFTWERK niemals richtig rebelliert haben, ist wohl nichts Neues. Aber von den Chefideologen des Roboter-Klangs den offiziellen Song der Weltausstellung geboten zu bekommen, muss erst mal verkraftet werden. Zudem, wenn der Hip-Hop-Freund die Gelegenheit ausnutzt, tagelang spöttisch-verzückt »*dimdam ... EXPO zweitausend*« summt und seine rühmenden Ausschweifungen über die widerständigeren breakbeat-roots mit triumphierendem dissing ›gnadenlos warenförmigen Elektro-Geblockes‹ anreichert. Das Stück über »man, nature, technology« ist jedenfalls denkbar unvisionär und klingt wie ein billiges Plagiat auf old-school-Computermusik. Glatte Vocoder-Stimmen gehen auf in treibender Stromlinienförmigkeit, die reduzierten Tonfolgen differenzieren sich nicht aus, Abweichung findet nicht statt. Klar lässt sich über diese Überaffirmation lachen, aber auch so kann Werbung funktionieren und die EXPO rockt, Ironie inklusive.

Unzweifelhaft von dieser Soundästhetik geprägt sind DOPPLEREFFEKT, produzieren aber andere Stimmung. Schon beim Cover: Während bei KRAFTWERRK sich das EXPO-Logo über die silberne Fläche schlängelt, schimmern auf ihrem Album *Gesamtkunstwerk* Hammer, Sichel und Stern milchig unscharf. Präsentiert wird trotz Parolen wie »biological socialism leads towards victory« oder »we had to sterilize the population« keine Propaganda, sondern ein Soundtrack zwiespältiger Selbstkontrolle. Aus den Linien geratendes Fiepsen wird von harten Rasterbeats überzeichnet; die Klänge werden nicht homogenisiert, immer wieder reißen vereinzelte Elemente aus. Eine Scientistin spielt dazu ihren Text durch: »Sitting in a labratory | conducting experiments | analysing data«. Welche Kreativität verwebt hier zu welchem Zweck Erfahrungen? Es klingt nach Schwankungen zwischen reiner Auftragsprogrammierung und umherschweifender Wissens-Guerilla.

Nicht nur mit Infotainment scheinen DAT POLITICS zu tun zu haben – die neun Löcher in die Plattenhülle wurden jedenfalls eher von einer klassisch materialisierenden Maschine gestochen. DAT POLITICS verzaubern mit total verknarztem Gewusel und Stimmenwirrwar unzähliger digitaler Krabbeltiere. Weder gibt es Eso-Sphärenklänge noch verkünstelte Denkware, dazu ist das ganze zu roh. Poltrig gescratchte Geräuschmontagen bringen aggressive Disco-Stimmung, ET HOP heißt das Stück dann und kracht. Daraus lässt sich sicher ein feiner Ausschnitt finden um mit dem unglaublich groovigen Sample, das dem kapuzenpulligen Freund im Lohnarbeitsbüro als Fehlermeldungsgeräusch an seinem Mac dient, zu kommunizieren. Statt kleinlichem battle kann es dann damit weitergehen an dem beat zu bauen, den wir brauchen um dieses beast zu zerstör'n.

wng

¬ KRAFTWERK] *EXPO2000*] KlingKlang / Sony
¬ DOPPLEREFFEKT] *Gesamtkunstwerk*] International Deejay Gigolos / Dataphysix lic.
¬ PROCESS . DAT POLITICS] split 17.18] FatCat



impressum

diskus · Frankfurter StudentInnen Zeitschrift
Heft Nr. 1.00 · April 2000 · 49. Jahrgang

Anschrift: Mertonstr. 26 – 28, 60325 FfM

Tel: (069) 79 82 89 12 [Mittwochs 20 – 22 Uhr]

Fax: (069) 70 20 39

e-mail: diskus@copyriot.com

Webarchiv: www.copyriot.com/diskus

HerausgeberInnen:
Sonja Buckel, Thomas Höhne, Wolfgang Hörbe, Alexandra Rau, Katja Wießner

Redaktion:
Stephan Adolphs, Oliver Groß, Eva Hartmann, Wolfgang Hörbe, Serhat Karakayalı, Tanja-Maria Müller, Bodo Pallmer, Alexandra Rau, Christian Sälzer, Uta Schirmer, Uli Spenkoch (VisdP), Esther Uhlig, Katja Wießner

Fotos: Andreas Pingel

Layout: agentur doppelwee

Druck: Druckerei- und Verlagskollektiv Gutleut e. G.

Auflage: Achttausend

Erscheinungsweise: Vierteljährlich

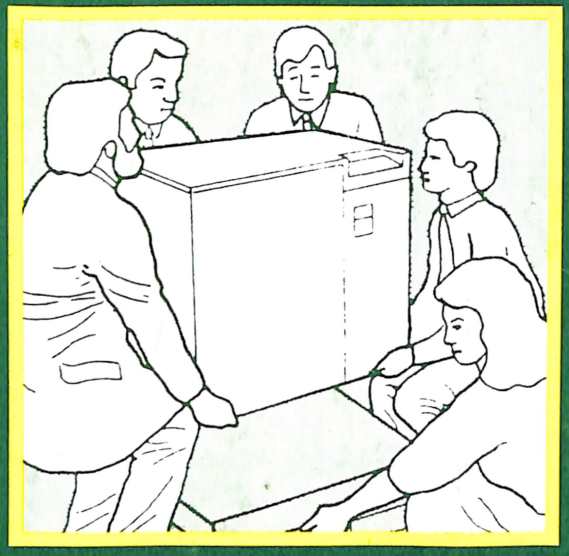
Preis: Bis Offenbach gratis, auswärts 5 Mark

Namentlich unterzeichnete Beiträge liegen in Verantwortung der AutorInnen.

Druckerei
und Verlagskollektiv
Gutleut e.G.

Schönstr. 8
60327 Frankfurt
www.druck-kollektiv.de

Fon: 069-24 27 19 24
Fax: 069-24 27 19 25
e-mail: post@druck-kollektiv.de



Flexibles geschlechts-
gemäßes rückenmanagement
in flachen hierarchien -

knirsch!